

## Wortprotokoll/Protokoll

der öffentlichen Sitzung  
des Schulausschusses

<b>Sitzungsdatum:</b>	23. März 2018
<b>Sitzungsort:</b>	Hamburg, im Rathaus, Kaisersaal
<b>Sitzungsdauer:</b>	17:02 Uhr bis 21:02 Uhr
<b>Vorsitz:</b>	Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE) für den Schulausschuss Abg. Daniel Oetzel (FDP) für den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung
<b>Schriftführung:</b>	Abg. Birgit Stöver (CDU) für den Schulausschuss Abg. Gerhard Lein (SPD) i.V. für den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung
<b>Sachbearbeitung:</b>	Claudia Kuhlmann, Christopher Höhn

### Tagesordnung:

1. Reform der Lehrerbildung in Hamburg  
(Selbstbefassung gem. § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der  
Hamburgischen Bürgerschaft)  
zusammen mit  
Drs. 21/11562 Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung in Hamburg  
(Bericht Senat)  
- Der Schulausschuss ist federführend, der Ausschuss für  
Wissenschaft und Gleichstellung ist mitberatend. -  
hier: Öffentliche Anhörung gemäß § 59 Absatz 1 der  
Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft mit  
anschließender Senatsbefragung
2. Verschiedenes

## **Anwesende:**

### **I. Ausschussmitglieder**

#### Schulausschuss

Abg. Kazim Abaci (SPD)  
Abg. Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE)  
Abg. Sabine Boeddinghaus (Fraktion DIE LINKE)  
Abg. Barbara Duden (SPD)  
Abg. Astrid Hennies (SPD)  
Abg. Hildegard Jürgens (SPD)  
Abg. Gerhard Lein (SPD) i.V.  
Abg. Birgit Stöver (CDU)  
Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP)  
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)

#### Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)  
Abg. Barbara Duden (SPD) i.V.  
Abg. Stephan Gamm (CDU)  
Abg. Uwe Giffei (SPD)  
Abg. René Gögge (GRÜNE)  
Abg. Astrid Hennies (SPD)  
Abg. Dora Heyenn (SPD)  
Abg. Hildegard Jürgens (SPD) i.V.  
Abg. Gerhard Lein (SPD)  
Abg. Daniel Oetzel (FDP)

### **II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter**

#### Schulausschuss

Abg. Stephan Gamm (CDU)  
Abg. Uwe Giffei (SPD)  
Abg. Danial Ilkhanipour (SPD)  
Abg. Daniel Oetzel (FDP)

#### Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung

Abg. Mareike Engels (GRÜNE)  
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD) i.V.

### **III. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter**

#### Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung

Frau	Senatorin	Katharina Fegebank
Frau	Staatsrätin	Dr. Eva Gumbel
Herr	Oberregierungsrat	André Wegner

#### Behörde für Schule und Berufsbildung

Herr	Senator	Ties Rabe
Herr	Staatsrat	Rainer Schulz
Herr	Landesschulrat	Thorsten Altenburg-Hack

Herr	Oberschulrat	Sascha Hartung
Frau	Schulrätin	Carola Heffenmenger
Herr	Senatsdirektor	Prof. Dr. Josef Keuffer
Frau	Oberstudiendirektorin	Hanneke Bohls
Herr	Oberschulrat	Kai-Olof Tiburtius
Frau	Leiterin des Senatorenbüro	Susanne Junge
Frau	Leiterin der Präsidialabteilung	Nicole Schuback

#### Universität Hamburg

Frau	Vizepräsidentin	Prof. Dr. Susanne Rupp
Frau	Dekanin der Fakultät für Erziehungswissenschaft	Prof. Dr. Eva Arnold

#### IV. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei

Christopher Höhn  
Jana Nielsen

#### V. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit

ca. 80 Personen

### **Zu TOP 1**

**Vorsitzende:** So, guten Abend, meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie alle im Namen des Schulausschusses zu unserer Sitzung heute, zu einer öffentlichen Anhörung. Ich begrüße auch außerdem für die Behörde für Schule und Berufsbildung Herrn Senator Rabe, Herrn Altenburg-Hack, Herrn Hartung, Frau Heffenmenger, Herrn Professor Keuffer, Frau Bohls, Herrn Tiburtius, Frau Junge und Frau Schuback. Und mein Kollege Herr Oetzel wird die Begrüßung für die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung übernehmen.

**Vorsitzender:** Guten Abend, meine Damen und Herren. Ganz herzlich willkommen auch noch einmal aus meiner Richtung für den Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung. Ich begrüße ganz besonders Frau Senatorin Fegebank, die Staatsrätin Frau Gümbel und Herrn Oberregierungsrat Wegner. Wir haben noch einige formale Anmerkungen, und zwar wird heute Abend Herr Lein für die SPD für den Wissenschaftsausschuss den Schriftführerposten übernehmen und wir wollen außerdem für den Wissenschaftsausschuss und vermutlich gleich auch noch einmal für den Schulausschuss noch ein Wortprotokoll beschließen. Da gucke ich einmal in die Runde schon und ich sehe, für den Wissenschaftsausschuss ist das einstimmig. Dann machen wir das so.

Wir haben heute Abend ein relevantes Thema. Die Anforderung an den Lehrerberuf hat sich in den letzten Jahre und Jahrzehnten stetig weiterentwickelt. Wir haben jetzt hier in Hamburg uns auf den Weg gemacht, dass die Lehrerbildung reformiert werden soll, haben einen längeren Prozess schon in den beiden Ausschüssen Schulausschuss und Wissenschaftsausschuss hinter uns gebracht, haben dort schon Argumente abgewogen und haben heute auch noch einmal die Gelegenheit, die Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit zu diesem Thema zu Wort kommen zu lassen, und sind gespannt auf ihren Input, freuen uns auf ihre Anmerkungen zu diesem relevanten Thema für die Bildungspolitik hier bei uns in Hamburg.

**Vorsitzende:** Dann würde ich gern auch noch einmal für den Schulausschuss beschließen, dass wir ein Wortprotokoll haben. Allgemeines Nicken. Prima.

Auch ich möchte noch einmal etwas zum Prozess sagen, damit auch die Öffentlichkeit weiß, wie lange wir uns damit beschäftigen. Wir haben das im Rahmen einer Selbstbefassung ... machen wir das seit über zwei Jahren. Wir haben am 25. Februar 2016, am 6. September 2016, am 23. März 2017, am 30. Januar 2018, 15. Februar 2018 und heute, somit sechsmal uns hier im Schulausschuss und auch im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung damit beschäftigt. In diesem Zuge wurden auch von 80 Interessengruppen Stellungnahmen eingesammelt und es wurde mit diesen Gruppen auch gesprochen. Es gab einen gemeinsamen Termin, wo sie auch noch einmal persönlich zu Wort kommen konnten. Somit ist dieser Prozess über einen langen Zeitraum wirklich angelegt worden und findet jetzt nun mit der heutigen Anhörung und dann auch mit der letztendigen Beschäftigung in der Bürgerschaft dann ihr Ende – beziehungsweise die Drucksachenbefassung – und kann dann tatsächlich in die Umsetzung gehen.

Ich möchte noch etwas sagen zum Ablauf der öffentlichen Anhörung. Gibt es Konfusion auf der rechten Seite? Nein? Ich möchte noch etwas sagen zum Ablauf der öffentlichen Anhörung, denn mit Sicherheit waren nicht alle von Ihnen schon bei einer öffentlichen Anhörung. Es geht hier bei der öffentlichen Anhörung darum, dass Sie als Bürgerinnen und Bürger Ihre Meinung äußern können auf sachliche Art und Weise. Ich möchte auch noch einmal für die Vertreterinnen und Vertreter der Presse oder auch sonstiger Menschen, die Ton-/Lichtbildaufnahmen machen wollen, sagen, dass es in den ersten 10 bis 15 Minuten möglich ist, danach bitte nicht mehr.

Wir werden das so machen, Herr Oetzel und ich, wir sind da schon ein ganz gutes Team in der gemeinsamen Sitzungsleitung, dass wir uns auch abwechseln. Sie haben auf Ihren Plätzen solche Zettel liegen, die können Sie auch vorn bei Frau Nielsen noch abholen, wenn Sie noch mehr brauchen, die werden durchnummeriert, wir werden ganz streng sozusagen nach der Reihenfolge auch Sie aufrufen. Sie können dann sich an die Saalmikrofone stellen und dementsprechend Ihre Meinung kundtun. Wenn wir merken hier vorne, weil Sie ja sagen können, zu welchen Fragen Sie Stellung nehmen wollen, und wenn wir merken, da gibt es so Themencluster, dann werden wir eventuell auch Sachen zusammenfassen, also bestimmte Leute dann gleich hintereinander aufrufen. Das werden wir hier, denke ich, weise entscheiden.

Ja, dann haben wir erst einmal die Abfolge geklärt. Was ich auch noch sagen möchte, ist, bitte keine Beifalls- oder Missfallensbekundungen, ...

(ein Mobiltelefon klingelt)

... das ist nicht erlaubt während der Ausschuss... Stellen Sie bitte Ihre Telefone aus, das wäre auch sehr hilfreich. Vielen Dank, Frau von Treuenfels, für den Hinweis, für den auditiven. Und meine Kolleginnen hier zur Rechten wollten auch kurz das Wort an Sie richten. Und damit erteile ich ihnen das Wort.

**Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein:** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich will es sehr kurz machen. Ich möchte anmerken, dass wir als FDP-Fraktion mit Unterstützung der CDU und auch der AfD diese öffentliche Anhörung beantragt haben, der leider die Mehrheitsfraktion nicht zugestimmt hat, weil wir finden, dass das ein wirklich äußerst relevanter Eingriff in die Schulpolitik ist, was hier gerade beschlossen werden soll. Ich möchte Sie jetzt gar nicht weiter mit meiner Meinung aufhalten, ich glaube, viele von Ihnen kennen die auch, weil sie ja schon öffentlich geworden ist. Wir freuen uns umso mehr, dass so viele an einem Freitagnachmittag den Weg hierher gefunden haben, und jetzt haben Sie Gelegenheit, Ihre Äußerungen hier kritisch vorzutragen. – Vielen Dank.

**Abg. Birgit Stöver:** Frau Vorsitzende, dann darf ich das Wort noch einmal ergreifen. Ja, wir haben diese öffentliche Anhörung unterstützt, und wie Frau von Treuenfels schon sagte, es ist ein wirklich relevantes Thema, was die Zukunft der Hamburger Lehrerbildung entscheidend verändern wird, und eben halt auch - und ich möchte da ganz kurz in den Bundesvergleich eintreten -, Hamburg wird neben Berlin einen Sonderweg gehen, indem sie(?) kein Stadtteilschullehramt ausbildet. Und dieses ist der große Kritikpunkt der CDU-Fraktion und dementsprechend möchte ich Sie darum bitten, dieses auch mit zu berücksichtigen. Die öffentliche Meinung ist uns ganz wichtig, denn, wie gesagt, es wird massive Auswirkung haben, auch auf vergleichende ... wenn Lehrer das Bundesland wechseln, wird es eben auf Schwierigkeiten stoßen, und das möchte ich, dass dieses auch noch einmal öffentlich diskutiert wird. Ich freue mich auf Ihre Wortmeldungen, auf Ihre Beiträge und bin sehr gespannt, wie die öffentliche Meinung ist. – Herzlichen Dank.

**Vorsitzende:** Gut, dann können wir jetzt einsteigen tatsächlich, nach den Erläuterungen, in die Tagesordnung. Das ist TOP 1, Reform der Lehrerbildung, eine Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft, zusammen mit der Drucksache 21/11562, Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung, Bericht des Senats. Hier ist der Schulausschuss federführend und der Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung mitberatend. Es geht hier heute um eine öffentliche Anhörung gemäß Paragraf 59 Absatz 1 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft mit anschließender Senatsbefragung.

Dann würde ich meinen Kollegen Herrn Oetzel bitten, den ersten Redner aufzurufen.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Ja, die ersten Wortmeldungen sind bereits hier vorne eingegangen. Wie gesagt, da vorne können Sie die Formulare, die Zettel abholen, können sich anmelden, dann nehmen wir Sie hier vorne in die Redeliste mit auf. Und als Erstes hat das Wort Herr Reinhard Behrens. Bitte ans Mikrofon.

**Herr Behrens:** Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Vielen Dank. Ich kann mich nur anschließen der Meinung. Wir haben ein außerordentliches, für unsere Bildungs- und auch unsere Schulentwicklungsfrage wichtiges Thema, das wir jetzt zu packen haben. Ich habe eine Anzahl von kritischen Punkten, ich würde aber erst einmal darauf hinweisen, was wir im Augenblick behandeln, wird wahrscheinlich effektiv werden erst in 10 bis 15 Jahren. So lang sind ja die Prozesse, damit rechnet auch die betreffende Kommission.

Das heißt, wir dürfen nicht außer Sicht verlieren, was wir alles im Augenblick ändern müssen. Was müssen wir ändern, auch im Augenblick? Die Verzahnung der ersten Phase, Universität, zweiten Phase, Referendariat, dritten Phase, fortlaufende Fortbildung. Dies nämlich ist ein Gesichtspunkt bei der gegebenen Drucksache und ganz grundsätzlich, der nicht berücksichtigt ist. Was anschließend passieren muss, weiß man nicht.

Ich nehme nur ein Beispiel, bei dem Lehramt, dem Einheitslehramt, das dem Gymnasiallehramt nachgebildet ist für die Oberstufe, für die Sekundarstufe I und Sekundarstufe II, einheitlich für Gesamtschule, für Stadtteilschule und für Gymnasien, da haben wir einen so hohen fachlichen Anteil, dass man gar nicht weiß, wo die Pädagogik angesiedelt werden kann. Da müssen wir sehen, wie sich das Referendariat verändern muss.

Einen zweiten Punkt möchte ich gern nennen, der damit zusammenhängt. Wir wollen die Struktur unseres Schulwesens mit unseren Lehrämtern abbilden. Unser Schulwesen hat eine Grundschule, dafür gibt es, glaube ich, ein sehr fachorientiertes Lehramt, das wird uns Schwierigkeiten machen, weil wir nicht genug Bewerber bekommen werden. Deswegen müssen wir abheben auf eine einheitliche Besoldung für alle Lehrämter angesichts der Tatsache, dass sie auch in vergleichbarer Weise ausgebildet werden. Diese übliche Art, ein Lehramt ist ein höheres Lehramt als ein anderes, das sollten wir uns abgewöhnen.

Wir haben dieses Grundschullehramt zu begrüßen, das insgesamt, ich will darauf nicht abheben, Sonderschullehramt auch, da kann man wahrscheinlich die Frage des Autismus zusätzlich betrachten. Ich möchte sehr deutlich kritisieren, und das an mehreren Punkten, das Lehramt für die Stadtteilschule und das Gymnasium. Dies ist nämlich nicht sachgerecht. Es entspricht formal nicht dem Schulgesetz. Da gibt es nämlich im Paragraf 15 und 17 für Stadtteilschule und Gymnasien Definitionen, die sind unterschiedlich für das, was die Schulen sollen. Das sollen dann aber dieselben Lehrer machen. Das ist sehr zweifelhaft.

Grundsätzlich aber geht es uns um die Schüler. Und die Schüler der Stadtteilschule sind andere Schüler als die, die auf das Gymnasium gehen. Die sind nicht mehr oder weniger wert, das wissen wir alle, das wollen wir uns auch natürlich als Argument abschminken, aber die haben andere Bedürfnisse. Und die sollen mit ausgeprägt, so der irriige Vorschlag der Behörde, starker Fachlichkeit behandelt werden. Wir haben dort eine andere Form der Entwicklung zu unterstützen. Ich habe den Eindruck, durch diesen Entwurf - und das könnte man sehr viel länger ausführen -, werden sehr viele Versprechungen, die bedeuten Integration, spezifische Fachdidaktiken, Inklusion, Deutsch als Zweitsprache, diese Ausbildung, die dafür notwendig ist, die wird technisch mit diesem Einheitslehramt nicht machbar sein. Die Folge kann sein, dass die Stadtteilschule ihren Aufgaben, was ja immerhin mindestens die Hälfte der Schülerschaft ist, nicht mehr wird nachkommen können. Das sollten wir uns nicht wünschen, und ich kann mir nicht vorstellen, dass sich dieser Senat dieses wünschen will.

Ich glaube, eines stört mich auch menschlich. Die Vorlage der Behörde sagt sehr deutlich, ein einheitliches gymnasial gebildetes Lehramt ist nötig, um die Schüler aus der Sekundarstufe I der Stadtteilschule zu begleiten in die Sekundarstufe II. Ich sage es einmal ein bisschen grob. Für mich ist das so, als wenn die Tatsache, nicht das Abitur anzusteuern, ein menschlicher Makel ist. Das sage ich ungern, aber es beunruhigt mich.

Ich denke, man kann natürlich auch ein bisschen an die Wirtschaft denken. Die duale Ausbildung nach einem mittleren Abschluss ist ein Erfolgsmodell für Deutschland. Wer sich für Frankreich interessiert, weiß, dass die Franzosen, deren Ziel einmal 80 Prozent auf der Ebene des Abiturs war, jetzt davon zurückgehen und entscheidendermaßen auch, weil sie 22 Prozent Jugendarbeitslosigkeit haben. Das ist viel, zu viel. Finde ich jedenfalls. Wir haben in Deutschland eine andere Möglichkeit des sozialen Aufstiegs aus dem Status Azubi, Geselle, Meister, der dem Bachelor entsprechen kann und so weiter.

Außerdem endet nach meiner Meinung dieses Modell, fürchte ich, auch den Schulfrieden. Wir werden eine Struktur bekommen, wo dann noch sehr viele Leute sagen, na, wenn es keinen Unterschied gibt, dann gehe ich doch auch zum Gymnasium. Das heißt, die Stadtteilschulen, in denen es sehr viel Kompetenz gibt, die werden sich zurückbilden. Warum das eigentlich, das Ganze? Ich glaube, ein Grund ist tatsächlich - das sagt ja auch die Vorlage -, die Lehramtsbewerber möchten gern alle Gymnasium studieren. Das ist wohl wahr, aber das liegt unter anderem auch daran, dass eben andere Laufbahnen eine schlechtere Besoldung bieten. Deswegen meine Eingangsbemerkung, die Besoldung muss so gleichwertig sein wie die Lehrämter. Da glaube ich ohnehin, dass der Lehrermarkt auch ohnehin kippen wird. Das heißt, wir werden an dieser einheitlichen besseren Besoldung nicht vorbeikommen.

Was mich ein bisschen stört, ist - auch das hörte man aus der Kommission -, auch die Universität war für dieses Modell, sie war nämlich der Meinung, dass wir eine ... sie haben verstehen lassen den Experten gegenüber, dass die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten für einen höheren pädagogischen und einen fundierteren fachdidaktischen Anteil während des Studiums, erste Phase, gar nicht gegeben sind. Da sage ich allerdings, Universitäten wie Schule sind öffentlicher Dienst. Es geht primär um die Kinder. Dann muss man wohl auch etwas umsteuern. Speziell erinnere ich an das, was an der

Expertenanhörung zu hören war, die Fachdidaktiken, das ist jetzt ein bisschen technisch, müssen angesiedelt werden bei den Fächern und nicht in einem einheitlich zusammengefassten pädagogischen Institut. Da hat einer der Experten mit großem Nachdruck dieses auch betont.

Ich komme also zurück, was muss man tun. Wir müssen ein Lehramt haben, das den Schwerpunkt auf die Sekundarstufe I legt, der den pädagogischen, den fachdidaktischen Anteil, den Inklusions(...)anteil in die erste Phase schon hineinnimmt, damit das nicht im Referendariat gemacht werden muss, wo wegen des bedarfsdeckenden Unterrichts ohnehin Survivaltraining passieren ... zu befürchten ist. Wir müssen ein neues Lehramt haben und wir müssen sicherstellen, dass wir auch einen Kompetenzenmix in den Stadtteilschulen, vor allem in der Sekundarstufe I haben, und wir müssen auch sicherstellen, dass wir Bewerber mit einem Sek-I-Lehramt aus anderen Bundesländern auch werden aufnehmen können. – Danke.

**Vorsitzender:** Haben Sie vielen Dank. Der Nächste ist Herr Berthold Brunner bitte.

**Herr Brunner:** Ja, guten Tag, Berthold Brunner mein Name. Ich bin Sonderpädagoge und arbeite mit im Vorstand des Verbands Integration an Hamburger Schulen, der sich vor etlichen Jahren im Rahmen der Modellprojekte IR- und I-Klassen gebildet hatte und nach wie vor das Thema Inklusion in den Mittelpunkt rückt.

Ich möchte eingangs vielleicht einmal aber sagen, bevor ich zum Thema Inklusion komme, dass wir insgesamt nicht der Meinung sind, dass es sachgerecht wäre, das Lehramt Stadtteilschulen und das Lehramt Gymnasium in der universitären Ausbildung voneinander zu trennen. Wir sehen es als sehr wohl richtig an, dass die Fachlichkeit in dieser Ausbildung eine ganz große Rolle spielt. Die Übereinstimmung in der Ausbildung ist sehr, sehr groß. Beide Systeme sollen ja zum Abitur führen. Wir fragen uns, ob die Kritik an dieser gemeinsamen Ausbildung im Grunde auch aufkündigt ein Stück weit inhaltlich, dass die Stadtteilschule zum Abitur führt. Die Stadtteilschule führt auch zum Abitur, und unter dieser Voraussetzung macht es keinen Sinn, das hat die Universität ja auch in der letzten Anhörung, wo man das Protokoll nachlesen konnte, ausgeführt, in dieser Situation macht es keinen Sinn, diese Ausbildung aufzutrennen. Faktisch wäre es nämlich bei einer Auftrennung auch so, dass an den Stadtteilschulen dann weiterhin Gymnasiallehrer und diese ausgebildeten Stadtteilschullehrer sein müssten, weil die Stadtteilschulen ja zum Abitur führen. Und das würde natürlich dazu führen, dass auch Lehrer, die sich für die Stadtteilschule später entscheiden wollen, also Studierende, ja mit dem Klammerbeutel geprügelt sein müssten oder wie man das ... wie dieses Sprichwort sagt, wenn sie nicht Gymnasialstudium machen würden. Das eröffnet ihnen alle Möglichkeiten, auch zur Stadtteilschule zu gehen, während das Stadtteilschullehramt die Möglichkeiten sehr stark eingrenzen würde. Also wir gehen sehr davon aus, dass das tatsächlich nicht praktikabel sein könnte und dass es eher eine sehr ideologische Debatte darum ist, um auch das ... um diese Fragestellung, was ist Stadtteilschule, die sehr stark an Debatten erinnert, an die Hauptschule im Grunde gedanklich, inhaltlich anknüpfen zu wollen.

Also an dem Punkt haben wir keine Kritik an der Reform, sehen sie insgesamt aber dennoch überwiegend negativ, sehen sie nämlich eher als einen Rückschritt als einen Fortschritt für Inklusion. Auch wenn es Einzelpunkte gibt, die in die richtige Richtung führen, sind andere Punkte so gewichtig, dass wir zu dieser Gesamteinschätzung kommen. Und das will ich an zwei Hauptpunkten ausführen. Und der erste Hauptpunkt ist der Übergang von Klasse 4 zu Klasse 5, vom Primar- zum Sekundarbereich. Das ist ein bisschen jetzt in der Lehrerbildung Thema, weil das Grundschullehramt geschaffen wird. Das hätten wir uns auch anders vorstellen können. Das ist nun so. Das ist auch, hat natürlich inhaltlich damit zu tun, dass in einem Volksentscheid vor einigen Jahren eine Verlängerung der Primarschule sich nicht durchsetzen konnte, sodass wir diese Auftrennung des Lernens, des gemeinsamen Lernens von allen Kindern nach Klasse 4 jetzt haben, das pädagogisch

eigentlich nicht sinnvoll ist, aber nun ist es die Voraussetzung, vor der wir diskutieren. Aber wenn die Voraussetzung so ist, dass diese Trennung stattfindet und dass diese Kinder dann in verschiedene Systeme gehen, dann haben die Politiker die Verantwortung, dass dieser Übergang gut organisiert wird, dass dieser Übergang gut funktionieren kann. Und wir haben nicht mehr die Situation, dass die Kinder im Gleichschritt lernen.

Wir haben genaue Studien hier in Hamburg – es ist ja nicht alles schlecht in Hamburg, manches funktioniert gut –, wir haben einen genauen wissenschaftlichen Überblick über die Lernentwicklung der Kinder durch die Langzeitstudien. Und wir wissen, das Lernen der Kinder funktioniert nicht im Gleichschritt, sondern es funktioniert aufgrund von sozialen, sehr stark auch nach sozialen Milieus unterschiedlich schnell. Sie kommen mit unterschiedlichen Voraussetzungen. Das hat auch mit Kinderarmut etwas zu tun. Und wir wissen, dass diese Voraussetzungen nicht gleich sind und dass auch die Entwicklung der Leistungsfähigkeit von Kindern nicht gleich ist. Und das bedeutet aber auch, dass nicht alle Kinder in vier Jahren Grundschule das Basiswissen erwerben, was nach Grundschule eigentlich erworben sein soll. Wir haben einen sehr hohen Anteil von Kindern, die das nicht erworben haben nach vier Jahren, die also in Klassen 5 und Klassen 6 gehen und diesen Basiserwerb noch fortsetzen müssen. Und sie brauchen Lehrer, die dafür ausgebildet sind.

Im bisherigen System gab es die Trennung Grund-, Hauptschul- und Realschullehrer nicht. Also sind Sie da auf Lehrer getroffen in den Stadtteilschulen, die solche Ausbildungsanteile hatten. Da war sehr wichtig dabei eben die Ausbildung in Grundschulpädagogik. Dahinter verbirgt sich elementare Ausbildung, also Wissensbestände. Das ist auch Fachwissen, ein Fachwissen darüber, wie die Lernprozesse beim mathematischen Anfangsunterricht, beim mathematischen Basisunterricht funktionieren und wie die Lernprozesse beim Schriftspracherwerb funktionieren.

Diese Ausbildungselemente werden jetzt beim neuen Sekundarschullehrer, der sich nur am bisherigen Gymnasiallehrer orientiert, völlig weggekürzt. Sie fallen völlig weg. Das waren beim GHR-Lehrer 36 Leistungspunkte, also mehr als 10 Prozent. Man hätte sich ja vorstellen können, dass es reduziert wird, aber es fällt stattdessen völlig weg. Der künftige Sekundarschullehrer erhält in diesem Bereich keine Ausbildung mehr. Und das ist ein ganz großes Problem und man kann nicht sagen, es ist nur ein Problem von bestimmten, extrem sozialen Brennpunkten. Dann könnte man ja sagen, wie auch die Information ein bisschen von Senatsseite ist oder von Seite der Regierungsparteien. Dann können solche Stadtteilschulen ja im Ausnahmefall auch einmal einen Grundschullehrer einstellen. Das löst das Problem nicht, sondern dieses Problem dieses ungleichzeitigen Lernens, das haben wir flächendeckend in sehr, sehr vielen Gebieten von Hamburg und das erfordert auch eine Ausbildung, die die Lehrer darauf vorbereitet, die diesen Übergang praktikabel macht. Die Ausbildungsreform, wie sie jetzt angelegt ist, ist unserer Meinung nach nicht wirklich dafür geeignet, das zu händeln.

Man könnte sich das ja anders vorstellen. Man könnte in einem Sekundarschullehramt eine gemeinsame Grundierung für alle in diesem Bereich schaffen. Man könnte Flexibilität einführen. 9 Leistungspunkte, die jetzt als Flexibilität eingekürzt sind, sind bei dem Gesamtumfang Pipifax. Also die ermöglichen nicht, dass wirkliche Schwerpunkte nachstudiert werden können. Und man könnte natürlich sagen, so ein Sekundarlehrer kann sich einen bestimmten Anteil stärker darauf orientieren, in Sekundarstufe II, für Sekundarstufe II seine Fachlichkeit zu qualifizieren, und ein anderer kann sich stärker an anderen Bereichen orientieren. Ist aber in diesem jetzigen Format nicht vorhanden.

So. Nun können wir natürlich fragen, Grundschulpädagogik für den Sekundarstufenlehrer, aber der Gymnasiallehrer, der braucht das doch nicht. Auch da sind wir anderer Ansicht. Ich will daran erinnern, dass wir jetzt schon seit knapp zehn Jahren oder fast zehn Jahren – im Mai wird sich das zum zehnten Mal jähren – verpflichtet sind der UN-Konvention. Wir sind verpflichtet dem Ziel der Inklusion. Dieses Ziel sagt nicht einfach nur, dass Eltern einen



Rechtsanspruch haben, ihr Kind in das allgemeine Schulsystem zu geben – das ist in Hamburg ja gegeben –, sondern es fordert ein, dass die Wirklichkeit auch so gestaltet ist, dass das auch möglich wird. Die UN-Konvention beinhaltet die Anforderung, das Sonderschulwesen zurückzubauen. Das ist eine Aufgabe, die auf viele Jahre angelegt ist, aber auch die Reform der Lehrerausbildung ist auf viele Jahre angelegt. Das heißt, es ist ja eine Frage, was stellen wir uns vor, was in den nächsten zehn, 20 Jahren an Entwicklung angedacht ist. Was ist da geplant? Wie soll die UN-Konvention umgesetzt werden? Wie soll umgesetzt werden, dass zum Beispiel die speziellen Sonderschulen ... Und die Kinder mit spezifischen Behinderungen sind ja gerade die, für die die UN-Konvention entwickelt worden ist. Lernbehinderte (...) ein speziell deutsches Phänomen. Also gerade die Kinder mit spezifischen Behinderungen sind es, für die die UN-Konvention gilt. Wie soll es gelingen, dass diese Kinder im allgemeinen Schulwesen integriert werden in den nächsten zehn, 20 Jahren? Das ist für mich nicht denkbar. Ich spreche ein bisschen auch persönlich. Also nicht alles, was ich sage, ist sozusagen Verbandsmeinung. Sie können ja im Internet nachlesen unsere Erklärung. Ich hoffe, dass ich das adäquat dann noch wiedergebe.

Für mich ist nicht vorstellbar, dass das möglich ist, ohne dass die Gymnasien einen gewaltigen Anteil daran nehmen müssen. Schulfrieden hin oder her, diese Aufgabe steht. Diese Verpflichtungen haben alle Parteien, dem gerecht zu werden. Und auch Gymnasien werden sich daran beteiligen müssen. Man kann sich nicht vorstellen, dass 50 Prozent der Schülerschaft, und zwar die schwächeren 50 Prozent, diese gesamte Integrationsleistung vollbringen und die anderen 50 Prozent sind davon freigestellt. Das ist nicht denkbar. Dann kann das nicht gelingen. Also wenn man wirklich ernst meint, die UN-Konvention soll umgesetzt werden, bis in 20 Jahren stellt man sich vor, die Sonderschulen sind zurückgebaut, Kinder mit Downsyndrom, mit geistiger Entwicklung und so weiter werden in das Schulsystem hineingeholt, dann brauchen die dort, wo sie hinkommen, multiprofessionelle Teams, die oft auch auf diese Aufgabe vorbereitet sind. Und da wäre es einfach auch sinnvoll, auch für Gymnasiallehrer, dass sie einen Grundstock an Ausbildung bekommen. Das ist die Grundschulpädagogik. Die gibt einen solchen Grundstock. Die gibt einen Grundstock darin, Kenntnisse zu haben, wie elementare Lernprozesse stattfinden. Das ist für einen Großteil dieser Kinder ein zentrales Thema.

Frau Stöver möchte ich kurz ansprechen, weil sie, denke ich, in der letzten Anhörung unsere Erklärung mit ins Spiel gebracht hat und auch die Erklärung von KIDS. KIDS ist ein Elternverein für Kinder mit Downsyndrom, die in einer ähnlichen Richtung argumentieren wie wir. Es ist, glaube ich, ein Missverständnis, wenn Sie da herausgelesen haben aus diesen beiden Erklärungen, es ginge darum, wir würden kritisieren, die Sonderpädagogen würden nicht gut genug ausgebildet. Das war das Thema bei dieser letzten Anhörung. Das ist nicht unser Punkt. Unser Punkt ist, diese Kinder im allgemeinen Schulsystem brauchen Teams, die zusammenarbeiten und gemeinsam diese Aufgabe bewältigen können. Und dafür brauchen sie auch eine gemeinsame Ausbildung. Diese Ausbildung wird aber gerade abgeschafft. Bisher war es so, dass die Sonderpädagogen diese Ausbildung hatten und auch die GHR-Pädagogen diese Ausbildung hatten, diesen Ausbildungsabschnitt Grundschulpädagogik. Der wird aber nun abgeschafft. Er wird sogar auch abgeschafft für die Sonderpädagogen der Sekundarstufe. Sogar die Sonderpädagogen der Sekundarstufe werden nicht mehr ausgebildet in diesen elementaren Lernprozessen, die aber wichtig dafür sind, um gemeinsamen Unterricht denkbar zu machen. Das ist immer die Vorstellung, der Sonderpädagoge kommt mit einem Spezialwissen und sorgt dann für dieses Kind, so funktioniert das nicht. Der Sonderpädagoge ist mit dem Kind mit Downsyndrom nur einige Stunden zusammen. Dieses Kind braucht ein Team, was diese Aufgabe bewältigen kann.

Und in diese Richtung weist diese Lehrerreform nicht und leider nehmen wir als Verband wahr, dass wir auch nicht sehen, dass es überhaupt ernsthafte Überlegungen gibt, ein Konzept zu entwickeln, wie das Sonderschulwesen zurückgebaut werden kann. Das funktioniert als ein Prozess. Wenn es nicht in diese Planungen einbezogen wird, zum Beispiel auch in die Ausbildung einbezogen wird, wird das nicht funktionieren. Es geht nicht

darum, Fachlichkeit infrage zu stellen, aber die Ausbildung für diese Kinder erfordert eine eigene Fachlichkeit, und die muss die Universität gewährleisten. Frau Boeddinghaus, Sie hatten so die Frage angesprochen in dieser letzten – habe ich nachgelesen – (...), ob unseren Bedenken Rechnung getragen werden kann, indem die zweite Phase anders gestaltet wird. Die zweite Phase muss auch anders gestaltet werden, aber es geht um Fachlichkeit. Und diese Fachlichkeit bietet die Universität. Die bietet die Universität in diesen Bereichen auch in einer ganz hervorragenden Weise, darf es und soll es aber in Zukunft für die Sekundarstufe nicht mehr leisten. Das ist unserer Meinung nach besorgniserregend dafür, ob die Regierungsparteien hier überhaupt ein Konzept entwickeln wollen, die Sonderschulen tatsächlich abzubauen oder ob der Status quo mehr oder weniger weiterlaufen soll. Dafür ist die neue Sonderpädagogenausbildung nämlich durchaus praktikabel. Also den Stadtteilschulen wird es nützen, wenn die Sonderpädagogen ein Fach unterrichten können. Das ist natürlich richtig. Aber sie verlieren an Kompetenz, diesen Prozess tatsächlich zu begleiten, der wirklich nötig wäre, wenn man die Sonderschulen tatsächlich zurückbauen will. Und das ist unsere Anforderung, die wir als Verband haben.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Brunner. Als Nächstes haben wir Herrn Ritter, Finn Ole.

**Herr Ritter:** So. Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Mein Name ist Finn Ole Ritter, Funktion besorgter Bürger. Ich habe mir überlegt, was ich jetzt noch sage nach so einem fachlichen Thema, aber ich möchte es aus meiner Situation noch einmal schildern. Ich habe mir drei Grundsätze überlegt, wo ich sage, daran messe ich, ob ich die Lehrerausbildung für zielführend sehe oder nicht. Die erste Gleichung für mich heißt, unterschiedliche Kinder brauchen unterschiedliche Lehrer. Mein erster Grundsatz. Der zweite heißt, brauche ich, um Kindern gerecht zu werden unterschiedlicher Art, Herkunft und auch Leistungsniveau, unterschiedliche Schulprofile. Der dritte ist mir jetzt entfallen. Deswegen nehme ich die beiden.

Und wenn ich das abgleiche mit dem, was jetzt passieren soll, also sprich, ich schaffe jetzt, wenn ich akzeptiere, ich habe unterschiedliche Schulprofile, die brauche ich, um möglichst einer breiten Schülerschaft gerecht zu werden, schaffe ich jetzt nur noch einen Lehrer, dann, finde ich, untergräbt das die Akzeptanz, dass ich sage, ich möchte auch in Zukunft zwei verschiedene Schulprofile haben. Daraus ergeben sich für mich nachher noch ganz viele Fragen, die ich auch noch nicht alle stellen werde, aber ein paar dezent noch, dass der Senat noch antworten kann.

Was ich aber vor allem, bevor ich da einsteige, noch als Frage habe, vor allem die Expertenkommission, die der Senat eigens eingesetzt hat, plädiert ja dafür, zwei unterschiedliche Lehrer auszubilden, also auch der vom Senat eingesetzte Experte, der ich nicht bin, aber da kann man ja lesen, der sagt, bitte, lieber Senat, wir brauchen für das Schulprofil Gymnasium einen Lehrer und wir brauchen für das Schulprofil Stadtteilschule einen Lehrer. Und der Senat widersetzt sich dem, um das einmal grob auszudrücken, mit der Begründung ... Die habe ich gelesen, die Drucksache, weil es mich als besorgter Bürger dann sehr interessiert hat, wo er mir das begründet. Und ich habe gefunden, dass der Aufwand doch an einer Universität zu hoch sei, einen Stadtteilschullehrer auszubilden. Also ich weiß nicht, ob das fachlich begründet ist, aber für mich würde das eher nicht fachlich zählen.

Aufgrund dieser Aussage habe ich mir überlegt, okay, woran könnte es denn jetzt liegen, dass man eben sagt, okay, die Stadtteilschule als Profil braucht keinen eigenen Stadtteilschullehrer. Und dann habe ich geguckt, wer kritisiert denn eigentlich, dass es keinen Stadtteilschullehrer gibt, weil gerade auch diese Kritik kommt. Das machen ja alle, die eigentlich nicht wollen, dass auf einer Stadtteilschule Abitur gemacht wird. Aber ich habe gelesen, dass eigentlich überwiegend auch alle Gewerkschaften sagen, so wie es jetzt umgesetzt werden soll, wenn man schon einen Lehrer schafft, ist viel zu viel Fachlichkeit in dieser Ausbildung drin. Also es heißt, es scheint ja wohl breit aufgestellte Kritik zu geben.

Also erste Frage an den Senat, wenn es die Möglichkeit gibt, die zur Antwort zu hören:  
Warum führt er trotz der Meinung der Expertenkommission einen eigenen  
Stadtteilschullehrer nicht ein?

Das Zweite, was ich als Folge sehe aus dieser Lehrerausbildung, der Reform, was wir vorher gesagt haben auch, die Stadtteilschule ist das Profil, wo es um den ersten Bildungsabschluss und den mittleren Bildungsabschluss geht. Wenn ich mir überlege, dass diese Anforderung, also das Ziel dieser Schüler, auch diese beiden Abschlüsse zu machen, jetzt mit einem Gymnasiallehrer, der eine hohe Fachlichkeit ausweist, erreichen möchte, finde ich, ist das auch eine Schwächung der mittleren und ersten Bildungsabschlüsse, wenn ich so was einführe. Also dieses Denken, Abitur ist der einzige Abschluss, der wertig ist, egal jetzt, ob auf Gymnasium oder Stadtteilschule, und ich führe nur noch deswegen einen Gymnasiallehrer ein, weil ich sage, der ist auch der fachlich bessere Lehrer, finde ich, schwächt es auch die berufliche oder die Vorbereitung zur beruflichen Ausbildung, also den mittleren Bildungsabschluss und den ersten Bildungsabschluss ganz, ganz, ganz schlimm aus meiner Sicht. Und gerade in der jetzigen Zeit ist eben dieser Akademisierungswahn aus meiner Sicht nicht das richtige Mittel, um auch in Zukunft weiterhin Leute in die duale Ausbildung zu bekommen.

Zusammenfassend passt aus meiner Sicht der neue Gymnasiallehrer, der Allround-Lehrer, eben nicht dazu, um zwei Schulprofile zu stärken. Und meine Fragen am Schluss sind eigentlich eher, weil ich mir auch noch einmal angeguckt habe, von dem vermeintlichen Schulfrieden von damals, wie sich denn die Fraktionen damals verhalten haben. Die GRÜNEN Fraktion hatte ja sich überall enthalten, weil ihre Vorstellung ja insgesamt die Schule für alle schon immer war. Deswegen wäre meine Frage an Frau Zweite Bürgermeisterin Fegebank, wie die GRÜNEN denn zur einen Schule für alle stehen und ob es immer noch dem Wunsch, dem Profilwunsch der GRÜNEN entspricht auch von der Politikrichtung. Und die zweite Frage an Herrn Rabe, ob Herr Rabe denn die Antwort, möchten Sie eine Schule für alle oder nennen Sie es Einheitsschule oder nennen Sie es auch wie immer eine Schulstruktur, ob Sie die Antwort mit Ja oder Nein beantworten können, und wenn Sie es mit Nein beantworten, würde mich interessieren, wie dann jetzt die Lehrerausbildung zu Ihrem Anspruch passt, wenn Sie keine Schule für alle wollen.

**Vorsitzende:** Also ich möchte nur einmal deutlich sagen, Sie haben nicht Fragerecht. Das ist hier eine öffentliche Anhörung der Bürgerschaft, des Ausschusses. Wir können Fragen an Sie richten. So ist das in der Geschäftsordnung festgelegt. Das ist die Architektur dahinter. Und es ist nicht so, dass es für Sie eine Senatsbefragung ist. Von daher können selbstverständlich die Zweite Bürgermeisterin oder jetzt amtierende Bürgermeisterin Frau Fegebank und auch Herr Senator Rabe Fragen beantworten, aber es ist nicht Ihr Recht, Fragen an den Senat oder an die Abgeordneten zu richten. Das zur Klarstellung.

Dann rufe ich Herrn Deutz auf.

**Herr Deutz:** Vielen Dank. Mein Name ist Oliver Deutz, auch besorgter Bürger und auch besorgter Unternehmer. Mein Vorredner, der als Erstes hier gesprochen hat, hat eigentlich ganz viele Punkte angesprochen, die mir ähnlich auf dem Herzen liegen.

Zu dem Thema. Ich habe so das Gefühl, der Lehrer, den wir so in Zukunft haben sollen, der muss ganz viele Aufgaben bewältigen, Inklusion, fachlich, pädagogisch und so weiter. Wenn man sich das alles anguckt und dann sieht, wie viel Jahre die eigentlich studieren, dann muss man eigentlich sagen, irgendwas passt nicht. Entweder ist da zu viel Stoff drin oder die Studienzeiten müssen länger gehen. Oder eventuell muss man dann die Struktur doch anders ändern der ganzen Ausbildung im Studium. Da will ich jetzt aber gar nicht einmal so richtig drauf hinausgehen, sondern ich mache es einmal ganz einfach, hier wurde schon ganz viel gesagt, aber einen Schwerpunkt habe ich, den ich hier gern darlegen möchte, und zwar das Grundschullehramt.

Das Grundschullehramt ist eines, was ich finde, das ... Oder diejenigen, die hier bei den Kindern nämlich schon einmal das Fundament legen ... Und wenn wir dieses Lehramt im Grundschullehramt vernachlässigen, dann, glaube ich, vernachlässigen wir schon einmal die Basis, nämlich das Fundament. Und das Fundament für die Kinder gerade in den Grundschulen muss dementsprechend auch stark ausgerüstet sein, nicht nur von den Lehrern her, sondern dementsprechend auch von der Ausstattung her et cetera pp. Das ist aber nur ein Part. Deswegen darf für mich, so wie ich das vernommen habe, der Bereich, dass man hier die Lehrer im Grundschullehramt, ich sag 'mal, anders bezahlt, in dem Moment vielleicht sogar schlechter bezahlt als die weiterführenden Lehrer ... Ich glaube, das darf nicht passieren, sondern wenn, ist das Fundament zu legen im Grundschullehramt, weil, dort bauen hinterher alle Schulen drauf auf – Danke.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Deutz. Als Nächstes Christoph Jantzen bitte.

**Herr Jantzen:** Guten Tag! Ich bin Christoph Jantzen. Ich spreche hier als Mitglied des Vorstandes des Grundschulverbandes. Beruflich bin ich wissenschaftlicher Mitarbeiter für Lehre im Arbeitsbereich Deutschdidaktik der Universität, also unmittelbar in der Lehrerbildung tätig. Ich spreche wegen des Grundschulverbandes auch vornehmlich zum Grundschullehramt und zur Reform des Grundschullehramtes.

Angesprochen wurde schon, dass wir dort ein sehr attraktives Lehramt brauchen. Die Konkurrenz ist groß. Berlin und Brandenburg und Sachsen haben schon das A13 für Grundschullehrämter eingeführt. In Hamburg warten wir noch darauf und es ist eine Sache, ob die Berufsperspektive attraktiv ist, ob man den Beruf ergreift oder nicht. Es ist also, das ist nicht unmittelbar mit der Reform der Lehrerbildung verbunden, aber etwas, was es attraktiv macht oder auch nicht. Außer dass das Geld vielleicht nicht ganz so locker sitzt und nicht da ist, gibt es nach meinem Wissen keine guten Gründe dafür, nicht die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer mit A13 zu bezahlen.

Attraktivität des Studienganges ist auch durch andere Bereiche wichtig, die zu schaffen, damit wirklich etwas geschaffen wird, wo nicht ein abgehängtes Lehramt für die, die vielleicht sonst gar nichts anderes schaffen, daraus wird und wir Lehrerinnen und Lehrer haben, die in den Lernvoraussetzungen, mit denen sie in das Studium gehen, relativ geringe Lernvoraussetzungen mitbringen. Da ist zum Beispiel die Qualifizierung nur für die Grundschule. Es gibt einen Satz in der Drucksache, der heißt: "Die drei Unterrichtsfächer werden so ausgestattet, dass gemäß den KMK-Vorgaben auch ein Einsatz über die Grundschule hinaus ermöglicht wird." Ich könnte mir vorstellen, dass konkreter gesagt wird, was das eigentlich bedeutet. Können die bis Klasse 10 in den Fächern, die sie studieren, unterrichten oder bis Klasse 6 oder bis Klasse 5 ½ oder bis wann? Was bedeutet das konkret und welche Perspektiven ergeben sich daraus?

Ein weiterer Punkt, der für das Studium wichtig ist, sind die Freiräume, die in dem Studium geschaffen werden müssen, damit das attraktiv ist. Ich komme gleich noch einmal explizit auf die Verpflichtung, Deutsch und Mathe zu studieren, zu sprechen. Wir brauchen aber auch mehr Freiräume als die Fächerwahl. Wir haben geschaffen einen Wahlbereich von 9 Leistungspunkten darin. Das ist grundsätzlich zu begrüßen, dass ein Wahlbereich kommt, denn bisher haben wir keinen in den Lehrämtern. Das ist aber deutlich zu wenig und bringt wenig Attraktivität.

Ich bin seit zehn Jahren in der Lehrerbildung tätig und stelle fest, wir haben ganz, ganz unterschiedliche Studierende. Da kommen einige, die haben schon ein Studium hinter sich, die haben jahrelange Berufserfahrung auch in pädagogischen Berufen hinter sich. Es kommen einige, die haben Berufsausbildungen hinter sich, und einige kommen nach dem achtjährigen Abitur mit vielleicht gerade einmal 18 Jahren in das Studium und relativ wenig Erfahrung. Einige kommen aus Elternhäusern, die sind begütert und können in Ruhe

studieren und haben die Zeit dafür, auch sich dem Studium voll zu widmen, und andere müssen da ganz viel Geld dazuverdienen, um das Studium zu finanzieren. Das verändert natürlich auch die Art des Studierens. Und wir haben Studierende, die bringen ganz viele Voraussetzungen von zu Hause mit, weil ihre Eltern am Abendbrottisch immer über Schule gesprochen haben, weil sie selbst Lehrer waren. Andere sind sehr weit vom Lehrersein entfernt.

Diese Vielfalt der Studierenden macht es schwierig, wenn wir ein Studium konstruieren, das relativ einheitliche Lernschritte und Lernvorgaben macht. Dafür brauchen wir mehr Freiraum und mehr Wahlmöglichkeiten innerhalb des Studiums. Das ist kaum angelegt in der Drucksache und kann zum Teil zwar in der Umsetzung in der Universität geschaffen werden, aber es wäre schön, wenn dazu stärkere Vorgaben auch in der Drucksache stehen würden.

Unattraktiv für viele Studierende wird es sein, Deutsch und Mathematik als Fach studieren zu müssen. Das wird für viele Studierende dazu führen oder angehende Studierende, dieses Lehramt nicht anzuwählen. Das hat es in Berlin gegeben. Das war da eine Schwierigkeit, die sich zum Teil ausgeglichen hat, aber nicht voll und ganz, aber das ist eine Hürde. Und wir sehen das in Hamburg auch im mathematischen und sprachlichen Anfangsunterricht. Also wir werden dort Ängste erzeugen bei Studierenden, die sich überlegen, was für ein Lehramt mache ich, und sie werden dafür andere Lehrämter vorziehen oder andere Studiengänge.

Wichtig ist, wie es in der Drucksache steht, dass fachlich und fachdidaktisch gut gebildete Lehrerinnen zumeist auch besseren Fachunterricht geben. Dazu gibt es einige Studien. Daher sollen auch diejenigen, die hinterher das Fach unterrichten, gut ausgebildet werden. Das ist durchaus wichtig. Das heißt aber nicht, dass alle angehenden Lehrerinnen und Lehrer Deutsch und Mathematik machen müssen. Wir haben eine Schulstruktur, die zurzeit viel Inklusion in der Grundschule hat und Ganztage. Das führt dazu, dass in den Klassen in der Regel Klassenteams unterrichten und nicht mehr eine Lehrerin alle Fächer unterrichtet. Das heißt, wir brauchen gar nicht alle Lehrerinnen und alle Lehrer, die hinterher Deutsch unterrichten und Mathematik, sondern wir brauchen durchaus Lehrerinnen, die sich abwechseln. Sonst stehen die sich ja in Deutsch und Mathe auch auf den Füßen und können nur noch Deutsch und Mathe unterrichten und kaum noch anderes. Denn wir brauchen natürlich auch die Expertise und die Fachlichkeit und das Fachwissen in den anderen Fächern. Im Sachunterricht, in Englisch, in Musik müssen genug Lehrerinnen und Lehrer an den Grundschulen sein, die fachlich gut ausgebildet sind. Denn auch dort gilt, wer gut ausgebildet ist, gibt besseren Unterricht. Und die Gefahr, wenn Mathe und Deutsch Pflichtfächer sind und nur noch ein drittes Fach gewählt werden kann, dass in bestimmten Fächern gar nicht genug Lehrerinnen und Lehrer ausgebildet werden, die hinterher dieses Fach unterrichten, ist relativ groß. Ich könnte und wir könnten uns auch als Grundschulverband Regelungen vorstellen, die durchaus ein Stück weit restriktiv sind, Mathe oder Deutsch als Pflichtfach oder auch Mathe, Deutsch, Sachunterricht und daraus zwei Pflichtfächer, wenn es ein Grundschullehramt gibt.

Anzumerken bleibt, dass die Rechnung, die aufgemacht wird, in dem Papier verschleiert, dass, wer jetzt Deutsch auf Lehramt Primar- und Sekundarstufe studiert, mehr Leistungspunkte fachlich und fachdidaktisch studiert, als es im Grundschullehramt bei Deutsch und Mathematik der Fall sein wird.

Wir begrüßen, dass für das Grundschullehramtsstudium die Übergänge wichtig gemacht werden, würden uns aber wünschen, dass die Formulierung für das weiterführende Lehramt dort noch deutlicher formuliert wird, dass die auch die Übergänge zur Grundschule gestalten müssen, denn das ist ein sehr wichtiger Punkt. Wir haben im Augenblick in den Stadtteilschulen die Lehrerinnen und Lehrer, die Lehramt Primar- und Sekundarstufe studiert haben, und die haben ja die Kompetenz vom Studium mitbekommen, was in der Grundschule läuft. Damit kann der Übergang relativ gut auch begleitet werden von den Personen, die beide Perspektiven kennen. Das fällt weg. Und dann in 15 oder 20 Jahren gibt

es diese Perspektive nicht. Und wer Kinder am Gymnasium begleitet hat, kennt den Bruch, der in Klasse 5 entsteht. Deswegen wäre es schön, wenn dazu in der Drucksache auch noch deutlichere Worte gefunden würden.

So weit zum Grundschullehramt. Ich würde ganz gern die Perspektive aufmachen und damit auch etwas zu dem weiterführenden Lehramt sagen. Der Grundschulverband kann sich vorstellen, dass in der nächsten Lehrerbildungsreform in drei, fünf oder sieben Jahren vielleicht auch ein Lehramt wirklich für alle Lehrerinnen und Lehrer geschaffen wird, ein Lehramt. Das ist ein Traum, wo man drüber nachdenken muss, wie man den füllen kann. Damit sind wir durchaus einverstanden, damit, dass das weiterführende Lehramt zurzeit als eines geführt wird und nicht als ein geteiltes, zumal im Vergleich deutschlandweit der Pädagogikanteil im Vergleich zu Gymnasialschullehrämtern in anderen Bundesländern relativ hoch ist. Wir haben also keine große Pädagogiknot dabei und auch zurzeit ist die Pädagogik im Gymnasiallehramt relativ breit vertreten. – Danke.

**Vorsitzender:** Herzlichen Dank, Herr Jantzen. Herr Arno Bublitz hat das Wort als Nächstes.

**Herr Bublitz:** Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren! Mein Name ist Arno Bublitz. Ich möchte sprechen aus der Perspektive eines Vaters mit zwei Kindern und als in der Wirtschaft Tätiger. Das heißt, ich habe eine bisschen drastisch andere Perspektive als diejenigen Beteiligten, die vor allen Dingen aus dem Bildungssektor und aus der Bildungs-, aus der Lehrerbildung kommen.

Was mir bei meinen Kindern, die in der dritten und jetzt in der siebten Klasse sind, aufgefallen ist, ist, dass im Vergleich zu meiner Schulzeit die Ansprüche an grundlegende Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen dramatisch gering sind. Wenn Kinder in der Klasse sind auf dem Gymnasium, die Probleme mit der Rechtschreibung haben, dann müssen die auf Fünf stehen, bevor die Lehrer die Flagge heben und den Eltern mitteilen, dass hier Förderbedarf ist, also sozusagen dann, wenn das Kind schon im Brunnen ist.

Ich möchte ... Also das heißt, da hängt ein bisschen eine dramatische Ungleichbehandlung mit drin, denn das bevorzugt natürlich massiv Eltern aus begüterten Häusern, aus gebildeten Häusern, weil, da können die Eltern das erkennen, dass die Schule nicht rechtzeitig eingreift und dass ihre Kinder möglicherweise hinterherhinken. Das ist eine drastische Benachteiligung von Kindern aus sozial schwachen Schichten. So nehme ich das wahr als jemand, der nicht unbedingt aus der sozial schwachen Schicht kommt.

Der andere Punkt ist: Es heißt so schön, der Wert einer Wissenschaft lässt sich an ihrem Gehalt an Mathematik ablesen. Die Chinesen haben unter 1 000 Schulabsolventen ungefähr 500, die hier in die Top-Gruppe im Bereich Mathe hineinfallen würden. Hongkong liegt mit 650 darüber. Singapur, Japan stehen ebenfalls nicht viel hinterher, sondern eher auch in dem Bereich. In Deutschland sind es 50. Die Sache mit den Mathematik- und Naturwissenschaften ist deshalb so wichtig – ich arbeite in der Softwareentwicklung –, weil mathematisch-naturwissenschaftlich, strukturell denkende Menschen das Herzblut unserer Wirtschaft sind.

Ich möchte das ... Also ich habe in der Automobilindustrie gearbeitet, in verschiedenen Branchen, ich arbeite seit 20 Jahren in der Softwareindustrie. Es ist vollkommen egal, ob wir über Produktentwicklung, über Forschung sprechen, ob wir über Marketing oder Controlling sprechen, eine fundierte mathematische Ausbildung, das Verstehen mathematischer Konzepte, das Anwendenkönnen von Mathematik im praktischen Bezug ist das Herzblut unserer Wirtschaft, und das für uns als exportorientierte Wirtschaft. So, wenn wir jetzt, und das müssen wir ja konstatieren, wenn 1,6 Millionen Fachkräfte in diesem Land fehlen, wenn wir jetzt konstatieren, dass wir da Nachholbedarf haben, einen dramatischen Nachholbedarf, wenn wir nach China und von mir aus nach Indien sehen und dort sehen, dass in jeder weiterführenden Schule Programmieren gelehrt wird, also nicht Digitalisierung im Sinne von

Medienkompetenz konsumtiv, sondern kreativ Programmieren lernen, dann stellt sich mir bei einer gemeinsamen Ausbildung von Stadtteilschullehrern und Gymnasiallehrern die ganz dringende Frage, wie um Gottes Willen wir gut talentierte junge Leute so fordern können, so fordern können, dass sie aus der Schule herauskommen, ein anspruchsvolles Studium in Angriff nehmen und danach das Rückgrat unserer Wirtschaft bilden. Das ist die Frage, die sich mir stellt angesichts eines Einheitslehrers von ... Und das ist ja leider die Tatsache, das ist nicht schön und ich möchte es nicht missverstanden wissen als ein Plädoyer gegen die Förderung schwächerer Schüler, überhaupt gar nicht, aber wir dürfen auf keinen Fall das Fordern, das Fordern starker Schüler unterlassen. Das ist mein Plädoyer. – Danke schön.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Bublitz. Ich bin ja froh, dass ich als promovierte Philosophin irgendwie ... Mathe hat bei mir keine Rolle gespielt, dann war meine Bildung wohl auch nicht so richtig viel wert. Gut. Herr Freistedt als Nächstes.

**Herr Freistedt:** Marino Freistedt ist mein Name, ich arbeite beim Erzbistum Hamburg und ich bin gleichzeitig auch Mitglied der Schuldeputation. Deshalb möchte nicht zunächst eine pädagogische Diskussion hier einführen, sondern ich möchte eine Frage stellen zur Ausbildung an der Hochschule für den Fachbereich katholische Religionslehre. Wir werden ja durch die mögliche Veränderung erleben, dass das Fach katholische Religionslehre, das bisher nur für die Studenten für die Klassen 1 bis 10 möglich ist, dann auch ausgeweitet werden muss bis 13. Und deshalb auch meine Frage beziehungsweise meine Anregung, inwieweit sind kirchliche Stellen darüber informiert, inwieweit ist auch über das Konkordat gesprochen worden, denn diese Veränderung kann nicht allein vonseiten des Staates durchgeführt werden, sondern muss auch mit dem Vatikan im Endeffekt abgeklärt werden, weil dort auch eine entsprechende Berufung von Professorenstellen notwendig ist. Ich wollte dieses gern noch einmal als Anregung hier geben. Wir sehen nämlich, wenn das nicht passiert, doch mit Sorge, dass in den nächsten Jahren und Jahrzehnten möglicherweise der Unterricht im Fach katholische Religion dann hier im Norden Deutschlands abgebaut werden kann. Und weil auch in den beiden anderen benachbarten Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein Diskussionen darüber entstehen, ist nicht für uns ganz klar, wie wir für den Norden Deutschlands noch die Ausbildung im Fachbereich katholische Religionslehre an den Universitäten absichern können. – Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Freistedt. Herr oder Frau Dannemann zum Thema Quereinsteiger.

**Herr Dannemann:** Dannemann, ich bin unter anderem Lehrer gewesen, Mathematik und Physik, und bin erstaunt beziehungsweise empört darüber, dass Quereinsteiger für Gymnasiallehrer nicht gewünscht sind, wie in der letzten Darstellung geäußert wurde von den Sachverständigen. Ohne Quereinsteiger kann man auf vielen Gebieten keinen anspruchsvollen Unterricht gewährleisten. Zum Beispiel Digitalisierung und auch Programmieren wird von vielen Lehramtskandidaten nicht in der Gründlichkeit studiert, wie das die Fachleute können. Und ich habe zum Beispiel in der Schule beim Programmiererunterricht beziehungsweise Informatik immer wieder erlebt, dass die Schüler sich beschwerten über den stümperhaften Unterricht ihrer sogenannten Lehrer, die die Fächer Informatik beziehungsweise Programmieren beaufsichtigten, wo die Schüler doch viel mehr konnten als der Lehrer. Und damit das nicht wieder weiter fortgeführt wird, finde ich, ist unbedingt notwendig, dass auch im Gymnasialbereich Quereinsteiger bevorzugt oder möglich sind und das nicht kategorisch ausgeschlossen wird.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Als Nächstes Frau Freya Schmitz.

**Frau Schmitz:** Ja, hallo, ich bin selbst gerade Lehrkraft im Vorbereitungsdienst hier in Hamburg für die Grund- und Mittelstufe mit den Fächern Deutsch und Sachunterricht, habe in Hamburg auch mein Studium abgeschlossen, Lehramt für die Primar- und Sekundarstufe I in Deutsch und Geografie, und möchte deswegen so einen kurzen Rundumschlag geben. Ich

fand es ganz schön - und daran möchte ich mich einfach nur ganz kurz anschließen-, dass jetzt schon mehrfach darauf hingewiesen wurde, dass das Lehramt sowohl jetzt, wie es besteht, als auch so, wie es vorgeschlagen ist, das Lehramt für die Grundschule gleichwertig ist wie das Lehramt für weiterführende Schulen wie das Lehramt für die Sekundarstufe I oder für das Gymnasium und deswegen auch eine gleiche Besoldung durchgeführt werden sollte, eingeführt werden sollte.

Das Einführen eines Grundschullehramts erachte ich als äußerst sinnvoll. Ich möchte mich aber auch dem anschließen, dass das verpflichtende Studieren von Deutsch und Mathematik als Fächer durchaus zu Problemen führen kann, auch in der Studienwahl und auch später in den Schulen, denn, genauso wie es bereits gesagt wurde, wird es schwierig sein, ein Kollegium zu haben, das durch die Bank weg Deutsch und Mathematik unterrichten kann, aber kaum noch konkrete Fächer.

Ich möchte mich auch dafür aussprechen – das kommt in den bisherigen Empfehlungen sehr kurz –, dass ich es unglaublich wichtig finde, dass auch Theater weiterhin als Grundschulfach eine Rolle spielt. Das ist häufig das einzige Fach gewesen, das bisher nicht mit aufgeführt wurde als Grundschulfach. Es besteht bisher ein Lernbereich Theaterpädagogik/Darstellendes Spiel, der sehr gut besucht wird, der sehr gut angenommen wird, und auch in den Hamburger Schulen ist schließlich in allen Grundschulen entsprechend des Bildungsplans Theater als Pflichtfach vorgesehen. Wenn es keine Lehrerinnen und Lehrer gibt, die das unterrichten können, wäre das doch sehr schade.

Auch möchte ich kurz darauf eingehen, wie wichtig es ist - ich weiß es jetzt gerade ganz konkret, ich bin in einer fünften Klasse und auch an der Grundschule tätig -, mitbekommen zu können, was in der Grundschule passiert und was an der weiterführenden Schule passiert. Dieses Übergangswissen sollte nicht aufgehoben werden, es sollte weiterhin eine Rolle spielen, weil dort wirklich ganz elementare Entwicklungsprozesse von Schülerinnen und Schülern passieren.

Kurz möchte ich auch auf die Lehrämter, das Lehramt an weiterführenden Schulen, Lehrämter für die Stadtteilschule und das Gymnasium eingehen. Zunächst einmal, rein aus der Praxis gesprochen, werden sowohl an der Stadtteilschule als auch am Gymnasium Schülerinnen und Schüler beschult, die eine jeweils andere Empfehlung vorher erhalten haben, denn immerhin liegt das Recht immer noch bei den Eltern.

Außerdem – das kam vorhin auch schon ganz kurz auf – möchte ich auf die Paragraphen 15 und 17 eingehen, in denen die Aufträge der Stadtteilschule und des Gymnasiums dargelegt werden. Dort ist der Wortlaut fast identisch. Es steht als Ergänzung sozusagen beim Stadtteilschullehramt, dass es eine grundlegende und vertiefte Bildung geben soll. Die grundlegende ist beim Gymnasium nicht aufgeführt, alles andere ist identisch. Und genauso passiert es ja auch. Es ist unglaublich wichtig, dass der Bildungsauftrag weiterhin für alle Schülerinnen und Schüler besteht und auch an der Stadtteilschule es eben möglich ist, sowohl den ersten Schulabschluss als auch den mittleren Schulabschluss als auch das Abitur zu erhalten.

Außerdem ist selbstverständlich für alle Lehrämter, sowohl an der Grundschule als auch an den weiterführenden Schulen, es von hoher Bedeutsamkeit, Fachlichkeit im Studium beizubehalten. Es ist ein Studium, keine Ausbildung. Und dieser Anteil sollte nicht reduziert werden, genauso wie es vorgesehen ist, und zwar als ein Lehramt für weiterführende Schulen. Auch die Stadtteilschulen brauchen diese Fachlichkeit. Die Fachdidaktiken sind zurzeit im Rahmen des Hamburger Modells in Erziehungswissenschaft angelegt, das erachte ich als äußerst sinnvoll. Das habe ich als äußerst sinnvoll während des Studiums erlebt und würde ich auch rückblickend als sehr positiv bewerten. Das ist ein sehr bewährtes Modell. Auf diese Weise ist es möglich, dass innerhalb der Erziehungswissenschaften und der Fachdidaktiken tolle Absprachen funktionieren, die Professorinnen und Professoren, die



Dozierenden genau wissen, welche Bedürfnisse die Studierenden gerade haben und auf welche didaktischen und pädagogischen Modelle sie aufbauen können. Auf diese Weise ist es dann auch möglich, wenn man weitergreifend schaut, dass die Praktikumsstrukturen, wie sie momentan sind, nämlich, dass innerhalb der Erziehungswissenschaften die Praktika absolviert werden, dass die Fachdidaktiken einbezogen werden und ganz eng zusammengearbeitet wird, das wird durch dieses Hamburger Modell auch gesichert. Und das Praktikumsmodell, wie es momentan besteht, ist doch ein wirklich ebenfalls bewährtes Modell.

Kurz möchte ich auch auf die Inklusion eingehen, Inklusion als ein unfassbar wichtiges Thema. Ich möchte einen ganz kurzen Satz vorweg sagen, und zwar, dass Inklusion doch eigentlich, wenn man das sehr groß fassen sollte, sowieso immer Fördern und Fordern beinhalten sollte und aber über die Maße hinaus, auch wenn das jetzt in diesem Punkt eigentlich zu viel gemeint ist, auch gesellschaftlich gesehen, nicht nur Förderschwerpunkte oder Hochbegabungen beinhalten sollte. Das sollte man vielleicht in einer weiteren Form mit bedenken. Trotzdem finde ich es wichtig, genauso wichtig, wie ich es finde, dass Inklusion für alle Lehrämter eine Rolle spielt, dass die Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen weiterhin ihre Berechtigung behalten und in Hamburg alle Förderschwerpunkte studieren können. So wie es momentan, bis vor Kurzem zumindest, der Fall war, ist es eine Auszeichnung für Hamburg, alle Förderschwerpunkte anbieten zu können.

In Schulen funktioniert Unterricht häufig ganz besonders toll, so ist meine Erfahrung und so sind auch Erfahrungswerte von vielen meiner Kolleginnen und Kollegen, dass Arbeit in multiprofessionellen Teams wunderbar funktioniert. Multiprofessionelle Teams können auch schon im Studium meiner Ansicht nach angebahnt werden, indem bereits dort Veranstaltungen lehramtsübergreifend angeboten werden, sowohl Lehrämter an Stadt-..., oder Lehrerinnen und Lehrer an Stadtteilschulen und Gymnasien als auch im Sinne des Übergangs zwischen Grundschule und weiterführenden Schulen.

Aus der Position einer Lehrkraft im Vorbereitungsdienst nur noch dieser Satz: Ich glaube, auch der Übergang vom Studium in den Vorbereitungsdienst sollte bereits jetzt bei dieser Reform deutlicher beachtet werden und nicht aufgeschoben werden bis das gesamte Studium bereits geplant ist. – Danke.

**Vorsitzender:** Frau Schmitz, vielen Dank. Als Nächstes Frau Beatrice Wachs, bitte.

**Frau Wachs:** Ich bin ganz froh, dass es gerade eine Vorrednerin gab, damit wir die Genderverteilung ein bisschen aufpolieren können. Ich bin doch erstaunt, dass hier, und finde ich auch toll, dass hier ganz viele Männer und Väter stehen, aber ich finde, die Mütter sollten das auch tun. Ich bin Lehrerin und Mutter dreier Kinder und ich bin mit Verve vor ein paar Jahren für die vierjährige Grundschule in Hamburg auf die Straße gegangen, weil ich in Berlin als Lehrerin gearbeitet habe und dort festgestellt habe, dass, wenn das nicht vernünftig organisiert wird, es im kompletten Chaos endet. Und deswegen bin ich sehr dankbar, dass die Bürger dieser Stadt sich da zu der vierjährigen Grundschule besonnen haben und dort da dabei geblieben sind.

Weshalb ich hier stehe, liegt daran, dass ich das Gefühl habe, dass der Schulfrieden in dieser Stadt, den wir zehn Jahre lang hatten, und den, glaube ich, Lehrer wie Eltern wie Schüler wir auch der Senat durchaus als Atempause genossen haben, wieder in Gefahr zu sein scheint. Ich finde es beachtlich, wie viele Bürgerinnen und Bürger hier sitzen und bin glücklich, wie viele Fachmenschen hier in diesem Raum zusammen sind und dass man sich die Köpfe heißreden kann, weil dieses Thema so wichtig ist.

Es wird extrem viel Wert darauf gelegt, dass Kinder bereits in der Grundschule individualisiert betreut werden. Das wird weitergegeben in die höheren Stufen hinein. Und dann soll ein Einheitsschullehrer in der Ausbildung das schaffen? Das kann nicht

funktionieren. Wenn wir die Kinder individuell fördern wollen, dann müssen wir auch auf die individuellen Begabungen, aber auch Schwächen der Kinder eingehen können. Und in der Grundschule sieht man in vielen Fällen, wie schwierig das ist. Das wird, je älter die Kinder werden, sicherlich nicht einfacher.

Unser Bundesland steht im Vergleich mit den anderen Bundesländern dieses Landes nicht so richtig gut rosig da. Und ich sehe nicht, dass das durch ein Einheitsschullehrerstudium wirklich geändert werden kann. Warum kann man es nicht eigentlich andersherum machen? Der Stadtteilschule, die meiner Meinung nach seit vielen Jahren drastisch vernachlässigt wurde, der aber das Thema Inklusion so wichtig ist, ist ein weiterer großer Brocken zugeschoben worden, mit dem sich die Stadtteilschullehrer auseinandersetzen mussten, obwohl sie sich mit dem Thema im Studium bis dahin nicht auseinandergesetzt hatten. Die Stadtteilschullehrer, die Stadtteilschulen, die Schulleitungen, die haben den großen Brocken zu tragen gehabt in den letzten Jahren. Warum kann man es nicht umdrehen und sagen, wir stärken die Lehrer, die hier Stadtteilschullehramt studieren, und machen sie so stark für diese Stadt, dass dieses Modell bundesweit Beachtung findet und man sagt, ja, ...

(Zuruf: Warum geht das hier gar nicht?)

... so wie die Hamburger das machen, so müsste man das tun.

(Zuruf: Ja.)

– Ich habe Sie leider akustisch nicht verstanden. Ja. Machen wir etwas Vorwärtstragendes daraus und sagen wir, unsere Stadtteilschulen sind so toll und unsere Lehrer sind individuell auf die Bedürfnisse von Schülern ausgerichtet, die vielleicht nach der zehnten Klasse oder auch nach der neunten Klasse bereits in den Beruf gehen wollen, und auch auf die ausgerichtet, die danach immer noch nach 13 Jahren ihr Abitur machen wollen und möglicherweise ins Studium gehen möchten. Ich finde, daraus sollten wir eine Stärke ziehen, anstatt daraus eine Einheitsgeschichte zu machen, sodass am Ende keiner mehr weiß, wofür eigentlich die Schulformen stehen. – Danke sehr.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Wachs. Frau Steffens.

**Frau Steffens:** Mein Name ist Kaja Steffens, ich bin seit 20 Jahren ehrenamtlich schulpolitisch in dieser Stadt aktiv, inzwischen in der CDU-Fraktion Altona und dort auch in der Bildungspolitik tätig. In dem Zusammenhang gestatten Sie mir drei kurze Anmerkungen. Mich erstaunt eigentlich dieses Einheitsschullehramt und ich möchte auch gern genau auf diese Phase eingehen, ganz besonders, weil ich die Ehre hatte – oder auch die Freude hatte –, an den fachlichen Stellungnahmen, an dem Tag, als die fachlichen Stellungnahmen abgegeben wurden zum Expertenvorschlag, dabei sein zu können. Das war eine lange Sitzung, es war relativ anstrengend, vier Stunden lang wurde sehr intensiv dort gerungen und unheimlich viel Input gebracht, aber in einem, das wurde zu Anfang gesagt, und das war eigentlich von Anfang an das große Unisono, was dieser ganzen Veranstaltung sozusagen oben drüber thronte, das war Inklusion, das wollen wir alle, das muss ganz wichtig werden ab jetzt, wenn wir uns an die Lehrerausbildung machen. Und was kommt dann? Ich dachte, ich sehe nicht richtig. Es wird quasi weggelassen. Es ist mir vollkommen unverständlich, wie das sein kann. Das ist auch das bildungspolitische Thema dieser rot-grünen Koalition, Inklusion. Und jetzt haben Sie die Chance, wirklich nachhaltig in dieser Stadt was zu tun, um diesem Thema so richtig fett eine Basis zu verschaffen, und Sie lassen es weg in der Lehrerausbildung. Ich kann das überhaupt nicht begreifen. Ich kann das einzig nur als eine merkwürdige politische Missgeburt begreifen und ich verstehe überhaupt nicht, wie die ganzen Fachleute sozusagen diesen merkwürdigen Spagat nicht monieren und auf die Barrikaden steigen und sagen, das kann so nicht laufen. Man muss doch feststellen, dass, wenn man wirklich sagt, wir wollen Inklusion so, wie ganz bestimmte ideologische Meinungsmacher das sagen, nämlich alle Kinder sind gleich und wir machen auch gar keine

Unterschiede mehr, jeder in seinem Tempo, dann muss man das auch einmal zum Inhalt eines Studiums machen. Dann kann man nicht sagen, wir bilden nur hochfachliche Gymnasiallehrer aus, die eigentlich mit diesen ganzen Dingen gar nicht umgehen können. Ich verstehe das nicht, aber die Welt ist ja bunt und die Schüler ja auch und insofern hoffe ich einmal, dass wir das noch einmal ein bisschen gedreht kriegen.

Aber noch einmal etwas zum zeitlichen Ablauf. Frau von Berg, Sie haben gesagt, dass es zwei Jahre Vorlauf gibt vor diesem Termin jetzt. Die Anhörung, also die fachlichen Stellungnahmen, die kamen ja erst im letzten Spätsommer/Herbst erst so. Danach war Ruhe. Ich für meinen kleinen Teil dachte, na ja, dann irgendwann wird das dann auch zusammengefasst und dann in geordneter Weise einem Prozess zugeführt, wo man dann berät. Nee, da war im Dezember plötzlich schon das Endergebnis da und in kürzester Zeit sollte abgeschlossen werden. Und das, muss ich sagen, finde ich dann doch für so einen fundamental wichtigen Schritt, der hier eingeleitet wird, eine sehr kurze Zeitspanne. Ich bin darum dankbar, dass es wenigstens heute noch die Gelegenheit gibt, sich hier einmal öffentlich darüber auszutauschen, und ich hoffe, dass Sie das auch noch einmal mit in Ihre sozusagen internen Beratungen nehmen. Vielleicht lässt sich ja doch noch was drehen.

**Vorsitzende:** Frau Steffens. Als Nächstes Frau Kloppenburg.

**Frau Kloppenburg:** Ja, vielen Dank. Ich äußere mich einmal als besorgte Stadtteilschullehrerin. Ich bin seit 20 Jahren Lehrerin und seit Gründung der Stadtteilschulen arbeite ich an einer solchen. Mir geht es um mehrere Punkte. Einmal befürchte ich im Rahmen der neuen Lehrerausbildung eine starke Niveauabsenkung, und zwar ist es offenbar so geplant ... Also, erst einmal nehme ich einen Punkt vorweg, ich betone die Fachlichkeit, die Wichtigkeit der Fachlichkeit in allen Lehrämtern, sowohl in der Grundschule als auch bei uns an der Stadtteilschule als auch am Gymnasium. Es ist ja nicht einzusehen, warum sollen unsere Stadtteilschüler weniger Fachlichkeit genießen als andere Schulformen. Insofern, in diesem Punkt gehe ich auf jeden Fall d'accord und an dem Punkt unterstütze ich auch die neue Lehrerausbildung.

Dennoch kommt mein großes Aber: Indem Sie eine Vereinheitlichung dieses Lehramtsstudienganges vorsehen, wird sich das Niveau absenken, denn alles fokussiert sich auf die Mitte und links und rechts der gaußschen Kurve wird sozusagen außen vor gelassen. Meine Vorrednerin hat gerade den wichtigen Punkt der Inklusion, mit der wir nun tagtäglich zu tun haben, eben schon angesprochen. Dieser wichtige Punkt wird ganz außen vor gelassen und man lässt uns in der desaströs umgesetzten Inklusion nach wie vor allein mit unseren Schülern an der Stadtteilschule. Ich bin nicht nur Lehrerin, sondern bilde jedes Jahr Referendare – deswegen bin ich ganz froh, eine Kollegin hier im Vorbereitungsdienst gerade gehört zu haben – auch aus. Derzeit habe zwei Referendare, die eine macht in drei Wochen ihre Prüfung des Grund- und Sek-I-Studienganges, und ich habe seit, da musste ich einmal nachrechnen, tatsächlich seit dem Jahr 2001 erstmals wieder einen echten Musikreferendar. Ich selbst bin von der Ausbildung ..., habe noch das alte Lehramt studiert, weil ich schon seit 20 Jahren im Schuldienst bin, aus Niedersachsen stammend, und da habe ich die Fächer Musik, Deutsch und evangelische Religion studiert und verfüge aufgrund eines zusätzlichen Studienganges im Fach Musik über die große Fakultas, das heißt, ich unterrichte bis in die Oberstufe im Fach Musik. Ich habe da, durch diese Mentorenausbildung oder dadurch, dass ich in der Mentorenschaft tätig bin, habe ich mit ganz vielen Fachseminarleitungen, Hauptseminarleitungen vom Landesinstitut zu tun. Allen gemein ist, dass sie die neue Lehrerausbildung kritisieren, und zwar befürchten sie eine, wenn dann die Folgen wirksam werden oder im LI sich zeigen, eine Verschiebung der LiV-2(?) -Ausbildung, bedeutet, derzeit ist es so, dass circa 80 Prozent der Sek-II-Lehrämter vom LI praktisch in der Fachdidaktik für das Sek-I-Lehramt mit übernommen werden. Und dort sehen die Hauptseminarleitungen und Fachseminarleitungen eine ordentliche Verschiebung und sehen, dass vor allen Dingen auch das neue Grundschullehramt oder so, wie es jetzt geplant ist, nicht mehr zur Geltung kommt beziehungsweise die Wertigkeit verliert.

Das heißt also, mein Punkt ist, die Fachlichkeit muss weiter gegeben sein in allen Lehrämtern. Darauf bestehe ich selbst auch. Gleichzeitig brauchen wir aber dringend an unseren Stadtteilschulen mehr qualifizierte Menschen für die Inklusion und für den beruflichen Bereich, denn wir müssen einmal, ehrlich gesagt, festhalten, wir haben ungefähr 4 bis 8 Prozent, wenn es hochkommt, an gymnasial empfohlenen Schülern. Das heißt aber nicht, dass die nicht dann später noch einen höheren ... oder die Voraussetzungen oder Zulassungen zur Oberstufe erlangen, dass wir einen sehr hohen prozentualen Anteil an Schülern haben, die später dann doch noch eine Zulassung bekommen, das steht außer Frage, das kann man nachlesen. Ich denke, dass wir da an der Stelle sehr gute Arbeit leisten, dennoch ist die Arbeit in dieser Form – das sage ich ganz klar – so allein nicht mehr zu bewerkstelligen. Wir brauchen viel, viel mehr Hilfen in der Inklusion und das wird nach dem neuen Lehrerausbildungsmodell gänzlich außen vor gelassen. Man kann uns so nicht allein lassen und so tun, als gäbe es die verschiedenen Schülerinnen und Schüler nicht. Denn auch unsere damalige Ausbildung, ich denke schon, dass wir eine gewisse Profession haben, mit einem bestimmten Schülerklientel umzugehen, die sozusagen bei anderen Lehrämtern im Sek-II-Lehramt, die weniger Didaktik drin haben, noch nicht so Berücksichtigung fand. Und insofern bitte ich doch noch einmal, an der Stelle darüber nachzudenken. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau Kloppenburg. Der Nächste auf der Redeliste ist Martin Riecke von der GEW. Bitte.

**Herr Riecke:** Das bin ich. Martin Riecke, ich bin auch Lehrkraft im Vorbereitungsdienst, Englisch und Geografie. Ich bin an einem Gymnasium derzeit eingesetzt und das passt vielleicht ganz gut. Also meine Seminarleitungen haben keine Angst davor, dass jetzt alles ganz, ganz schlimm wird. Die freuen sich sogar im Gegensatz dazu, vielleicht, was Sie gehört haben, darüber, dass einige Dinge jetzt vielleicht endlich institutionalisiert werden, die in der täglichen Praxis sowieso passieren. Die haben auch keine Angst davor, dass ich als Gymnasiallehrer plötzlich in Kontakt komme mit Stadtteilschullehrern oder solchen gruseligen Dingen. Das ist sowieso die Praxis, das habe ich jeden Tag. Das ist auch genau das, was ich will, das ist genau das, wovon wir die ganze Zeit lernen.

Ich komme gerade aus dem Fachseminar Englisch am Helene Lange Gymnasium, ein Gymnasium, was vielleicht ein bisschen anders ist als andere Schulen. Wir haben uns heute mit Shakespeare beschäftigt. Ich versuche einmal, an diesem Beispiel vielleicht darzustellen, warum dieses gemeinsame Lernen der Kern des Ganzen ist, was wir im Studium schon machen, was wir in der Phase am Landesinstitut machen und was wir auch die gesamte Zeit, die wir später noch Lehrkräfte sind, die ganze Zeit machen. Diese Trennung, die einige Leute offensichtlich sich wünschen zwischen Stadtteilschulen und Gymnasien, sowohl in der Ausbildung als auch in dem Studium, als auch vielleicht noch später, die ist genauso unsinnig wie auch lebensfern. Und ein gemeinsames Lehramt, das institutionalisiert das, was wir ohnehin als gelebte Realität jeden Tag erfahren als Lehrkräfte.

Ich habe schon gesagt, wir haben heute uns mit Shakespeare beschäftigt. Wir sind dort zehn LiVs. Wir haben Leute, die an einem bilingualen Gymnasium im Hamburger Nordosten arbeiten, wir haben welche, die an der Stadtteilschule in der Hamburger Mitte sind, wir haben Leute dabei, die unterrichten S4-Kurse, machen gerade Shakespeare im Abi, wir haben Leute, die in fünften Klassen eingesetzt sind. Wir unterrichten Kinder, deren Eltern über Shakespeare promoviert haben, wir unterrichten Kinder, deren Eltern nicht lesen können. Und wir alle sitzen da gemeinsam und es ist unglaublich bereichernd, dass wir aus all unseren verschiedenen Perspektiven uns mit diesen kleinen, so klein ist er ja gar nicht, der Lerngegenstand Shakespeare, beschäftigen können. Was haben wir heute gemacht? Wir haben gemeinsam überlegt, wir haben gemeinsam gelernt, wie kann man Shakespeare in der sechsten Klasse machen, wie kann man das in der Oberstufe machen, was sind die Dinge an Shakespeare, an denen Kinder heute hier was lernen können, was sind die

Herausforderungen. Wir haben überlegt, wie macht man das in einer Gruppe, die sprachlich wahnsinnig stark ist, wo ganz viele Kinder im Ausland waren. Was können wir daraus lernen, wie man das vielleicht in einer Gruppe macht, wo die Kinder mit Englisch noch so überhaupt gar keinen Kontakt hatten. Wir haben gemeinsam geschaut, was sind die Herausforderungen, wir haben gemeinsam von unseren verschiedensten Erfahrungen da zehren und schätzen können. Wir haben gelernt, was eigentlich die Perspektiven von anderen sind. Dieses gemeinsame Lernen, das ist der Kern all unserer tagtäglichen pädagogischen Arbeit und dass es eigentlich nur eine logische Folgerung daraus ist, macht das Schulleben sozusagen ..., stellt es auch in Studium und Ausbildung dar, macht das gemeinsam. Ein gemeinsames Lehramt an Stadtteilschulen und Gymnasien ist die einzige logische Konsequenz, die es da gibt. Wir lernen voneinander, wir erweitern unseren Erfahrungshorizont, wir schauen über den Tellerrand, wir bereiten uns auch selbst dadurch auf die Realität an Hamburger Schulen vor, dass wir gemeinsam das machen. Wir erweitern unser Denken, unsere Lernchancen. All das wäre nicht möglich, wenn wir Stadtteilschulen und Gymnasien noch weiter trennen und sagen, habt bloß nichts miteinander zu tun, ihr könntet ja gar nichts voneinander lernen, macht bloß nur eure eigene Schiene da.

Ein gemeinsames Lernen und Lehren da auch in der Uni ist auch nur die logische Konsequenz von dem, was wir da auch schon die ganze Zeit machen. Wir sitzen auch in der Uni in gemeinsamen Seminaren, machen das genauso. Wir schauen aus verschiedensten Perspektiven auf einen Gegenstand und überlegen, was können wir voneinander hier gemeinsam daraus machen. Das ist das, was seit Jahrzehnten passiert, und ich frage mich, welche Vorstellungen bei manchen Leuten eigentlich vorherrschen, wie so ein Innenleben einer Schule oder auch des Landesinstituts oder an der Uni eigentlich aussieht. Dieses gemeinsame Lernen, das sehe ich auch jeden Tag, das Ergebnis, und ich bin mir sehr sicher, dass so, wie wir das machen, das eigentlich schon ziemlich gut ist.

Dieses gemeinsame Lernen passiert in der Uni schon. Die logische Konsequenz ist das gemeinsame Lehramt, eine andere stellt sich da für mich gar nicht. Das stellt auch die Reflexionsfähigkeit in den Vordergrund, das ist die Beschäftigung mit Inhalten, mit Kompetenzen, all diesen Dingen. Und das ist ja auch genau das, was wir unseren Schülerinnen und Schülern jeden Tag beibringen. Ihr seid nicht einfach kleine Individuen, die auf ihren eigenen Horizont gucken und das machen, worauf sie gerade so Lust haben, und sich nicht um andere Leute kümmern. Wir bringen auch diesen Schülerinnen und Schülern bei, gemeinsames Lernen, ihr guckt, ihr arbeitet ... euer gesamtes Leben seid ihr mit Menschen aus unterschiedlichsten walks of life sozusagen zusammen. Das ist das, worauf wir sie vorbereiten. Das ist das, worauf wir uns auch jeden Tag vorbereiten.

Und wenn Leute fordern, dass man ganz extrem spezialisierte Lehrkräfte schon ganz von Anfang an bräuchte, frage ich mich, welche Vorstellung da von uns Lehrkräften eigentlich vorherrscht. Was erwartet man denn von Leuten, die mit gerade so 18 sich überlegen, ich werde jetzt einmal Lehrer oder Lehrerin, weiß schon haargenau, was ich will. Ich werde genau für diesen einen idealtypischen Schüler jetzt mich selbst fortbilden und mich ausbilden und das werde ich alles lernen. Wenn man das logischerweise konsequent weiterführen würde, bräuchte man in einer Klasse von 23 Kindern 23 Lehrkräfte, diesen einen perfekten Lehrer, die eine perfekte Lehrerin für diesen einen einzigen Schüler. Das ist absolut unsinnig.

Und genauso unsinnig ist es deswegen auch zu fordern, wir fangen möglichst früh an damit, Leute einzuteilen in bestimmte Gruppen, und du wirst Stadtteilschullehrer, du wirst Gymnasiallehrerin und du kümmerst dich um irgendwelche Inklusionskinder irgendwo, wie genau das funktioniert, wissen wir auch nicht. Die einzige Konsequenz, und über den Vorschlag bin ich sehr, sehr froh, ist, ein gemeinsames Lehramt für Gymnasien- und Stadtteilschullehrkräfte, das entspricht der Heterogenität, das entspricht der Realität, die wir jeden Tag mitkriegen, das entspricht dem, was wir ohnehin tun und was wir uns als Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst und als Studierende auch tatsächlich wünschen. – Danke.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Riecke. Herr oder Frau Wegner, bitte.

**Herr Wegner:** Einmal einen herzlichen Dank an den Schulausschuss und an den Senat, dass er sich tatsächlich die Mühe macht, unseren langen Ausführungen zuzuhören.

An meinen Vorredner gerichtet: Ich bin mir da nicht immer so sicher, ob das gemeinsame Lernen, was bei Shakespeare möglicherweise ja noch in der sechsten Klasse sehr nett sich anhört, ob das dann in der Mathematik in einem ... oder in der Physik dann auch noch so wirkungsvoll zutage treten kann. Und lassen Sie mich durchaus eine Bemerkung machen. Ich stamme aus einer Familie, mein Urgroßvater war Begründer der Kippenberg-Schule in Bremen, einer Mädchenschule, ein Leiter, der sich selbst im Senat andiente als Lehrer, er möchte gern Lehrer werden, er fühle sich dazu berufen. Er wurde Lehrer in jungen Jahren und kriegte eine erste Freischule, also wo die Eltern kein Geld zahlen mussten. Er begründete in Bremen ein Lehrerseminar für Lehrerinnen und daraus erwuchs dann eine Mädchenschule, die 1912 dann als Lyzeum ein Mädchen in 13 Jahren zur Hochschulreife brachte, damit es studieren konnte. Er schrieb Bücher über Betty Gleim, der größten oder der norddeutschen Reformpädagogin schlechthin am Beginn des 19. Jahrhunderts. Vielleicht werden einige dann in Wikipedia nachschlagen, wer Betty Gleim ist.

An den Schulen in Hamburg als Bürger, als Vater, als Elternratsmitglied, als aktiver Vater in Schulen, der Unterricht begleitet hat in Grundschulen – ich habe eine Schach-AG geleitet, selbst begründet, später auch am Gymnasium. Es ist ganz interessant, man entdeckt einen Jungen, fördert ihn, bringt ihn zu einem entsprechenden Verein, macht das, was eigentlich vielleicht Aufgabe von Lehrern ist, nämlich Fähigkeiten und Talente zu entdecken. Er wurde mit 18 Jahren der jüngste deutsche Schachmeister unter den Männern. Er kriegte ein Stipendium, aber nicht in Deutschland, sondern in Amerika. Jetzt werden Sie gleich lachen, wenn ich sage, ja, bei Pepsi Cola. Ja, er konnte in Amerika seinen Studiengang wählen, frei, es wurde ihm gesponsert, weil er Deutscher Großschachmeister ist und Deutscher Meister im Schach. Was will ich damit sagen? Mathematik, Physik, Intelligenz wird bei uns nicht unbedingt von den Schulen her gefördert. Ich kann dazu vielerlei erzählen.

Mir geht es gar nicht darum, Schulkonzepte zu kritisieren. Es gibt politische Vorstellungen, das ist alles gar nicht mein Thema. Aber wenn ich denn schon eine bunte, vielfältige Welt habe und die auch politisch haben will, dann will ich auch eine bunte, vielfältige Welt von Lehrern haben. Und dieses Konzept, was hier als Drucksache vorliegt – ich möchte den Senat eigentlich bitten, es zurückzuziehen, als ehemaliger Kollege dieses Hauses kann ich das ja vielleicht sagen –, vielleicht denken Sie noch einmal darüber nach, ob das wirklich das Gelbe vom Ei ist.

Diese Drucksache ist, ja, man hat das Gefühl, da ist ein Reagenzglas, da tun wir diese Drucksache rein und wenn wir jetzt schütteln und das ausschütten, dann kommen da lauter perlige Lehrer heraus, die Schüler mit all ihren Problemen sofort bewältigen können und annehmen können. Die Lehrer, die aus sich heraus zu diesem Beruf kommen, die ihr Innerstes preisgeben müssen als Lehrer, damit sie mit dem Schüler in einen Kontakt, in eine Korrelation treten können, um sie zu fördern. Und wir erinnern uns an unsere alten Lehrer, wer bei uns dann da bemerkenswert im Gedächtnis geblieben ist. Es sind dann ja manchmal ganz merkwürdige Typen, aber die haben uns fürs Leben geprägt.

Was mich an diesem Papier vor allen Dingen so entsetzt – und ich möchte es noch einmal zum Ausdruck bringen, weil, es ist heute hier schon angeklungen. Aber Sie haben eine nette ... da gibt es so kleine Tabellen in der Drucksache und da wird dann auch verglichen der Iststand und der Zukunftsstand. Ich fange ja dann immer an, sehr genau nachzurechnen und einmal zu gucken, wie das denn so von dem Konzept war, was die Kommission vorgeschlagen hat. Und da möchte ich auf Folgendes aufmerksam machen. Die Kommission sah vor, dass in der Erziehungswissenschaft die Leistungspunkte, also das, was dort

erbracht werden muss an Fähigkeiten während des Studiums in der Erziehungswissenschaft, bei dem Gymnasium bei 53 liegen sollte und bei den Stadtteilschulen mit 10 Punkten erhöht bei 63. Es gibt ja auch Sinn. Die Heterogenität ist an den Stadtteilschulen problematischer, die ganzen Integrations-/Inklusionsfächer, diagnostizierende und so weiter Förderung beansprucht dort sicherlich einen größeren Rahmen als an einer homogenen Klasse, elfte Klasse Physik Gymnasium. Vielleicht.

Ich will noch einmal die Zahlen nennen. 53 Leistungspunkte Erziehungswissenschaft Gymnasien, 63 Lehramt Stadtteilschulen. Übrig geblieben ist 36, für beide ja jetzt einheitlich in einem Studiengang. 36. Das heißt also, 17 beziehungsweise 27 Leistungspunkte nehmen Sie im Bereich der Erziehungswissenschaft in der Ausbildung den Lehrern weg. Entschuldigung, das verstehe ich nicht. Das will in meinen Kopf nicht rein. Ich kapiere das nicht. Ich kapiere nicht, wie ich dann auf der einen Seite in der Drucksache oben drüber schreibe, in der ja zu dem Ziel eigentlich, was Lehrer sein sollen, nicht fürchterlich viel drinsteht, also da steht ja keine Perspektive, was macht einen Lehrer aus, wofür steht er eigentlich, was wollen wir eigentlich für einen Typ von Lehrer haben, das überlassen wir ja dem zentralen Lehrerbildungsinstitut. Dazu wird ja hier gar nichts gesagt, was ich auch einen schönen großen Mangel halte. Denn demokratisch wird das ja in der Bürgerschaft entschieden und nicht allein einem universitären Bereich überlassen, was die auszubilden haben. Wir wollen ja eigentlich eine Vorgabe machen. Das sollte man vielleicht denken, dass das die Bürgerschaft macht.

Aber dieser Unterschied ist gravierend, ich komme da noch einmal drauf zurück jetzt, es ist ein Unterschied, ein eklatanter Unterschied in der Erziehungswissenschaft, zumal man auch noch sieht, dass in der Vergangenheit Erziehungswissenschaft mit 44 Leistungspunkten im Moment bei den Stadtteilschulen gang und gäbe war. Also Sie reduzieren das nach unten. Wir gucken uns das auch gleich noch einmal an bei den Grundschulen. Bei den Grundschulen sollten es nach der Kommissionsvorstellung 67 sein, geworden sind es dort 57.

Ich halte so etwas für nicht unbedingt tragfähig, weil die Probleme an den Schulen in der Zukunft sicherlich noch größer werden. Ich halte es für eine Mär, dass wir den allgemeinen Abiturienten ausbilden können. Das ist in Frankreich gescheitert, der Abiturient des Geistes, der Abiturient der Arbeit und so weiter, wie das dort heißt. Letztendlich ist es genau das Gleiche in grün. Der eine ist mehr für manuelle Tätigkeiten vielleicht geschaffen, der andere vielleicht vorläufig erst, weil er ein Spätentwickler ist, das ist gar nicht abwertend oder so gemeint, der andere ist für andere Berufe geeignet, der andere ist vielleicht für die Ausbildung hin zu einem Hochschulprofessor eher geeignet.

Es sind unterschiedliche Qualitäten da, auch bereits in den Kindern, und zwar in den frühesten Anlagen, in den Grundschulen wie dann nachher auch in den Stadtteilschulen oder Gymnasien.

Ich plädiere für eine viel durchlässigere, umfangreichere, unterschiedliche Ausbildung von Lehrern. Macht es nicht als einen Einheitstypen. Es wird scheitern. Ihr werdet die Ansprüche nicht erfüllen können, die eigentlich eine doch vielfältig geprägte Gesellschaft nachher an Ausbildung und Schulen erwartet. Das wäre meine Bitte. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

**Vorsitzende:** Danke, Herr Wegner. Wir haben jetzt noch Frau Zeidler und dann noch Frau Schmidt. Das sind die beiden letzten Zettel oder Wortmeldungen, die uns vorliegen. Wenn danach keine Wortmeldungen mehr kommen, dann würden wir im Anschluss die öffentliche Anhörung beenden, weil laut Paragraph 59 Absatz 3 dann auch die öffentliche Anhörung beendet werden kann. Also wer jetzt sich noch zu Wort melden möchte ... Aha, da kommt noch jemand. Gut. Frau Zeidler.

**Frau Zeidler:** Ja, mein Name ist Birgit Zeidler. Ich begrüße es außerordentlich, dass heute die Bürger noch einmal gehört werden. Ich begrüße außerordentlich, dass es eine Reform der Lehrerbildung gibt. Danke. Und ich begrüße außerordentlich, dass an einer hohen Fachlichkeit für alle Lehrämter festgehalten werden soll. Das halte ich für unabdingbar. Ganz besonders freue ich mich, dass ein Grundschullehramt eingerichtet wird. Über die zwei Fächer könnte ich länglich streiten, also ich kann mit einem Fach gut leben und das zweite würde ich in die dritte Phase legen im Rahmen von Weiterbildung. Aber gut, das kann man so oder so betrachten wollen.

Was ich nicht verstehe, ist, warum man kein verpflichtendes Fach in die Sekundarstufenlehrämter legt. Also auch da könnte ich mir sehr wohl ein verpflichtendes Langformfach in der Sekundarstufe für alle vorstellen. Das hat mich insgesamt ein bisschen verwundert.

Verwundert hat mich eigentlich auch – und das ist für mich eigentlich der größte Kritikpunkt – , dass es nicht gelungen ist, eine Vernetzung der Lehrbildungsphasen herzustellen. Also von erster Phase, zweiter Phase, dritter Phase. Denn die längste Zeit, die in der Regel ein Lehrer sich weiterbildet und auch vielleicht drüber nachdenkt, wie er mit veränderten Rahmenbedingungen umgehen kann, ist die dritte Phase, die Weiterbildung. Da könnte man eine ganze Menge hinpacken von den Kritikpunkten, die hier angesprochen worden sind. Also wäre mein Punkt, die Bitte an die Politiker, dieses nachzubessern, ganz besonders auch im Hinblick auf die Querschnittsaufgaben, also Inklusion, digitales Lernen und so weiter. Ich finde, die müssten angebahnt werden in Phase 3 und begleiten einen Lehrer das weitere Leben.

Da ich von Haus aus, oder nicht von Haus aus, sondern dankenswerterweise nachqualifiziert worden bin im Rahmen meiner Tätigkeit, bin ich auch Sonderpädagoge, und ich möchte gern etwas zum Bereich Sonderpädagogik sagen. Ich begrüße es außerordentlich, dass Hamburg nach wie vor alle Lehrämter im Bereich oder sonderpädagogischen Förderschwerpunkte im Bereich der Sonderpädagogik vorhält. Dies schließt aber auch eine sachangemessene und fachlich kompetente Ausstattung ein. Da würde ich sehr viel Wert drauf legen, dass das optimiert wird.

Wenn ich die Stellungnahmen zum Bereich Sonderpädagogik richtig im Kopfe habe, haben sich fast alle damit befasst, dass es einen weiteren Förderschwerpunkt geben sollte, und zwar den Förderschwerpunkt Autismus. Mir ist dazu gesagt worden, der ist bestens angesiedelt bei dem Professor Geistige Entwicklung. Da finde ich ihn sehr unangemessen angesiedelt, weil, der Bereich Autismus umfasst Schüler, die wir am Gymnasium haben, die im Übrigen, Klammer auf, bei aller Kritik an den Gymnasien, auch dort qualifiziert von Sonderpädagogen versorgt werden, bis hin zu Schülern mit Schwerstmehrfachbehinderungen in Rahmen der geistigen Behinderung. Also wir plädieren im Bereich Sonderpädagogik sehr dafür, dieses zu öffnen auch in der universitären Ausbildung.

Ja, dann, wenn in der Phase 1 schwerpunktmäßig die Fachlichkeit und nicht unbedingt die Heterogenität der Schüler eine Rolle spielt, muss das meines Erachtens dringend in Phase 2 und 3 nachgeholt werden, und ich glaube, dazu sind unsere Lehrer in Hamburg auch wunderbar in der Lage.

Gut finde ich und begrüße es außerordentlich die Gleichwertigkeit der Lehrämter in Hamburg, haben wir längst nicht in allen Bundesländern. Dies schließt für mich selbstverständlich die Forderung ein, auch eine gleiche Besoldung der Lehrämter zu erreichen. Wir hatten es einmal und das hat sehr viel dazu beigetragen, dass wir auch hoch qualifizierte, gute Lehrer im Grundschulbereich haben. Und wenn wir da mit der Besoldung nicht nachziehen, wird es für mich schwierig, und ganz besonders, wenn wir daran denken, dass die grundlegende Bildung nun einmal in der Grundschule gelegt wird und wir uns die



Defizite, die wir da im Augenblick haben, eigentlich nicht weiter leisten können. – Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Zeidler. Frau Schmidt.

**Frau Schmidt:** Ja, schönen guten Abend. Ich bin auch an der Universität tätig, wie ich aber hier hauptsächlich als Bürgerin spreche, weil ich natürlich nicht für die Universität sprechen kann. Das ist mir sehr wichtig. Nichtsdestotrotz kenne ich mich gewissermaßen mit der Lehrerbildung aus insofern, als dass ich in verschiedenen Zentren in verschiedenen Bundesländern gearbeitet habe und insofern, denke ich, einen gewissen Überblick über das Lehramt habe.

Das Grundschullehramt ist bisher in allen Bundesländern eingeführt worden, Hamburg ist das letzte Bundesland, das noch kein Grundschullehramt hat. Es ist schon so, dass es über die KMK die Regelung gibt, dass der Übergang auch für Studierende gewährleistet sein muss, und insofern würde ich sagen, es steht eigentlich außer Frage, dass man hier in Hamburg ein Grundschullehramt einführen sollte. Aber natürlich nicht nur aufgrund dieser formalen äußeren Strukturen, sondern natürlich auch und insbesondere aufgrund der höheren Fachlichkeit.

Da komme ich gleich zu dem nächsten Punkt. Die Mathematik wie auch das Fach Deutsch sind einfach grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten, die mit jedem Fach verbunden sind. Sprache spielt auch in der Mathematik eine Rolle, genauso wie die Mathematik auch in den Geisteswissenschaften eine Rolle spielen kann. Die Mathematik zum Beispiel ist ja auch ein durchaus philosophisches Fach. Es ist nicht ausschließlich eine Naturwissenschaft. Genau. Also es ist schon, da schließe ich mich anderen Vorrednern auch an, wenn wir nicht sicherstellen, dass Grundschullehrkräfte ausreichend Mathematik beherrschen, aber hinterher Mathematik unterrichten müssen, dann sehe ich das äußerst problematisch.

Komme ich nun zu dem zweiten Thema, da schließe ich mich sehr dem Herrn Riecke an insofern, als dass ich sehr gegen eine Aufspaltung innerhalb der Lehramtsausbildung mich ausspreche zwischen einer Lehramtsausbildung zwischen Stadtteilschule und Gymnasium. Es ist so, dass in anderen Bundesländern zwar manchmal formal noch eine Unterscheidung vorgenommen wird, aber wenn man sich die Modulstruktur anschaut, gibt es einfach eine hohe Übereinstimmung der Module. Es ist schwer zu rechtfertigen, dass es diese Aufspaltung schon so früh gibt. Außerdem haben die Studierenden ja Möglichkeiten, sich innerhalb der Ausbildung auch zu spezialisieren, denn die Ausbildung ist auch nach der Universität nicht vollständig abgeschlossen. Und zwar müssen wir ja davon ausgehen, dass wir hier ein besonders langes Studium haben. Es ist ungewöhnlich, dass alle Lehrämter zehn Semester umfassen, das ist zum Beispiel in Bayern gar nicht der Fall. Und man hat zusätzlich einen 18-monatigen Vorbereitungsdienst, der ja auch Möglichkeiten bietet. Und das hat Herr Riecke ja, denke ich, wunderbar dargestellt, wie intensiv hier auch in multiprofessionellen Teams gearbeitet wird.

Das heißt, die Ausbildung von Lehrkräften sollte nie zu Ende sein. Dazu zählt natürlich auch im Anschluss an den Vorbereitungsdienst lebenslange Fort- und Weiterbildung. Ich denke, da wird hier in Hamburg schon auch Besonderes geleistet. Ich finde das toll, dass es hier ein Landesinstitut gibt, das diese Möglichkeit so toll koordiniert. Das ist lange nicht in allen Bundesländern so leicht zu organisieren, wie das hier der Fall ist. Das ist exzeptionell.

Dann ist es so, dass hier die Praxis, so wie sie strukturiert ist, schon auch eine unglaublich tolle Vernetzung ... Also wenn ich das vergleiche mit anderen Bundesländern, ist das hier schon, ja, exzeptionell insofern, als dass das Landesinstitut mit der Universität unglaublich eng kooperiert. Das heißt, während des Studiums haben die Studierenden schon tolle Möglichkeiten, und zwar ist es ganz normal, dass Studierende, die jetzt das gymnasiale Lehramt studieren oder LAPS studieren, also das gemeinsame Grundschul- und

Stadtteilehramt, dass die entweder ans Gymnasium oder die Stadtteilschule kommen. Das heißt, die lernen schon sehr, sehr früh diese verschiedenen Strukturen in diesen verschiedenen Standorten, Schulstandorten, kennen. Und ich denke, das ist sehr wichtig und das ist toll, dass das hier geleistet wird.

Abgesehen davon umfasst das eine Praktikum innerhalb des Masters insgesamt 30 Leistungspunkte und dauert zwei Semester. Das ist länger als in anderen Bundesländern das Praxissemester, das zumeist nur ein Semester dauert. Insofern finde ich das toll, was hier geleistet wird, und ich denke, das ist zu berücksichtigen.

Komme ich zum Thema Heterogenität innerhalb dieser Aufspaltung von Lehrämtern. Auch am Gymnasium muss Inklusion stattfinden, und insofern wird sich ein gemeinsames Lehramt auch dem Thema widmen müssen, genauso wie Heterogenität in jeglicher Spannweite zu berücksichtigen ist. Nichtsdestotrotz wird es ja möglich sein, dass sich Studierende auch spezialisieren auf bestimmte Bereiche, weil man natürlich auch nicht alles leisten kann.

Insofern kann ich nur sehr dafür plädieren, dass die Inklusion, die hier über diese Förderschwerpunkte, die hier in sehr großer Breite angeboten werden, sehr zu befürworten ist. Insofern, als dass zum Beispiel andere Länder wie Italien ganz massiv Inklusion soweit betrieben haben, dass es inzwischen an Universitäten gar keine Professuren mehr zu dem Thema, zu den verschiedenen Bereichen gibt. Und das ist natürlich äußerst problematisch. Insofern würde ich sehr dafür plädieren, dass die fachliche Expertise im Bereich Inklusion und speziell Sonderpädagogik weiterhin so gut es geht erhalten bleibt.

Gut, ich glaube, das war es jetzt. Es ist auch schon spät.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Als Nächstes Herr Pepperling.

**Herr Pepperling:** Guten Abend und vielen Dank, dass Sie uns zuhören. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei allen, die sich hier heute Abend geäußert haben. Es ist in jeder Hinsicht viel Fachlichkeit und Sachverstand zutage getreten, den ich auch in dem Urteil der Expertenkommission seinerzeit gesehen habe. Es ist ja durchaus nicht selbstverständlich, dass Sachverstand, der geäußert wird, nachher auch ins Regierungshandeln Einzug findet, wie man an diesem Beispiel sehen kann.

Man nehme mir das nicht übel, ich bin auch nicht begeistert von dem, was da als Entwurf jetzt vorgelegt ist. Am Anfang müsste man sich, glaube ich, darüber klar werden, wo die Voraussetzungen liegen. Vor vielen Jahren schon konnte man wissen, dass die Regierungsparteien beide auf ihrer Agenda haben eine Schule für alle, möglichst langes gemeinsames Lernen. Und wenn wir uns anschauen, wie seinerzeit der Kompromiss der Enquetekommission zu den zwei Säulen zustande gekommen ist, da hieß es zunächst ganz klar, das Gymnasium hat eine Aufgabe, nämlich, die Schüler zum Abitur zu führen, wissenschaftspropädeutisch zu arbeiten, und die Stadtteilschulen damals hatten dann eben dezidiert den Auftrag, zunächst einmal alle anderen Schüler zu versorgen und auch die Möglichkeit zu bieten, zum Abitur zu führen. Mittlerweile ist das durch Regierungshandeln auf breiter Front so, dass eigentlich auch für Stadtteilschulen das Abitur als das allein seligmachende Bildungsziel angesehen wird. Und das Schulgesetz, auf das immer wieder Bezug genommen wird, wonach die Bildungsaufträge für beide Schulen die gleichen seien, ist ein erster Schritt dahin gewesen, die Schullandschaft so zu verändern, dass das, was die Parteien in ihren Programmen haben, auch nun Wirklichkeit werden kann, nämlich eine Schule für alle.

Was das Ergebnis davon ist, ist, dass immer mehr Eltern die Konsequenz ziehen und sagen, ehe ich so eine Schulform habe, die vielleicht mein Kind zum Abitur führt, aber dann das ganze Durcheinander erlebe, was an Stadtteilschulen ist – ich komme gleich auf dieses Wort Durcheinander, das setze ich in Parenthese, noch einmal zurück –, probiere ich den direkten

Weg und gehe aufs Gymnasium. Und wenn wir uns nicht überlegen, wie wir die Stadtteilschule stärken, das Argument kam vorhin schon einmal, dann werden wir zwar nicht eine Schule für alle kriegen, aber alle Schüler an eine Schule, weil zunehmend die Schüler sich Richtung Gymnasium bewegen.

Jetzt komme ich darauf, was macht denn das Besondere an der Stadtteilschule aus. Das Wort heterogen wird ja gern benutzt und dann sagt man, die Stadtteilschulen haben inhomogene Lerngruppen oder heterogene Lerngruppen und die Gymnasien haben homogene Lerngruppen. Was die Leistungsfähigkeit der Schüler angeht, trifft das natürlich nicht zu, sondern das, was an den Gymnasien stattfindet, ist ein zielhomogenes Arbeiten, das heißt, die, die da hingehen, haben in erster Linie eben alle das Ziel, das Abitur zu machen, und das, was wir an den Stadtteilschulen finden, ist ein zielheterogenes Arbeiten, denn dort kommen Schüler hin, die, wenn sie dort anfangen, dezidiert wissen, sie machen nie einen Abschluss, und es kommen welche hin, die sollen den Ersten Abschluss machen und den Zweiten Abschluss machen, also Mittleren Abschluss, und es sind dann auch noch welche da, die das Abitur machen sollen. Diese Zielheterogenität ist eine enorme Herausforderung an die Lehrkräfte. Dazu kommt BOSO, dazu kommt Inklusion, und das alles braucht eine hohe Sozialkompetenz von Lehrern, und zwar in viel größerem Maße, als es das Arbeiten am Gymnasium braucht. Wir sollten uns mit unserer Ausbildung darauf besinnen, dass wir für diese Schüler, für die Inklusionsschüler, für die, die den Ersten Schulabschluss machen, und die, die den Mittleren Schulabschluss machen, die diese hohe Sozialkompetenz brauchen, auch Lehrkräfte zur Verfügung stellen, die das können. Und die Ausbildung des Gymnasiallehrers leistet dezidiert das nicht.

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt, deswegen bin ich ja auch Gewerkschaftler. Wenn wir dann meinen, okay, wir könnten eventuell an dem Lehramt für das Gymnasium so drehen, dass wir auch das alles noch möglich machen, was wir in Stadtteilschulen an sozialen Kompetenzen brauchen, dann kann das sehr leicht dazu führen, dass wir in Hamburg die Ausbildung des Gymnasiallehrers derartig verbiegen, dass die nicht mehr kompatibel ist mit der Ausbildung der Gymnasiallehrer in anderen Bundesländern. Das hätte zur Folge, dass wir keine mehr exportieren können, es können aber auch keine mehr kommen, was viel dramatischer ist, weil in den anderen Bundesländern eben der typische Gymnasiallehrer noch ausgebildet wird und auch entsprechend eingesetzt wird.

Da wir seit langen Jahren weniger Lehrer ausbilden, als wir in Hamburg brauchen, und immer gehofft haben, dass die Lehrer aus anderen Bundesländern zu uns kommen, können wir uns eigentlich hier in Hamburg nicht eine Lehrerausbildung leisten, die so ganz anders ist, als sie in anderen Bundesländern ist, denn dort gibt es den typischen Gymnasiallehrer und in der Regel auch eine andere Form des Lehramtes. Wenn wir hier weiterhin davon zehren wollen, dass Lehrer aus anderen Bundesländern zu uns kommen, dann müssten wir uns mit dem Modell, das wir hier auf die Beine stellen, wohl ein bisschen danach ausrichten, wie das die anderen Bundesländer handhaben. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Herr Pepperling. Herr Knüppel bitte.

**Herr Knüppel:** Einen schönen guten Abend. Ich mache mir Sorgen. Zum einen um die zukünftigen Hamburger Schülerinnen und Schüler, zum anderen um die zukünftigen Hamburger Lehrer. Also erst einmal ist ganz unbestritten, dass alle die gleichen Rechte haben sollten, auch die gleichen Chancen. Darüber hinaus glauben aber, glaube ich, nur ganz wenige, dass tatsächlich alle komplett gleich sind, die gleichen Interessen, die gleichen Vorlieben, die gleichen Stärken haben. Schauen Sie sich einfach hier einmal um im Saal, sind das alles die gleichen Menschen? Nein, jeder ist sehr unterschiedlich, sehr individuell. Auch das Leben, auch die Welt draußen ist nicht nur schwarz und weiß, die ist sehr bunt, sehr vielfältig, und genauso sind es auch die Schülerinnen und Schüler, die auch einen sehr unterschiedlichen Förderbedarf haben. Wenn man sich nun vorstellt, dass in einer Schulklasse nicht nur durchschnittlich begabte Schülerinnen und Schüler sind, sondern auch

Schüler mit besonderen Herausforderungen, mit Handicaps, auf der anderen Seite aber auch hochbegabte Schüler, und alle Schüler komplett gleich, auch vom gleichen Lehrertypus unterrichtet werden, dann frage ich mich, wie will das so ein Lehrer bewerkstelligen, diese gesamte große Bandbreite abzudecken. Das müsste ja schon so ein Überwesen an Lehrer sein, den wir uns da vorstellen. Oder auf der anderen Seite senken wir das Niveau so weit ab, dass alle irgendwie mitkommen und am Ende werden – ich sage nur so mit Lorient – Jodeldiplome verteilt. Die Frage ist: Kann man außerhalb Hamburgs noch irgendwas damit anfangen? Und das ist meine große Sorge, dass wir eine verlorene zukünftige Generation, sowohl an Schülern als auch an Lehrern, produzieren. Mich würde einmal sehr interessieren, wo die Reise eigentlich hingehen soll, wie der Senat sich das zukünftig vorstellt. – Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Herr Knüppel. Jetzt haben wir noch Frau von Schulz und Frau Bensinger-Stolze. Frau von Schulz zunächst.

**Frau von Schulz:** Ja, guten Abend. Mein Name ist Britta von Schulz, ich bin hier als besorgte Mutter. Ich habe drei Söhne, zehnte Klasse, sechste Klasse, erste Klasse. Der eine braucht Nachhilfe, dem anderen fliegt alles zu und der dritte witscht mir eigentlich immer weg. Ich bin viel zu Hause, ich arbeite nur zehn Stunden die Woche, weil ich mich bewusst um meine Kinder kümmern möchte, und mir gelingt es, diese drei Söhne nicht individuell anzusprechen, obwohl ich so viel zu Hause bin. Es gibt immer wieder Tage, wo – ja – wo mir eben einer entgleitet und ich ihn behandeln muss wie alle anderen und das merke ich, ist nicht richtig. Ich frage mich, ob Sie das über den Einheitslehrer, wenn Sie indirekt unser System umstülpen wollen, wie das ein Einheitslehrer darstellen soll. Darüber hinaus bin ehrlich gesagt erstaunt, wie die Politiker dieser Stadt uns vor sieben Jahren einen Schulfrieden zugesichert haben, wo es auch um diese Einheits- oder Primarschule ging, warum dieser Schulfrieden nicht eingehalten werden kann. Ich meine, es ging damals um zehn Jahre und jetzt kommen Sie so ein bisschen durch die Hintertür mit der Ausbildung der Lehrer. Das finde ich so nicht in Ordnung, wenn ich etwas verspreche, muss ich das auch halten. – Danke.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau von Schulz. Frau Bensinger-Stolze.

**Frau Bensinger-Stolze:** Ja, Bensinger-Stolze. Ich bin GEW-Vorsitzende, Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft hier in Hamburg, und auch 22 Jahre lang Lehrerin an Gesamt- und Stadtteilschule gewesen, im Moment sozusagen aber im Hauptamt Gewerkschaftsvorsitzende und da möchte ich etwas richtigstellen. Hier wurde erst gesagt, dass die Gewerkschaften gegen diesen Einheitslehrer sind. Nein, die Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft, die von der Kita bis über Kolleginnen und Kollegen an den Schulen, Sozialpädagoginnen und -pädagogen auch bis in die Hochschulen hinein vertritt, wir finden diese Entscheidung richtig, die jetzt getroffen worden ist, hier eine Vereinheitlichung herzustellen. Da muss zusammen studiert werden, wie das hier der Kollege auch noch einmal dargestellt hat, dass einen Gegenstand sozusagen verschieden sieht, das ist richtig. Auf Bundesebene, die GEW hat, glaube ich, jetzt vier Jahre lang sich mit dem Thema Lehrerinnen- und Lehrerbildung befasst und wir sind ebenfalls dort zu dem Ergebnis gekommen, das ist der richtige Weg, wo es jetzt hingehen soll. Und das ist ja auch nicht hier in Hamburg sozusagen das erste Land, das sich in diese Richtung aufmacht. Von daher finde ich das richtig. Ich möchte noch einmal auch sagen, der Prozess, der sozusagen hier angestoßen worden ist, man hat eine Expertenkommission gehabt und man hat danach einen weiteren Prozess gehabt, wo man die weiteren Meinungen dazu eingeholt hat und dann hat man sich wieder zusammengesetzt und ist jetzt zu diesem Ergebnis gekommen. Wir sind nicht mit allem einverstanden, aber an diesem Punkt freuen wir uns sehr und ich glaube, das ist genau richtig. Und ich kann auch gar nicht verstehen, wir haben zwei Säulen, die wir sicherlich kritisieren als GEW, aber der Auftrag dieser beiden Säulen, der geht in die gleiche Richtung. Deshalb kann ich hier gar nicht verstehen, warum da irgendwie was anders sein soll.

Also noch einmal, herzlichen Dank, dass man diese Entscheidung in diese Richtung gewendet hat. Wir als Gewerkschaft, Erziehung und Wissenschaft stehen dahinter.

**Vorsitzende:** Vielen Dank, Frau Bensinger-Stolze. Uns liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit schließen wir hiermit jetzt die öffentliche Anhörung und machen eine kurze Pause. Die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreterinnen und Vertreter der Behörden werden jetzt einen kleinen Imbiss einnehmen können, die anderen können einmal durchschnaufen, den Weg wohin auch immer aufsuchen. Wir machen in 20 Minuten weiter, und zwar mit der Senatsbefragung, die ebenfalls öffentlich stattfinden wird. Das heißt, wenn Sie den Senat dazu noch hören wollen, bleiben Sie, sind Sie herzlich eingeladen, hier in 20 Minuten wieder Platz zu nehmen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Und eine Anmerkung noch an die Obleute des Wissenschaftsausschusses. Die würde ich einmal bitten, jetzt, bevor wir in den Nebenraum gehen, sich noch einmal bei Herrn Höhn gemeinsam mit mir einzufinden, damit wir noch einmal über die Auskunftspersonen für die kommende Anhörung – Stichwort NC – gemeinsam sprechen können. – Danke.

(Pause: 18:57 Uhr bis 19:23 Uhr)

**Vorsitzende:** So, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht dann sogleich einmal wieder los und weiter. Wir kommen jetzt zu der Senatsbefragung, die sich jetzt an die öffentliche Anhörung anschließt. Und in der Senatsbefragung ist es allgemein so, dass zunächst dem Senat das Wort gegeben wird, das wäre also sowohl Herr Senator Rabe als auch Frau Senatorin und Bürgermeisterin Fegebank, und dann im Anschluss die Abgeordneten Fragen stellen können. Ich übergebe dem Senat das Wort, wer auch immer anfangen möchte.

**Senator Rabe:** Vielen Dank, Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich auch noch einmal bedanken für die viele Anregungen, für die Kritikpunkte, die Hinweise in der lebhaften Bürgeranhörung. Wir haben uns nach Kräften bemüht, die verschiedenen Punkte auch hier vorne zu notieren, um auch unsere Einschätzung, zum Teil auch Antworten, sicherlich aber auch, um das eine oder andere mitzunehmen, was wir jetzt noch miteinander besprechen können.

Wenn ich jetzt auf die vielen Beiträge eingehe, dann verzeihen Sie, dass ich am Anfang ein paar der grundsätzlichen Fragen beantworte, die mehrfach von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern gestellt worden sind.

Da ist zum Beispiel immer wieder die Frage aufgetreten nach dem Schulfrieden und deswegen sage ich hier klipp und klar, dieser Senat steht für den Schulfrieden, er steht für die Schulstruktur aus vierjähriger Grundschule und den beiden weiterführenden Schulformen Gymnasium und Stadtteilschule und er wird im Fall seiner Wiederwahl diesen Schulfrieden energisch verteidigen und beibehalten.

Zum zweiten Punkt will ich zum Thema Inklusion die vielen Anregungen oder auch die vielen Hinweise bestätigen. Die Inklusion ist in Hamburg mit großen Schritten vorangekommen. Ich habe vor Kurzem einen Artikel in der Zeitschrift "Die Welt" gelesen, in der beklagt wurde, dass die Zahl der Schüler an Sonderschulen bundesweit gar nicht abnehme. Das ist in Hamburg nicht der Fall. Vor der Inklusion haben 4 Prozent aller Schülerinnen und Schüler Hamburgs eine Sonderschule besucht, sind sozusagen exklusiv, wie die Fachleute sagen, beschult worden. Diese Zahl und der Anteil ist erheblich gesunken, jetzt sind es nur noch 2,3 Prozent. Zwar scheint das alles ... recht kleine Zahlen zu sein, aber in Wahrheit heißt das konkret, der Anteil von Schülern an Sonderschulen ist um 40 Prozent gesunken. Das ist eine gewaltige Veränderung.

Vor diesem Hintergrund hatten mehrere Bürgerinnen und Bürger darauf hingewiesen, dass es um unser Bildungssystem und den Erfolg dieses Bildungssystems in den letzten Jahren schlecht bestellt sei. Insbesondere die Stadtteilschule wurde hier mehrfach erwähnt. Hierzu, und das ist meine letzte allgemeine Ausführung, bevor ich zu den vielen Details der Lehrerbildung komme, müssen wir gar nicht als Senat viel sagen. Hier reicht es, die Kultusministerkonferenz und die von der Kultusministerkonferenz beauftragten wissenschaftlichen Institute zu zitieren, die – alle Jubeljahre wieder – den Lernstand aller Schülerinnen und Schüler in Deutschland untersuchen. Das ist vor Kurzem erneut geschehen, das letzte Mal geschehen 2011, jetzt wieder 2016. Veröffentlicht wurden deshalb die Lernergebnisse der Schülerinnen und Schüler in der Jahrgangsstufe 4 und in der Jahrgangsstufe 9. Getestet wurden alle Schülerinnen und Schüler aller deutschen Bundesländer in den Fächern Mathematik und Deutsch, aber auch in Englisch. Hier hat sich herausgestellt, dass in diesen fünf Jahren – die nicht ganz zufällig auch mit meinem Amtsantritt begonnen haben – sich Hamburg als einziges Bundesland in allen getesteten Fächern durchgängig deutlich verbessert hat, sehr stark verbessert hat.

Hamburgs Lernergebnisse waren in der Vergangenheit in der Tat verbesserungsbedürftig. Wir lagen in der Regel auf dem 14. Platz von 16 Bundesländern mit erheblichem Abstand zum deutschen Durchschnitt. Diese Abstände zum Durchschnitt konnten in allen Fächern deutlich verringert werden. Als Beispiel seien wenige Punkte angeführt. Vierte Jahrgangsstufe Mathematik, Rückstand auf die 500 Punkte Mittelwert Deutschlands, Hamburg 30 Punkte hinten. Das war 2011. Jetzt haben wir uns um 16 Punkte verbessert. Wir sind noch nicht zur Mitte aufgeschlossen, aber wir haben den Abstand halbiert. Deutsch Lesen, 22 Punkte hinten, jetzt nur noch vier. Deutsch Zuhören, 14 Punkte hinten, jetzt sind wir sogar einen besser. Oder – ich will nicht Ihnen alle Ergebnisse vortragen, sie sind alle gleich – Englisch, neun Punkte hinten, jetzt zwei Punkte über dem Durchschnitt. Englisch Hörverstehen, fünf Punkte über dem Durchschnitt waren wir schon, das war eine unserer Paradedisziplinen, alle haben gedacht, das können wir nicht mehr bessern, jetzt sind wir 15 Punkte über dem deutschen Durchschnitt.

Das hat dazu geführt, dass mittlerweile in allen Bundesländern mit sehr wachen Augen auf Hamburg geguckt wird. Und wer hin und wieder überregionale Zeitungen liest, "Weser-Kurier", "Süddeutsche Zeitung", "Münchener Merkur", "Tagesspiegel", "Die Zeit", der liest Begriffe wie "Hamburg, das neue Finnland", "Das Wunder von Hamburg", "Ausgerechnet Hamburg". Und ich nehme Sie gern mit in unsere Schulbehörde, wo wir jetzt den doch bemerkenswerten Zustand haben, dass aus vielen Bundesländern Bildungsexperten kommen, insbesondere jetzt unter der CDU-Regierung Baden-Württembergs Schulministerin Susanne Eisenmann, CDU, nicht müde wird, Hamburg für diese Entwicklung zu loben, ihre Experten nach Hamburg zu schicken, um zu fragen, wie das gegangen ist.

Wir sind noch nicht am Ziel. Ich möchte, dass wir in allen Bereichen deutlich über dem Durchschnitt sind. Aber ich will einmal hier an den Anfang stellen, dass in dieser Entwicklung schon eine ungewöhnliche Dynamik ist, die, zumindest außerhalb Hamburgs, für große Aufmerksamkeit gesorgt hat.

Jetzt kommen wir aber zu dem engeren Punkt der Lehrerbildung. Ich habe bei den vielen Kritikpunkten eines nicht ganz verstanden und möchte das an den Anfang meiner Ausführungen stellen. Es wurde der Eindruck erweckt, als würden Gymnasiallehrkräfte ungeeignet sein, Schülerinnen und Schüler an Stadtteilschulen zu unterrichten. Dabei scheinen die meisten Bürgerinnen und Bürger vielleicht nicht gewusst zu haben, dass schon jetzt die Hälfte der Lehrerinnen und Lehrer an Stadtteilschulen Lehrerinnen und Lehrer mit Gymnasiallehrausbildung sind; dass genau diese Dynamik, dass das so viele geworden sind, zufällig in der Zeit passierte, in der auch sich die Lernergebnisse so verbessert haben. Ich bin nicht so kühn zu sagen, daran liegt es, aber geschadet hat es wohl offensichtlich nicht, dass so viele Lehrerinnen und Lehrer mit gymnasialer Ausbildung an den

Stadtteilschulen sind. Übrigens, diese Entscheidung, vor allem Gymnasiallehrkräfte einzustellen, treffen Schulleitungen jeden Tag. Und die Schulleitungen könnten sie auch nicht treffen. Sie könnten genauso gut Lehrkräfte einstellen mit der Ausbildung zum Haupt- und Realschullehrer beziehungsweise zum berühmten GHR-Lehrer, wie es in Hamburg lange Zeit war. Dass aber sogar die Schulleitungen selber diese Entscheidung treffen, mag dann vielleicht doch erklären, dass der Gymnasiallehrer in seiner Ausbildung während des Studiums offensichtlich so gut vorbereitet wird, dass er sehr gut geeignet ist, an der Stadtteilschule zu unterrichten.

Ich will auch ein paar Punkte nennen, warum wir glauben, dass der Gymnasiallehrer, die Gymnasiallehrerin das gut machen kann. Dazu zählt zunächst einmal, dass – und darauf wurde zu Recht hingewiesen – nicht alle Schülerinnen und Schüler an der Stadtteilschule das Abitur machen. Natürlich nicht. Und da gibt es keinen Zwang, im Gegenteil, wir öffnen jenen vor allem die Türen und auch die Türen in die Berufswelt, die nach der zehnten Klasse mit Haupt- und Realschulabschluss diese Schule verlassen. Aber eine Gymnasiallehrkraft, die ja durchaus auch im Gymnasium ständig Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 unterrichtet und keineswegs nur die Oberstufe, eine Gymnasiallehrkraft kann immerhin diejenigen, die an der Stadtteilschule bleiben und in die Oberstufe wechseln, auch über einen längeren Zeitraum begleiten. Das ist nicht das wichtigste Argument, aber es ist ein Argument, das man im Kopf haben muss.

Man muss auch im Kopf haben, dass der Unterschied – darauf bin ich sehr dankbar, es wurde unter anderem von zwei Bürgerinnen vorgetragen – der Unterschied schon jetzt in der universitären Ausbildung zwischen dem gymnasialen Lehramt und den anderen Lehrämtern viel, viel geringer ist, als alle tun. Die sitzen in den meisten Vorlesungen nebeneinander. Das ist nicht so, dass Deutsch – ich nehme es jetzt auf – oder Englisch, Shakespeare, zwei Räume sind und links biegen die Grund- und Haupt- und Realschullehrer rein und hören von einem Professor, wie man das an der Grund-, Haupt, Realschule unterrichtet, und rechts am Gymnasium. Sondern die sitzen in derselben Vorlesung. Und deswegen ist der Unterschied keineswegs so groß, wie dargestellt wird.

Es wurde von mehreren Bürgerinnen und Bürgern darauf verwiesen, dass doch die Experten gerade diese Trennung starkgestellt hätten. Dazu muss man sich schon das Expertengutachten sehr genau durchlesen. Der Unterschied, den die Experten hier tatsächlich empfehlen, beträgt 3 Prozent des Studiums. 3 Prozent. Das ist der Unterschied. Das ist das, worüber wir alle reden. Und an diesen 3 Prozent, meine Damen und Herren, wollen wir daran ernsthaft festmachen, die Einheitsschule, ein Schulkrieg, die Kündigung des Schulfriedens? Bei aller Liebe, aber ich glaube, das ist doch auch von der Semantik etwas overdone. Es geht um 3 Prozent Studieninhalte, die so gering sind, dass der eine Experte gesagt hat, na, wenn die so gering sind, was soll das dann? Das war übrigens ein Experte, der nicht aus meiner Partei kam. Und deswegen ist offensichtlich auch im Expertengutachten schon angelegt, dass diese große Überschneidung der Studiengänge, die es jetzt schon gibt und die es auch künftig gegeben hätte, doch als Grundlage akzeptiert werden muss und wir wirklich um die 3 Prozent jetzt diskutieren.

Was hat uns noch bewogen, hier zu sagen, wir wollen keinen Einheitslehrer, dummes Zeug. Wir haben vier Lehrämter, das Lehramt an Grundschulen, das Lehramt an Gymnasien und Stadtteilschulen, das Lehramt an Berufsschulen, das Lehramt an Sonderschulen. Wir hatten auch übrigens bisher vier Lehrämter, nämlich das Lehramt am Gymnasium, das Lehramt an der Berufsschule, das Lehramt an der Sonderschule und, und das war das bisherige Vierte, das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen. Und da hat auch niemand geschimpft, das sei ein Einheitslehrer. Deswegen, finde ich, sollten wir jetzt ehrlich bleiben und sagen, dieses vierte Lehramt ist das klassische gymnasiale Lehramt.

Und was hat uns noch bewogen außer der Praxis, außer der Entscheidung der Schulleitungen für dieses Lehramt, und außer den guten Bildungsergebnissen? Bewogen hat

uns auch, darauf wurde kurz einmal hingewiesen, dass für dieses Lehramt die meisten Bewerberzahlen da sind und wir in der Tat im Moment noch in Hamburg auf einer Insel der Glückseligkeit schweben, wenn wir uns angucken, dass in Berlin die Hälfte der Neueinstellungen fachfremd, nein, sogar studienfremd sind, sogenannte Quer- und Seiteneinsteiger, Hamburg das zurzeit noch nicht machen muss. Aber wir müssen uns gemeinsam alle fragen, wie können wir auch künftig sicherstellen, dass wir gut ausgebildete Lehrkräfte gewinnen, beim Gymnasiallehramt zumindest ist die Nachfrage von jungen Menschen, dieses Lehramt ausüben zu wollen, sehr, sehr hoch.

Dass aber wirklich Entscheidende, und damit möchte ich zumindest diesen Punkt abschließen, das wirklich Entscheidende ist die Tatsache, dass in der Expertenanhörung mehrere Experten, sehr renommierte Experten, wie Professor Baumert, der jahrelang sozusagen der Papst der bundesdeutschen Bildungspolitik gewesen ist, sehr klar gesagt haben, natürlich braucht eine Lehrkraft eine gute Ausbildung in Pädagogik, sie braucht einen großen Erfahrungsschatz, um in den vielfältigen Situationen des täglichen Lebens jeweils das Richtige zu tun, aber sie braucht auch eine sehr gute fachliche Ausbildung. Und es wurde dargestellt, dass eine Lehrkraft keineswegs mit zehn Semestern Studium alles drei perfekt macht, sondern dass die Ausbildung ja mehrere Phasen umfasst, nämlich drei: das Studium, danach das Referendariat und dann die stetigen Weiterbildungen. Und es wurde in der Expertenanhörung sehr deutlich gesagt, dass die universitäre Ausbildung bei aller Nähe zur Praxis vor allem ihre Stärke darin hat, die Fachlichkeit sicherzustellen, und deswegen hier eine Konzentration auf die Fachlichkeit an sich schon vernünftig ist. Sie ist aber erst recht vernünftig in Bezug auf die Schülerinnen und Schüler.

Es wurde von mehreren Experten dargestellt, dass die Auffassungen der Schulbehörde und der Wissenschaftsbehörde richtig sind, dass die Fachlichkeit gerade denjenigen Schülerinnen und Schülern hilft, die es im Bildungsgang schwer haben. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass es für jene, die es schwieriger haben in der Schule, hilft, wenn der Lehrer sein Fach nicht so gut kann, sondern im Gegenteil, der Lehrer braucht ... oder die Lehrkraft muss dieses Fach besonders gut beherrschen, muss alle Varianten des Denkens und auch alle Verstehensprobleme eines Schülers, einer Schülerin berücksichtigen. Und da die universitäre Ausbildung gerade hier ihren Schwerpunkt hat, bei der Sicherstellung der Fachlichkeit, ist das ein ganz wichtiger Punkt, der uns bewogen hat zu sagen, diese 3 Prozent, über die wir hier streiten, die packen wir in die Fachlichkeit, auch deshalb, weil wir wissen, das ist ein Teil der Ausbildung, aber die gesamte Ausbildung einer Lehrkraft vollzieht sich über mehrere Phasen, auch die zweite Phase zählt dazu.

Hier haben mehrere Bürgerinnen und Bürger darauf hingewiesen, dass die Verbindung in der Tat zur zweiten Lehramtsausbildungsphase sehr, sehr wichtig ist. Da haben Sie recht. Und hier, muss man sagen, gibt es auch Arbeit für die Schulbehörde, die wir auch annehmen. Wir müssen darauf achten, dass diese zweite Phase der Lehramtsausbildung, das Referendariat oder, wie ich neuerdings sagen muss, die ... Lehramt im Vorbereitungsdienst oder so was, das war auch ein paar Mal als Kürzel gefallen, LiV, das sind ... das hieß früher Referendare, jetzt soll man sagen, Lehrer im Vorbereitungs... Lehrende oder ...

(Senatorin Fegebank: Lehrkraft!)

Ihr macht das ganz großartig. Ich merke mir das nicht, weil ich mir sicher bin, dass in zwei Jahren ein neuer Begriff eingeführt wird. Aber dass zumindest diese Phase mitgedacht werden muss, dass sie entscheidend ist in der Tat, dass hier die pädagogischen und praktischen Anteile stärker im Fokus stehen werden, aber auch darf es damit nicht aufhören, denn Lehrerinnen und Lehrer lernen jeden Tag neue Situationen, Schülerinnen und Schüler kennen. Und deswegen müssen wir auch die dritte Phase dieser Lehrerausbildung, nämlich die Fortbildung, ebenfalls miteinbeziehen.



Insofern also, die Entscheidung gerade mit Rücksicht auf die Schülerinnen und Schüler mit weniger dynamischen Lernverläufen, mit mehr Fragen an den Unterricht, die für uns der Anlass gewesen ist, dass wir hier die Lehrkräfte in der Fachlichkeit sehr gut ausgebildet haben wollen. Dass das an sich sowieso vernünftig ist, ich sagte es eingangs, zeigt die jetzige Situation, wo an der Stadtteilschule gleich viele Haupt- und Realschullehrer und auf der anderen Seite Gymnasiallehrkräfte unterrichten und, wie soll ich einmal sagen, der Weltuntergang ist nun wirklich ausgeblieben.

Jetzt zu den einzelnen Punkten. Staatsrat Behrens hatte am Anfang darauf hingewiesen, dass man die Trennung von Klasse 4 ... ach so, das war ja Herr Brunner, Entschuldigung, Herr Behrens war da, dass es am Bedarf der Stadtteilschule vorbeigehe. Ich sagte eben bereits, wir glauben, dass Schülerinnen und Schüler an der Stadtteilschule davon enorm profitieren, wenn Lehrkräfte fachlich gut ausgebildet sind.

Es wurde darauf hingewiesen, es gäbe ohnehin zu viele Abiturienten und wir würden auf diese Art und Weise noch mehr Schüler in das Abitur drücken. Ganz im Gegenteil, wir meinen, dass unsere gut fachlich ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer den Schülerinnen und Schülern der Mittelstufe helfen, auch gerade dann, wenn sie eben nicht das Abitur machen. Es ist ein Irrtum zu glauben, eine Gymnasiallehrkraft könne nur Abitur. In der fünften und sechsten Klasse haben wir zahllose Gymnasiallehrkräfte, obwohl wir wissen, dass nach Klasse 6 viele Schülerinnen und Schüler das Gymnasium verlassen. Und trotzdem setzen wir dort auch keine Haupt- und Realschullehrkräfte in dem Gymnasium ein, weil nämlich auch dort die Gymnasiallehrkräfte ihre Arbeit sehr, sehr gut machen.

Herr Brunner hatte darauf verwiesen, dass die Trennung von Klasse 4 und 5 nicht sachgerecht sei. Ich habe diese Hinweise mehrfach gehört. Ja, hier muss man nun ehrlicherweise sagen, wir haben eine Schulstruktur, meine Damen und Herren, die ist durch einen Volksentscheid noch einmal zementiert worden. Und da möchten wir jetzt nicht irgendwie durch die kalte Küche was anderes machen, sondern wir respektieren, dass die Grundschule nach Klasse 4 endet und eine neue Schulform in Klasse 5 beginnt. Und deswegen haben wir hier genau darauf dieses Lehramt abgestellt. Das mag der eine oder andere nicht gut finden, aber ich sage Ihnen, die Schulstruktur ist so, wie sie ist, und es ist vernünftig, dass wir uns daran orientieren. Vernünftig ist es auch, darauf wurde unter anderem hingewiesen von anderen Kolleginnen und Kollegen, Frau Schmidt beispielsweise hat darauf hingewiesen, alle Bundesländer haben mittlerweile ein Grundschullehramt eingeführt. Und deswegen ist es auch ein bisschen ungewöhnlich – bei aller Liebe, wir sind nicht ganz so groß wie ganz Deutschland, sondern nur 2,4 Prozent davon als Hamburgerinnen und Hamburger und als Tor zur Welt kann es ja nicht schaden, sich so weit mit den anderen Bundesländern zu verbinden, dass wir ein eigenes Grundschullehramt genau wie die anderen Bundesländer auch machen. Insofern also finden wir das richtig, dass wir hier diese Grenze haben. Es ist etwas, was der Schulstruktur in Hamburg, der in Deutschland, aber insbesondere auch der Ausbildung in Deutschland entspricht.

Finn Ole Ritter hatte darauf hingewiesen, dass die Expertenkommission zwei Lehrer vorgeschlagen habe und ebenfalls argumentiert, wir wollten hier die Einheitsschule einführen. Ich hatte bereits darauf hingewiesen, Expertenkommission, das Gutachten, an der einen Stelle leuchtet es doch sehr klar, 3,33, habe ich mir aufgeschrieben, Prozent Unterschied, mit meinen 3 Prozent war ich etwas ungenau, verzeihen Sie. Dass diese 3,33 Prozent jetzt von uns anders ausgefüllt worden sind, als in dem Expertengutachten festgelegt, ist der wahre Unterschied. Und damit ist aus meiner Sicht schon unsere Empfehlung sehr, sehr nahe an der Expertenkommission, die ja keineswegs sich nur dazu geäußert hat, die sich auch zum Grundschullehramt geäußert hat und zu dem Berufsschullehramt, und diese Empfehlungen werden ja auch alle aufgegriffen.

Herr Deutz hat darauf hingewiesen, dass ein starkes Grundschullehramt wünschenswert ist, das sehen wir genauso. Er hat – nicht als Einziger, auch ihm folgend Herrn Jantzen – darauf

hingewiesen, dass es dann auch eine gleiche Bezahlung braucht. Ich hatte hier bereits in der letzten Sitzung gesagt, wenn man sich die Ausbildungsgänge anguckt, dann sind unterschiedliche Bezahlungen von daher nicht sachgerecht. Das ist in der Tat richtig. Ich hatte auch darauf hingewiesen, dass Hamburg sehr sorgfältig die Entwicklung beobachtet. Wir sind bisher immer stolz darauf gewesen, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer gut bezahlt waren in allen Lehrämtern, auch übrigens im Grundschullehramt, wo Hamburg, abweichend von den meisten Bundesländern, sehr, sehr vielen Kolleginnen und Kollegen es ermöglicht, eine höhere Besoldungsstufe zu bekommen, sodass über 30 Prozent der A12-Lehrkräfte schon in A 13 sind. Aber noch einmal, wir hören diese Signale, wir hören auch das, was die Bürgerinnen und Bürger sagen, und es macht uns in der Tat an der Stelle nachdenklich. Umgekehrt darf ich darauf hinweisen, dass es natürlich, das wissen Sie selber, mit erheblichen hohen Kosten verbunden ist. Dennoch, gerecht wäre es.

Es wurde darauf hingewiesen, nachfolgend nach Herrn Deutz von Herrn Jantzen, Deutsch und Mathe sei für Studenten nicht so attraktiv. Das mag vielleicht sein, aber wir denken vor allem an die Schülerinnen und Schüler. Und wenn wir daran denken, auch, was die Lehrerinnen und Lehrer erst später machen, dann erkennen wir in der Praxis der jetzigen Grundschulen, dass die Lehrerinnen und Lehrer, ob sie es studiert haben oder nicht, ständig Deutsch und Mathematik unterrichten müssen und es auch tun und insofern man sich davor in Wahrheit gar nicht drücken kann. Und dann wäre es doch eigentlich besser, schon von Anfang an Deutsch und Mathematik im Studium zu erlernen, statt vielleicht zwei Fächer Deutsch und Sport zu studieren, und später in der Grundschule dann doch Mathematik zu unterrichten, wie es jetzt leider erhebliche Praxis ist an allen Hamburger Schulen. Wir haben so wenig Mathematik-Fachlehrkräfte, dass 50 Prozent des Mathematikunterrichtes mühsam sichergestellt werden kann, dass das wenigstens durch Fachlehrkräfte unterrichtet wird. Dem müssen wir im Interesse der Schülerinnen und Schüler abhelfen.

Natürlich haben wir auch darauf geguckt, ob wir wohl genügend Bewerberinnen und Bewerber finden, aber wir sind ja hier nicht ganz das einzige Bundesland. Es gibt auch andere, die das machen, und dort sehen wir durchaus, wenn das eine adäquate Grundschulfachausbildung ist und wir jetzt nicht Mathematik auf dem Niveau von Einstein, sondern die Mathematik zielgenau auf die Ausbildung der Grundschullehrer konzentrieren an der Universität, dann finden wir auch in Zukunft genügend Bewerberinnen und Bewerber.

Herr Bublitz hatte darauf verwiesen, dass wir bei einer schlechten Note im Kernfach die Eltern zu spät informieren würden. Dazu kann ich nur sagen, natürlich informiert die Schule die Eltern hoffentlich ständig. Im Einzelfall gehen wir aber gern Beschwerden nach. Selbstverständlich erwarten wir auch, dass Eltern sich die Hefte und die Arbeitshefte der Schülerinnen und Schüler angucken und dann werden sie auch eine Vier und eine Drei bemerken und müssen nicht auf den Zuruf der Schule warten.

Es war auch darauf hingewiesen worden, dass es zu wenig Lehrer mit Mathekenntnissen gebe und deswegen der Einheitslehrer die falsche Antwort sei. Die Verknüpfung ist mir nicht logisch einsichtig. Wir brauchen mehr Mathematiklehrer, das ist vollkommen richtig, aber wer gerade für den Fachlehrer, für den Mathematikfachlehrer wirbt, der muss doch mit uns an einem Strang ziehen, wenn wir sagen, diese hohe fachliche Ausbildung, die der Gymnasiallehrer zweifelsohne hat, die brauchen wir dann auch. Das möchte ich auch – ich springe ein bisschen in der Reihenfolge – Herrn Wegner entgegen, der darauf hingewiesen hat, dass die Zahl der ECTS-Punkte im Bereich Pädagogik oder Erziehungswissenschaften von uns nachträglich gegenüber der Expertenempfehlung abgesenkt wurde. Herr Wegner, das ist zum Teil, wenn auch nicht in der Dramatik, in der Sie es dargestellt haben, aber es ist zum Teil richtig, weil wir die ganze Zeit über miteinander ringen, dass wir – und da müssen wir alle miteinander ehrlich sein – über 300 ECTS-Punkte reden. Mehr gibt es nicht. Und deswegen muss ein jeder auch diesen Spagat hinbekommen und nicht immer sagen, was noch obendrauf kommen muss, sondern auch überlegen, wo es dann weggenommen wird. Wer die Fachlichkeit will, der kann nicht zugleich den Ausbau der Pädagogik und obendrauf

noch den Ausbau der Praxisanteile und darauf noch die Inklusion packen, sondern man muss dann hier auch die Ehrlichkeit haben, abzuschichten und zu sagen, das eine wollen wir stärker und dann verteilen wir auch diese Punkte. Und es ist richtig, dass wir gegenüber der Expertenempfehlung etwas weniger in der Erziehungswissenschaft machen. Das liegt zweifellos daran, dass der Gymnasiallehrer oder die Gymnasiallehrkraft eben in ihrem Studium stärker auf das Fach konzentriert ist und wir diese Fachlichkeit aus den eingangs geschilderten Gründen wollen. Und die eierlegende Wollmilchsau, dass wir beides erhöhen, geht nicht.

Herr Freistedt hat darauf hingewiesen, dass wir für das Fach Katholische Religionslehre werben wollen und sollten. Ich möchte hier auch den anderen, die mich in der Pause angesprochen haben, dass das Schulfach Theater stärker implementiert werden muss, dass die Sprache Türkisch an der Universität stärker gelehrt werden muss, dass das Fach Berufskunde stärker gelehrt werden muss, sagen: Ja, das sehen wir. Wir sehen, dass wir bestimmte Fächer nicht ausbilden können, weil Hamburgs Schulsystem so heterogen und so riesengroß ist, dass die Universität vielleicht nicht allen Wünschen entsprechen kann.

Dabei hat die Universität trotzdem ein wesentlich diversifizierteres Angebot als zahllose andere Universitäten. Ich bezweifle energisch, dass in Oldenburg oder wo auch immer Lehrerinnen und Lehrer studieren, überhaupt so viele Fächer angeboten werden. Das möge man berücksichtigen. Dennoch sage ich allen, wir sind mit der Universität ...

(Senatorin Fegebank: 408 Kombinationsmöglichkeiten.)

... 408 Kombinationsmöglichkeiten, höre ich gerade, das ist ja nicht schlecht so schon.

Wir sind mit der Universität natürlich in Gesprächen mit der Wissenschaftsbehörde, wie wir aus 408 noch 412 machen können, geben uns Mühe, müssen aber das alles miteinander vernünftig abstimmen. Und es ist schon eine große Anforderung an die Universität, ein Grundschullehramtsstudium umzusetzen, und das mögen wir bei allen Fachfragen und Fachanforderungen berücksichtigen. Herr Dannemann hatte mit dem Hinweis, wir brauchen mehr Quereinsteiger, mich ein bisschen verblüfft. Das höre ich selten, muss ich ganz offen sagen. Den Hinweis, dass Lehrerinnen und Lehrer Informatik nicht so gut können, der ist Legion. Das mag sein, wobei Informatiklehrer, die können das schon sehr gut, muss man sagen, aber nein, wir setzen nicht auf Quereinsteiger, wir setzen auf gut geschulte, gut ausgebildete studierte Lehrkräfte, und bisher sind wir dabei einigermaßen erfolgreich.

Frau Schmitz hatte bestätigt, dass das Grundschullehramt sinnvoll ist. Das finden wir auch. Sie fand, Deutsch und Mathe sei zu viel. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass wir Deutsch und Mathe für wichtig halten, weil es später sowieso gelehrt werden muss. Dann soll man es doch lieber gleich studieren.

Frau Wachs wies darauf hin, dass der Schulfrieden gefährdet sei und die Einheitsschule durch die kalte Küche eingeführt worden sei oder werden sollte und Hamburg ein Bundesland mit schlechter Bildung sei. Dazu habe ich eingangs insbesondere mit dem Zitat der IQB-Studien etwas gesagt. Bei Bedarf, Frau Wachs, können wir Ihnen das gern auch noch im Einzelnen darstellen, dass sich Hamburg gut entwickelt. Zum Schulfrieden habe ich eingangs, glaube ich, ein klares Statement abgegeben.

Frau Steffens wies darauf hin, dass die Inklusion zu kurz käme. Hier gilt, was ich am Anfang kurz angesprochen habe, wir haben mehrere Phasen der Lehramtsausbildung, und es gibt Dinge, die man, glaube ich, auch in der Praxis ein Stück besser lernen kann als im Hörsaal. Gerade die Inklusion ist so ein Punkt. Die Inklusion ist eine starke Herausforderung an das Referendariat, an die unterrichtliche Praxis. Selbstverständlich sollen sie in der Universität nicht ausgespart werden. Unser Konzept gibt darauf durchaus Antworten. Inklusion ist

gestärkt worden. Aber ich bitte zu berücksichtigen, dass die Inklusion nicht endet in Bezug auf die Lehrerausbildung nach zehn Semestern Studium.

Ich muss hier kurz meine Unterlagen sortieren. Ich glaube, ich habe einen Beitrag nicht ordentlich abgebildet. Da ging es um die Kollegin, die schon mehrfach bei öffentlichen Anhörungen aufgetreten war, aus der Stadtteilschule Rissen, wo es um Musik ging. Ich habe nur den Namen nicht mehr präsent.

(Zuruf: Kloppenburg!)

Frau Kloppenburg – gut – forderte unter anderem mehr Fachlichkeit. Da habe ich genügend zu gesagt, mehr Inklusion, ich wies darauf hin. Bei Bedarf kann nachher Herr Hartung noch einmal kurz erklären, wo die Inklusion klar verankert ist. Und auch auf das Thema Berufsorientierung, das nehmen wir in der Tat sehr ernst.

Vielen Dank möchte ich sagen an Herrn Riecke, offensichtlich eine Lehrkraft im Vorbereitungsdienst, der noch einmal darauf hingewiesen hat, dass schon jetzt an der Universität selbstverständlich die Lehrkräfte zusammen in den entsprechenden Vorlesungen eh zusammensitzen und auch im Referendariat und dass er selbst das als eher bereichernd empfindet, die verschiedenen Perspektiven hier gemeinsam anzugehen und deswegen eine entsprechend getrennte Ausbildung für nicht vernünftig hält. Hier deckt er sich ohnehin schon jetzt mit der universitären Praxis, in der ja, wie ich eingangs sagte, schon jetzt der Grund-, Haupt- und Realschullehrer sich in den meisten Seminaren neben dem Gymnasiallehrer wiederfindet.

Zu Herrn Wegner und der, in Anführungsstrichen, Schwächung der Pädagogik habe ich mich bereits geäußert.

Für Frau Zeidler möchte ich mich ausdrücklich noch einmal bedanken für den Beitrag, dass sie selbst noch einmal darauf hingewiesen hat, die universitäre Ausbildung ist ein Teil der Ausbildung. Die zweite Phase ist ebenfalls wichtig. Wenn Sie fragen, warum habt ihr das nicht gleich miterledigt, dann möchte ich hier aber doch auf das Expertengutachten verweisen und sagen, gerade da steht, wir sollen das eine erst einmal ordentlich machen. Und es dauert ja auch jetzt sechs, sieben Jahre, bis die ersten Lehrerinnen und Lehrer dann die Hochschule verlassen, sodass wir nun weiß Gott genügend Zeit haben, das Referendariat vernünftig weiterzuentwickeln. Dass es nötig ist, bezweifeln wir nicht, sondern wir sind ganz bei Ihnen, wenn Sie hier eine entsprechende Verbesserung und auch eine Anpassung des Referendariats auf das neue Studium fordern.

Frau Schmidt hatte darauf hingewiesen – ich sagte es bereits –, dass alle Bundesländer das Lehramt Grundschule eingeführt haben, dass wir das richtig finden, Deutsch und Mathe, grundlegende Fähigkeiten seien auch hier, stimmen wir überein, und hatte noch einmal darauf hingewiesen, dass wir das Fach Sonderpädagogik erhalten sollen. Hier möchte ich auch einmal deutlich machen, dass Hamburg hier bei der Inklusion die Türen zwar öffnet, aber die anderen Türen in andere Schulen nicht zuschlägt, obwohl uns Wissenschaftler das immer wieder empfehlen, sondern wir sagen, wir öffnen den Eltern zwei Wege. Wer will, geht in die Inklusion. Wer nicht will, kann selbstverständlich weiter mit seinem Kind eine Sonderschule besuchen. Und das hat Konsequenzen jetzt für unser Lehrerbildungsmodell, wo wir selbstverständlich die Sonderpädagogik erhalten, wo wir allerdings die Inklusion stärker mitdenken müssen. Daher auch der Vorschlag, dass das Studium zum Sonderschullehrer umbenannt wird zum Lehramt Sonderpädagogik und dass es auch stärker darauf ausgerichtet wird, dass mittlerweile mehr Sonderpädagogen an allgemeinen Schulen arbeiten als an den besonderen Sonderschulen.

Herr Pepperling, ein bisschen geschmunzelt habe ich, Herr Pepperling, das müssen sie jetzt verkraften, weil Sie in der letzten Sitzung schon als Experte aufgetreten waren. Jetzt treten

Sie als Bürger auf, aber ich nehme Ihren Hinweis trotzdem ernst. Die Stadtteilschule stärken haben Sie gefordert. Gern können wir uns noch einmal gesondert darüber unterhalten. Es würde jetzt aber zu weit führen, die ganzen Maßnahmen darzustellen, die der Senat ergriffen hat, um die Stadtteilschule zu stärken. Nur so viel: Der Trend zum Gymnasium ist keine Hamburgensie, sondern es ist in allen Bundesländern zum Teil sogar stärker zu beobachten. Und wer sich wirklich anguckt, wie sich die Zahlen entwickeln, der sieht, der große Boom des Gymnasiums in Hamburg war in der ersten Dekade der 2000er-Jahre, als es die Stadtteilschule nicht gab. Dort ging die Post ab Richtung Gymnasium. Seitdem sind die Zuwächse gelinde gesagt recht übersichtlich. Insofern bemühen wir uns nach Kräften, die Stadtteilschule weiter zu einer attraktiven Schulform nicht zu entwickeln, denn das ist sie, aber es auch sichtbar zu machen.

Das beantwortet vielleicht auch die Frage von Herrn Knüppel, der fragte, wohin geht die Reise. Die Reise geht dahin, dass wir das feste Ziel haben, Hamburgs Schülerinnen und Schüler weit weg von den anderen Stadtstaaten mindestens über das Mittelfeld in Deutschland von der Bildung hinauszuführen, lieber noch weiter. Und die Reise geht dahin, dass wir den Schulfrieden bewahren wollen. Das antworte ich auf Frau von Schultz, die die Frage nach Einheitslehrer und Schulfrieden ebenfalls ergänzt hat.

Ich schließe mit Dank an Frau Bensinger-Stolze von der GEW. Ich weiß, wir sind uns nicht immer einig, aber die GEW war ja lange nicht der einzige Partner, der in diesem Prozess gesagt hat, die Schulbehörde ist im Kern auf dem richtigen Weg. Sicherlich haben die über 80 beteiligten Organisationen, deren Meinung wir eingeholt haben, an der einen und anderen Stelle Korrekturbedarf gehabt, aber die Grundentscheidung, ein eigenständiges Grundschullehramt zu machen und auch die Grundentscheidung zu sagen, wir glauben, dass der Gymnasiallehrer, die Gymnasiallehrerin auch in der Stadtteilschule schon jetzt einen guten Job macht und das auch in Zukunft das Modell sein kann. Diese Grundentscheidung wurde von den allermeisten dieser Verbände getragen. Der Verband GEW von Frau Bensinger-Stolze war einer davon.

So weit. Falls ich einen Beitrag vergessen haben sollte und die vielen Einzelheiten nicht alle beantworten konnte, haben wir vielleicht jetzt Gelegenheit durch die Fragen der Abgeordneten, noch die eine oder andere Thematik genauer auszuleuchten. Wollen wir uns ...

(Senatorin Fegebank: Ja!)

... partnerschaftlich ...

(Senatorin Fegebank: Ja!)

... hier das teilen?

**Senatorin Fegebank:** Was soll ich noch sagen? Ich ... Schön, ja also, auch erst einmal meinen ganz herzlichen Dank für die vielen Fragen und Statements der Bürgerinnen und Bürger, für die unterschiedlichen Hinweise, die ja teilweise auch auf persönlichen Erleben beruhen, und auch den Dank dafür, dass wir noch einmal die Gelegenheit durch diese öffentliche Anhörung bekommen, unseren Vorschlag zu erläutern. Und ich hoffe, dass die sehr ausführlichen, sehr kenntnis- und detailreichen Ausführungen meines Kollegen Ties Rabe ja vielleicht auch schon den einen oder anderen Zweifel, der eben geäußert wurde, ausräumen konnten. Und ansonsten hoffe ich, dass es uns gelingt jetzt in der anschließenden Runde.

Ich möchte mich den Ausführungen von Ties Rabe vollumfänglich anschließen. Das gilt auch und vor allem für die Einlassungen zum Thema Schulfrieden. Ich will noch einmal verstärken das Thema Ausbildung an der Universität im Moment. Wir haben wieder, wie auch schon bei

der Expertenanhörung, die Vizepräsidentin der Universität und auch die Dekanin hier, die Ihnen alle Fragen rund um die Ausbildung jetzt und um die veränderte Ausbildung dann in Zukunft werden beantworten können ... Und ich denke, dass darüber auch noch einmal die eine oder andere Klarheit auch tatsächlich eintritt, dass es nämlich jetzt schon gelebte Praxis ist, wie der Kollege Rabe eben auch dargestellt hat.

Und ich möchte eigentlich nur schließen noch einmal mit einem Verweis auf das bisher gelaufene Verfahren. Die Vorsitzende hatte es eingangs dargestellt, aber ich habe einigen Wortbeiträgen vorhin entnommen, dass man hier in großer Geschwindigkeit etwas überstülpen will und zu wenig Zeit zum Nachdenken und Diskutieren lässt. Ich denke, durch das dargestellte Verfahren ist noch einmal deutlich geworden, dass wir uns viel Zeit genommen haben für diesen Prozess, viele unterschiedliche Menschen, Expertinnen und Experten in den unterschiedlichsten Zusammenhängen auch gehört haben und dass natürlich alles eingeflossen ist auch in den jetzt vorliegenden Vorschlag.

Meines Erachtens – auch das habe ich schon bei der Befragung nach der Expertinnenanhörung gesagt – ist es ein vorbildlicher Teilhabe-, Beteiligungsprozess gewesen, der ja rundum 80 Stellungnahmen auch eingebracht dann hat in die Vorlage, die wir jetzt haben, und ich hoffe, dass wir jetzt mit der heutigen öffentlichen Anhörung zusätzlich zur Expertenanhörung und diversen anderen Befassungen noch einmal einen Kreis schließen, sodass dann hoffentlich auch alle das Gefühl haben, sie sind ausreichend eingeladen gewesen, auch diesen Prozess mitzugestalten, der außerordentlich wichtig ist für eine noch qualitativ hochwertigere Ausbildung künftiger Lehrkräfte, wie ich heute gelernt habe, und freue mich in diesem Sinne auf die weiteren Beratungen.

**Vorsitzender:** Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. Herr Senator, bisher ist die Redeliste leer. Das kann ich nicht so recht glauben. Frau Stöver bitte.

**Abg. Birgit Stöver:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Dass die Redeliste leer ist, kann nicht sein. Ich glaube, dass ich doch nach diesen Statements der beiden Senatoren noch ein paar Anmerkungen machen möchte.

Herr Senator Rabe, Ihr Selbstbewusstsein ist sicherlich ungebrochen. Seit Sie Senator sind, ist in Hamburg alles gut. Das ist etwas, was wir nicht so ganz glauben können als Opposition, und wir haben das, glaube ich, auch seit 2011, oder meine Kollegin, immer kritisch begleitet und auch Vorschläge gemacht, wenn es um Unterrichtsausfall geht, wenn es um Mathematikdefizite geht, und Sie sind auch einigen Dingen durchaus gefolgt, wenn wir Lehrermangel in MINT-Fächern auch beklagen mussten. Und dort sind sicherlich auch Diskurse gelaufen, die das Schulsystem auch mit Oppositionshilfe weitergebracht haben, dass in Hamburg wirklich alles gut ist und dass die IQB-Studien jetzt vielleicht ein wenig besser sind, aber immer noch nicht gut. Ich glaube, wir haben sicherlich immer noch Optimierungsbedarf. Meine zweite Bemerkung ist – das hat er auch gesagt –, es ist eben halt nur so, bei mir ist schon ein wenig das sehr große Selbstbewusstsein – ich will das Wort Arroganz gar nicht nutzen –, aber das ist bei mir schon auch deutlich angekommen.

Den zweiten Punkt, den ich hervorheben möchte, sind Ihre klaren Worte zum Schulfrieden, dass Sie auch bei einer Wiederwahl den Schulfrieden verteidigen. Frau Senatorin Fegebank hat sich dem lediglich angeschlossen. Ja, es ist immer so, dass wir schon, wenn wir die Meinungen hören, uns fragen ...

(Senator Rabe: Schließen Sie sich denn auch an?)

... sind die GRÜNEN denn wirklich auf dem Weg, den Schulfrieden zu wollen oder sind sie auf dem Weg, doch den Schulfrieden ... Ich habe auch gehört, von wegen 2020 läuft der aus, der Schulfrieden, und die GRÜNEN sind damit ganz zufrieden. Gut, ich bin froh – jetzt kommen wir zum heutigen Tag –, also ich bin froh und glücklich, dass wir diese öffentliche

Anhörung auch gemacht haben, denn auch Frau Senatorin Fegebank hat gesagt, wir haben uns damit jetzt Zeit genommen. Ich erinnere schon, dass diese öffentliche Anhörung weder von Regierungsfraktionen noch von Senatsseite begrüßt wurde. Und ich denke, dass wir heute doch deutlich hochwertige, qualitativ hochwertige Beiträge gehört haben und dass hier mitnichten irgendwo eine ganz eindeutige Meinung zu hören war, sondern dass wir hier schon eine ... es wichtig war, auch die Öffentlichkeit zu beteiligen. Es ist auch am Anfang noch einmal gesagt worden, wie wichtig diese Weichenstellung ist. Es ist eine Weichenstellung, die nachher weitreichende Auswirkungen und Konsequenzen auf die Hamburger Schullandschaft haben kann oder haben wird.

Es ist viel von, Senator Rabe hat viel von Glauben gesprochen, denn auch er kann die Auswirkungen nicht wissen und Sie werden mir erlauben, dass ich auch meinen Glauben oder was ich glaube, was die Auswirkungen sind, auch noch einmal artikuliere. Also was auch noch einmal zu sagen ist, diese weitreichende Entscheidung wird mit einer Drucksache dann nachher nicht beschlossen, sondern die Bürgerschaft nimmt sie lediglich zur Kenntnis und Sie dürfen dann als Senat umsetzen. Diese weitreichende Entscheidung hätte ich mir gewünscht, dass es eine bürgerschaftliche Entscheidung und nicht nur Kenntnisnahme ist, aber so ist das Verfahren nun einmal.

So. Ich würde gern noch einmal sagen, dass ich auch schon deutlich bei den Meinungsäußerungen, bei den Statements Sorgen gehört habe, Sorgen, dass die Stadtteilschule geschwächt wird, dass der erste Schulabschluss, der zweite, der mittlere Schulabschluss geschwächt wird, und das ist aber offensichtlich nicht die Intention des Senats, sondern Sie möchten eigentlich eher eine Stärkung der Stadtteilschule haben. Wir glauben, dass das mit dem Einheitslehrer nicht geht. Und wir haben ganz viele Sorgen auch gehört – und das fand ich heute sehr deutlich –, dass die Inklusion hier nicht stattfindet bei der Lehreramts- oder bei der Reform der Lehrerbildung. Das habe ich von ganz vielen gehört, dass die Inklusion nicht stattfindet. Ich hätte es gar nicht so drastisch ausgedrückt, weil ich immer gesehen habe, dass die Inklusion doch auch mit eingebettet wird, aber offensichtlich haben heute ja ganz viele Bürgerinnen und Bürger – und ich habe heute hier ganz viele Expertenmeinungen auch gehört –, nicht nur einfach Bürgerinnen und Bürger, sondern auch mit fundiertem Wissen dahinter, gesagt, dass die Inklusion nicht ausreichend berücksichtigt wird. Und das ist auch das, wo ich dann wieder auf das Stadtteilschullehramt und das Gymnasiallehramt zurückkomme. Ich glaube, dass die Vorbereitung auf die Situation, wie sie nachher an den Schulen, an den weiterführenden Schulen stattfindet, hier nicht ausreichend stattfindet.

Wichtig ist die Fachlichkeit. Das ist eine Voraussetzung, aber wir glauben – und da komme ich wieder dazu –, ich weiß es nicht, aber wir glauben, dass das nicht alles ist. Senator Rabe hat natürlich recht, dass wir 300 Credit Points nur verteilen können, und das heißt, dann müsste man da irgendwo Abstriche machen, aber auch wir glauben, dass es nicht richtig ist, den pädagogischen Teil vielfach – nicht ausschließlich, das will ich gar nicht behaupten – in die Phase 2 und 3 zu verlagern. Wir sehen oder wir glauben, dass die pädagogischen Anteile in der Phase 1 einen Anteil, einen großen Anteil ausmachen müssen, vor allen Dingen für Lehrer, die nachher an der Stadtteilschule unterrichten. Und da schließt sich für mich der Kreis, dass ich schon auch der Expertenkommission folgen würde, auch wenn es nur 3,3 Prozent sind, dass es hier eine Differenzierung geben mag, dass wir die Lehrer besser auf die Stadtteilschule, die Situation an Stadtteilschulen vorbereiten sollen.

Phase 2 und 3, hatte Senator Rabe auch schon gesagt, die findet in dieser Drucksache bisher wenig Einzug. Und da habe ich jetzt vernommen, dass es dort weitere Drucksachen oder eine weitere Drucksache gibt. Wir haben ja noch Zeit, bis die Lehrerbildung in der Phase 1 festgezurr wird. Dann haben wir also noch Zeit, uns auch um die Phase 2 und 3 zu kümmern. Wir glauben wie gesagt, dass die pädagogischen Anteile nicht ausschließlich oder nicht überwiegend nachher in Phase 2 und 3 angesiedelt werden sollen.

Wir glauben auch, dass – wieder um noch einmal auf die Mangelfächer zurückzukommen – die Sekundarstufe I oder beziehungsweise das Sekundarlehramt, ob nun I und II oder als Einheitsschullehramt, schon auch noch die Mängelfächer besser in den Fokus nehmen sollte und darauf hinwirken sollte, dass auch die Mangelfächer damit ausgeglichen werden.

Ich glaube ... Ich weiß nicht, ob es jetzt noch Sinn macht, große Fragen zu stellen. Die Frage ist natürlich tatsächlich an die GRÜNEN oder an die Senatorin Fegebank, ob sie tatsächlich zum Schulfrieden stehen und auch tatsächlich nicht eine Einheitsschule nachher favorisieren, denn das ist tatsächlich das, was wir glauben, was mit dem Einheitslehramt geschaffen werden könnte. Und an Senator Rabe die Frage genauso, Sie stehen zum Zwei-Säulen-Modell. Wie wollen Sie dieses mit dem Einheitslehramt machen? Wahrscheinlich sind das rhetorische Fragen. Wenn Sie darauf antworten mögen, herzlichen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Der Senat bitte.

**Senator Rabe:** Es freut mich, dass Sie Ihre eigenen Fragen jetzt schon als rhetorisch gleich qualifizieren. Dann kann ich sie richtig einschätzen. Ich will trotzdem noch einmal dazu sagen, dass wir in der Vergangenheit das Lehramt hatten für Grund-, Haupt- und Realschule und ich mich schon ein bisschen wundere, dass sich niemand darüber Gedanken gemacht hat, wie irre es eigentlich ist zu glauben, dass ein Kind in der ersten Klasse die gleichen pädagogischen und fachlichen Anforderungen an eine Lehrkraft stellt wie ein Kind der zehnten Klasse – Kind, was sage ich –, Jugendlicher, der vielleicht in den Beruf geht und 1,80 Meter groß ist und 80 Kilo wiegt und vielleicht aber auch in die Oberstufe wechselt und ins Abitur geht. Und da haben wir die ganze Zeit, 20 Jahre lang, es völlig normal gefunden, dass für diese riesige Bandbreite in Fachlichkeit, aber erst recht in Pädagogik, was die Unterschiedlichkeit angeht zwischen einem Erstklässler und einem Zehntklässler und die ganze Pubertät dazwischen, das fanden alle ganz normal und waren der festen Überzeugung, dass das gut klappt. Und jetzt, wo wir tatsächlich jetzt einmal altersstufengemäß handeln, da wird mit der großen Keule des Einheitslehrers gefuchtelt. Nein, ich muss ganz ehrlich sagen, das überzeugt mich persönlich nicht.

Und ich weiß, dass ich hier immer nur antworte, aber meine Zwischenfrage an Sie, Frau Stöver, fand ich schon ganz spannend. Der Schulfriede – wir haben es hier klar gesagt –, den wollen wir. Und wir haben auch erzählt, wie er funktioniert. Übrigens auch ist eine der wesentlichen Grundlagen G8, G9. Und ich finde es schon spannend, dass Sie diese Antwort nicht geben mögen, ob auch Sie sich dazu äußern würden. Trotzdem ... Das mögen andere Sie fragen. Ich würde trotzdem mich auf eine Antwort freuen.

Zum Thema Inklusion haben wir zwar in der letzten Anhörung sehr, sehr viel gesagt, aber mein Kollege Herr Hartung wird dann immer schon ganz unruhig, wenn behauptet wird, wir würden Inklusion gar nicht in der Universität verankern. Und deswegen würde ich ihn vielleicht ergänzend noch bitten, bevor meine Kollegin Fegebank vielleicht abschließt, noch einmal darzustellen, dass selbstverständlich das Studium an der Grundschule, das Grundschullehramt, aber selbstverständlich auch im weiterführenden Bereich das Thema Inklusion und – man darf es ja nicht immer so verengen – Heterogenität ... Es wurde auch bei der Bürgeranhörung einmal das Wort Begabtenförderung genannt. Dass das in der Tat eine größere Rolle spielt als bisher, dafür haben wir gesorgt. Herr Hartung, vielleicht mögen Sie das noch kurz erläutern.

**Herr Hartung:** Das kann ich gern tun. Ich würde gern noch einmal darauf hinweisen, dass das Thema Inklusion, Heterogenität sicherlich in den drei Phasen betrachtet werden muss insgesamt. Man geht hinlänglich davon oder viele Menschen gehen davon aus, dass mit der universitären Ausbildung hier eine Vollqualifikation stattgefunden hat. Ich glaube, was die erste Phase leisten kann, ist, hier herzustellen eine Deutungshoheit der Absolventinnen und Absolventen, dass sie sich sicher in diesem Feld bewegen können, dass sie verstehen,



worum es dabei geht, und in den ersten Praxiskontakten auch tatsächlich realisiert haben, was das im Alltag bedeuten kann.

Dann kommt die zweite Phase. Die ist dafür zuständig, nicht mehr die Deutungshoheit, sondern die Handlungshoheit herzustellen. Und das muss dann in der dritten Phase gesichert werden. Das ist, glaube ich, die Abstufung, die auch Herr Baumert hier als Experte auch noch einmal nahegelegt hat oder dargelegt hat.

Im Studium selbst wird gern darüber gesprochen, wie viele Leistungspunkte haben wir denn da, aber niemand sagt so richtig, was bedeutet das denn. 36 Leistungspunkte, das ist erst einmal quantitativ im bundesweiten Vergleich relativ viel. Damit ist Hamburg recht gut ausgestattet. Das muss man auch einmal sagen. 36 Leistungspunkte ist aber ganz, kann ganz unterschiedlich ausgelegt werden. Das können sechs, können irgendwie, ich weiß nicht, sieben Veranstaltungen sein mit 1 000 Menschen im Hörsaal oder es können kleinere Veranstaltungen sein mit intensiven Austauschmöglichkeiten.

Und das Thema Intensität – das ist heute noch gar nicht angesprochen worden –, auch das ist in der Drucksache verortet in dem Kapitel, ich glaube, 7, vorletztes Kapitel. Und dort ist beschrieben, dass die Intensität erhöht werden soll. Das heißt, dass die Möglichkeiten erhöht werden sollen, sich mit einem Gegenstand, in dem Fall Inklusion, Heterogenität, intensiver zu befassen, als dies vorher der Fall war.

Und in der universitären Ausbildung selbst passiert das dann in verschiedener Form. Es muss sicherlich spezifische Veranstaltungen geben, um hier Grundlagen legen zu können. Es muss aber auch – und das ist eine große Herausforderung – diese Expertise in die Fachdidaktiken transferiert werden. Und das ist auch eine Herausforderung für diejenigen, die hier Lehre anbieten. Die Universität ist da intensiv in einem Prozess, der nicht zuletzt von der Qualitätsoffensive Lehrerbildung begleitet wird. Dazu können sicherlich die Kollegen von der Universität noch Näheres anführen, aber hier ist ein Prozess im Gange, der sicherlich eine gewisse Zeit auch benötigt, so wie wir auch in der Schule Zeit brauchten, uns nach Konzepten umzuschauen, wie wir mit dem Phänomen der Inklusion bestens umgehen. So viel vielleicht an der Stelle.

**Senatorin Fegebank:** Unabgesprochen mit dem Kollegen Rabe hatte ich einen ähnlichen Impuls. Ich hätte Sie auch gern zurückgefragt, wie es denn die CDU mit dem Schulfrieden jetzt und auch über 2020 hinaus hält. Auch da kann man sicherlich in Zukunft noch einmal ein bisschen intensiver drüber sprechen. Und dann interessiert mich natürlich, was bei Ihnen diese Frage überhaupt hervorruft oder was den Verdacht nährt, dass wir im Verdacht stünden, nicht zum Schulfrieden zu stehen. Ich bin darüber einigermaßen erstaunt, muss ich sagen, weil das etwas ist, was wir maßgeblich ja auch mitgetragen haben und was sich jetzt auch bewährt hat.

Ich bin tatsächlich erstaunt über die rhetorische Aufrüstung, die seit einiger Zeit gerade mit Blick auf die Debatte, die wir rund um die Reform der Lehrerinnenbildung führen, auch von Ihrer Seite, betrieben wird. Und ich habe große Schwierigkeiten, da eine wirklich sachlich fundierte Debatte dann noch ernst zu nehmen, wenn ich seit Tagen oder Wochen immer wieder von Einheitslehrern, von Gymnasiallehrern light et cetera höre. Da werden Bilder aufgebaut, die sich in keiner Weise mit dem decken, was wir hier als Grundlage vorgelegt haben. Wir haben eine Schulstruktur. Wir haben einen Schulfrieden. Wir haben gehört, was sich hier über die letzten Jahre an positiven Entwicklungen an all unseren Schulen, sicherlich immer mit Luft nach oben – das ist auch immer der Ehrgeiz des gesamten Senates, das hat Senator Rabe auch sehr deutlich gemacht –, zum Guten entwickelt hat. Und wir haben jetzt eine Drucksache, bei der es darum geht, Vorgaben der KMK umzusetzen und unser Lehramt auf die veränderte Schulstruktur, die wir haben seit einigen Jahren, tatsächlich so vorzubereiten, dass wir künftig noch besser sind in allen Bereichen. Und wo da die Vermutung, der Verdacht, die Unterstellung herkommt, wir würden das infrage stellen, das

frage ich Sie allen Ernstes. Ich hätte mir gewünscht, hier eine etwas fundiertere und sachliche Debatte entlang dieser Vorlage zu haben, die durchaus auch dem Rechnung trägt, was an kritischen Einlassungen gekommen ist – wir haben das versucht aufzugreifen und abzubilden – und bin einigermaßen erstaunt über die Frage, die Sie mir hier stellen, muss ich ganz ehrlich sagen.

**Vorsitzende:** Frau Stöver hatte sich noch einmal gemeldet.

**Abg. Birgit Stöver:** Also das muss ich jetzt ganz ehrlich sagen, ich weiß nicht, wo die Schärfe herkommt. Ich habe mich sachlich mit der Drucksache auseinandergesetzt. Wir haben uns in Expertenkreisen sachlich mit der Drucksache auseinandergesetzt. Wir hören aus Schulen, wir hören aus Lehrerkreisen, aus Elternkreisen genug, um diese Vermutung oder diesen Glauben an den Einheitslehrer, der eben halt tatsächlich zur Einheitsschule führen könnte ... Und da LINKE und GRÜNE propagieren das gemeinsame Lernen und auch – wir haben es heute in den Statements oft genug gehört –, dass es auch sein kann, dass wir ein Lehramt für alles machen. Und dann haben wir tatsächlich das Lehramt von Klasse 1 bis Klasse 13 durch. Und da ist ja die Skepsis bei Senator Rabe auch schon gewesen. Wie kann es sein, dass wir noch ein Grund- und Mittelstufenlehramt haben. Und ehrlich gesagt, ich bin in meinen Statements nicht darauf eingegangen, was wir aus der Drucksache begrüßen. Ich glaube auch nicht, dass das heute die Sitzung deswegen verlängern sollte, was wir alles begrüßen an dieser Drucksache, sondern ich habe lediglich den Knackpunkt herausgegriffen, der uns stört, wo wir glauben, dass er nicht die richtige Weichenstellung ist. Und ich glaube, das müssen Sie mir auch sachlich zugestehen. Dass ich hier unsachlich bin ... Ich glaube, dass ich in keinem (...) stehe, selbst in meiner Person als unsachlich dargestellt zu werden. Das finde ich ehrlich gesagt auch eine Unterstellung, die ich ganz entschieden zurückweise. Und die CDU steht ganz deutlich zum Schulfrieden. – Danke schön.

**Vorsitzende:** Frau von Treuenfels.

**Abg. Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein:** Vielen Dank. Nachdem sich ja heute alle noch einmal eingangs wie ein Glaubensbekenntnis zum Schulfrieden geäußert haben, glaube ich, brauche ich das jetzt nicht noch einmal zu tun, weil das eh jeder weiß. Es ist wirklich gewünscht. Ich glaube nicht, wir wollen das hier, glaube ich, jetzt hier auch nicht zu einem ideologischen Graben verkommen lassen. Wir sollten uns jedenfalls bemühen. Das geht jetzt mal auch an Sie, Frau Fegebank. Wir wissen ganz genau – und dazu sollten Sie auch ruhig stehen –, dass die GRÜNEN – und das finde ich viel besser, wenn man es zugibt, als es nicht zu tun – doch für längeres gemeinsames Lernen sind, genau wie DIE LINKE, die es jedenfalls immer und deutlich zugibt, und da kann man sich viel besser mit auseinandersetzen, als wenn immer das Gegenteil behauptet wird.

Wir, und das finde ich, ehrlich gesagt, ... das muss ich nochmal vorneweg sagen, hier gab es sehr viele Bürgerinnen und Bürger, die sich hier heute geäußert haben, die genau diese Sorge heute hier vorgetragen haben. Und dann zu sagen, das sei eine unsachliche Aufrüstung. Das haben ja nicht nur wir vorgetragen, wir haben ja bis jetzt hier noch gar nichts gesagt, sondern es haben auch Bürgerinnen und Bürger vorgetragen. Das finde ich schon ein bisschen schwierig, insbesondere dann, wenn man ja eigentlich so eine öffentliche Anhörung gar nicht wollte, dann muss man sich vielleicht auch ein bisschen gefallen lassen, was da so kommt. Das gilt natürlich auch für uns, denn wir haben ja auch zur Kenntnis genommen, dass es auch einige hier gibt oder auch sogar viele, die sich für Ihre Reform ausgesprochen haben.

Ich möchte jetzt trotzdem einmal hier als Fazit wagen – und ich hoffe, dass Ihnen das jetzt nicht wieder zu quer kommt –, dass ich ganz ehrlich glaube, diejenigen, die dafür sind, sind auch diejenigen, die sich ganz gut vorstellen können, dass diese beiden Schulformen dann einmal irgendwann einfach in eine verschmelzen. Da muss man sich gar nicht unbedingt zur

Schule für alle jetzt bekennen oder sagen, wir wollen die Einheitsschule, das kommt dann nämlich alles ganz von allein. Und ich glaube, das ist eine Sorge, die wir hier berechtigterweise vortragen, und davon wird uns auch keiner abhalten und es ist auch kein Aufrüsten, sondern das ist einfach unsere Auffassung und da bitte ich doch auch einmal um Toleranz, dass man da vielleicht ein bisschen anders denken kann als Sie.

Und das Zweite ist, dass diejenigen, die dagegen sind, aus verschiedenen Gründen möglicherweise dagegen sind, doch vielleicht diejenigen sind, die sich wünschen, dass eben dieses Zwei-Säulen-System, was Hamburg ja auszeichnet, auch wirklich vorangebracht wird und nicht nur so bestehen bleibt, wie es jetzt denn eben ist, denn da besteht ja noch Nachholbedarf. Und dass das im Moment noch nicht so ist, dass der Studiengang unterschiedlich ist, umso mehr, wir hätten hier die Chance gehabt, denn wir haben seit 2011 die Stadtteilschule und die Chance wäre genau jetzt da und gewesen, da so zu differenzieren und nicht wieder im bösen Sinne zu differenzieren, dass die einen besser oder schlechter sind, sondern im guten Sinne sich darauf einzustellen, dass die Stadtteilschule in der Sekundarstufe I möglicherweise einfach andere Herausforderungen hat. Und solange das so ist, hätte ich schon erwartet, dass wir da auch eine differenziertere Lehrerbildung voranbringen. Das ist unser Antrieb gewesen. Auch wir haben am Freitagnachmittag oder -abend andere Sachen zu tun, als hier uns da einmal mit Ihnen über diese Dinge auszutauschen, weil wir ja, glaube ich, alle miteinander ganz genau wissen, was wir denken über diese Themen. Und ich finde es, ehrlich gesagt, ein bisschen schwierig, wenn wir uns jetzt noch einmal so von Anfang an alles irgendwie wieder an den Kopf hauen. Ich möchte damit schließen, dass ich froh bin, dass heute so viele Bürger dagewesen sind und dass sie ihre Meinung gesagt haben und ich bin froh, dass beide Seiten sozusagen zu Worte gekommen sind, wie ich fand, sehr gleichberechtigt.

Ich möchte noch einmal zu Senator Rabe sagen, ich habe hier, von uns jedenfalls, doch von niemandem gehört, dass irgendjemand gesagt hat, er fände das schlecht, dass hier das Grundschulamt irgendwie eine eigene Stellung bekäme, im Gegenteil, das begrüßen wir sehr und das haben wir auch gesagt. Es gibt einen einzigen Teil in dieser Reform, die wir nicht gut finden und die haben wir ja, glaube ich, sehr deutlich vorgetragen. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Herr Wolf als Nächstes dann.

**Abg. Dr. Alexander Wolf:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Drei Punkte. Kritik, aber auch Positives zum Senat, auch wenn Sie das vielleicht überraschen wird.

Erstens: Kritik. Die Wortbeiträge waren, das klang schon an, sehr unterschiedlich und haben sehr interessant von einer Reihe von Bürgern unterschiedliche Aspekte beleuchtet.

(Zuruf: Sie waren gar nicht da!)

– Ich habe die wesentlichen Dinge verfolgt.

Einige der Wortbeiträge bestätigen unsere Sorge, dass ein einheitliches Lehramt für Gymnasien und Stadtteilschulen den unterschiedlichen Schwerpunkten der Schulen nicht gerecht wird, ohne dass ich jetzt den Begriff Einheitsschule noch einmal verwenden will. Dazu ist schon vieles gesagt worden, das will ich jetzt nicht wiederholen.

Zwei positive Punkte, die es lohnt an der Stelle auch einmal hervorzuheben. Wir begrüßen ausdrücklich beim Grundschullehramt, dass dort die Fächer Mathe und Deutsch verbindlich und verpflichtend zu Schwerpunkten gemacht werden. Das halten wir unbedingt für einen richtigen Weg.

Und drittens, wir begrüßen, dass nicht nur weiter das Lehramt Sonderpädagogik als Lehramt weitergeführt wird, sondern auch die ausdrückliche Aussage oder das Bekenntnis von Herrn Senator Rabe, dass Sie anders als einige auch der Wortbeiträge es anklingen haben lassen,

das Sie auch die Sonderschulen dauerhaft als Sonderschulen erhalten wollen, Stichwort Wahlmöglichkeit für Eltern und Schüler. – Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Frau Duden.

**Abg. Barbara Duden:** Ja, Danke schön. Ich bin, das muss ich noch einmal ausdrücklich sagen, Steffi von Berg sehr dankbar gewesen, dass sie am Anfang noch einmal deutlich gemacht hat, dass das hier heute nicht eine Diskussion war, die wir sozusagen zum ersten Mal mit der Öffentlichkeit geführt haben, sondern dass wir uns im Vorfeld der Diskussion, die wir ja auch schon seit fast zwei Jahren führen, sehr wohl – oder über zwei Jahre – auch mit 80 verschiedenen Organisationen Stellungnahmen abgefragt haben und vieles andere. Es ist also nicht so, dass der Ausschuss sich heute sozusagen das erste Mal mit der Öffentlichkeit in dieser Frage auseinandergesetzt hat und dann völlig erstaunt ist darüber, was denn hier heute nun vorgetragen worden ist. Das will ich als Vorbemerkung dazu sagen. Ich glaube, das ist eine der Diskussionen, die wir uns im Schulausschuss alle miteinander, sage ich ganz ausdrücklich, sehr, sehr, sozusagen, schwer gemacht haben und unglaublich lange darüber diskutiert haben. Und ich denke, das muss man hier noch einmal ganz deutlich sagen.

Frau Stöver hat ja dann dem Schulsenator vorgeworfen, sage ich einmal ganz vorsichtig, dass er so viel glaubt. Sie haben es dann ja auch selbst in Ihren Worten immer gesagt. Und ich sage das einmal so ein bisschen ironisch, der Schulsenator darf glauben. Er ist als einziger von uns Religionslehrer. Aber das nur einmal als Einlassung, dazu vielleicht auch zur späten Stunde dann nicht ganz ernst gemeint. Aber ich glaube, dass wir alle auch in den Diskussionen, auch in dem, was wir gemacht haben in der Schulpolitik in den vergangenen Jahren, immer wieder deutlich gemacht haben, dass uns die Stärkung der Stadtteilschule sehr, sehr wichtig ist. Und ich glaube, dass das auch hier ein weiterer Schritt der Stärkung der Stadtteilschulen ist.

Wir haben ja heute hier doch, sage ich einmal, nicht so einheitlich, wie wir das am Anfang der Diskussionen gedacht haben, heute viele besorgte Eltern, viele besorgte Bürger gehört, aber auch engagierte Lehrerinnen und Lehrer. Und ich war für jeden Wortbeitrag sehr dankbar, weil er nämlich auch deutlich gemacht hat, dass das, was vielleicht die Opposition sich hier vorgestellt hat, dass hier 100 Leute sitzen und von denen 95 uns erzählen, dass wir uns irren, dass das, was wir hier machen wollen, verkehrt ist. Das ist ja nicht eingetreten. Das muss man auch noch einmal ganz deutlich sagen. Wir haben irgendeine Strichliste geführt und das war irgendwie 11:8, sage ich einmal, wenn ich das jetzt im Fußballergebnis, das vielleicht dem HSV nicht so nahekommt, aber noch einmal deutlich sagen kann, das heißt, die Einheitlichkeit, die man hier sich erhofft hat, sozusagen als einen Aufschrei aller besorgten Bürger, ist ja gar nicht so eingetroffen. Das, finde ich, muss man doch auch noch einmal hier deutlich machen können.

Was uns, und das sage ich einmal für meine Fraktion, so ein bisschen irritiert, ist ja in der letzten Zeit auch dieser Begriff, nach der ersten Anhörung gab es plötzlich den Gymnasiallehrer light. Wir haben Protokolle gewälzt und festgestellt, das gibt es nicht. Das ist ein Begriff, der sozusagen in diese Diskussion eingeführt wurde, um von vornherein deutlich zu machen, dass das, was wir hier wollen und was Schulen in Hamburg stärken wird, für viele einfach wahrgenommen wird als etwas, das sozusagen nicht so das Richtige ist, sage ich einmal. Und dann gibt es die neuen Begriffe, und das sage ich auch noch einmal ganz deutlich, nämlich, dass jetzt neuerdings von Einheitslehrern die Rede ist, soll implizieren, dass es auch Einheitsschulen gibt, und das ist eigentlich ein Kampfbegriff. Und zwar einer der Kampfbegriffe, nicht von uns, sondern der deutlich machen soll, dass das, was wir wollen, eigentlich in den Augen vieler, ich sage einmal, die sich nicht vorstellen, ihre Kinder vielleicht auch an sozialen Brennpunkten einschulen zu müssen, dazu beiträgt, dass Hamburgs Schulsystem sich, nachdem, was wir jetzt erlebt haben, dass es immer bergauf geht, dann sozusagen wieder rückwärts entwickelt. Und ich finde, das ist auch sehr unredlich

und das sollten wir auch nicht sitzen lassen. Und ich bin auch all denjenigen sehr dankbar, die das in der Diskussion auch noch einmal deutlich gemacht haben.

Und was auch neu ist neben diesen Kampfbegriffen, die jetzt in die Diskussion mit eingebracht werden, ist die Verknüpfung, die plötzlich auch so ein bisschen vom Himmel gefallen ist, dass wir nach zwei Jahren uns überlegen, dass, wenn wir über Schüler- und Lehrerbildung reden, dass das in Wirklichkeit vielleicht den Schulfrieden infrage stellen könnte. Und deshalb, das sage ich ausdrücklich an Frau Stöver, das ist sozusagen auch das Lob von mir am späten Freitag, bin ich noch einmal dankbar dafür, dass Sie auch deutlich gemacht haben, dass Sie zum Schulfrieden stehen. Ich hatte so in den Diskussionen der letzten Tage und Monate auch manchmal ein bisschen den Eindruck, dass Sie uns sozusagen durch die Hintertür dann vorwerfen würden, dass wir den leichtfertig aufs Spiel setzen. Aber das hat Senator Rabe ja auch ganz deutlich gemacht, das haben auch wir in den Diskussionen und in dem, was wir in der Schulpolitik positiv auch tun, auch immer wieder deutlich gemacht, dass uns der Schulfrieden sehr viel wert ist, und deshalb bin ich auch dankbar, dass Sie das heute Abend hier erklärt haben, dass Sie da sozusagen an unserer Seite sind.

Lehrerbildung und die Diskussion um Lehrerbildung ist natürlich nicht das Ende der Schulpolitik und ich glaube, wir haben heute auch durch viele ernst zu nehmende Hinweise auch einen Hinweis darauf bekommen, dass wir natürlich auch uns überlegen müssen, wenn wir Lehrer gleich ausbilden, dann müssen wir Lehrer auch irgendwann gleich bezahlen. Und ich glaube, das ist auch einer der Punkte, die wir sozusagen als einen Arbeitsauftrag für später noch mitnehmen können. Ich könnte noch sehr viel mehr Sachen sagen, weil, wir haben ja auch lange zugehört und lange geschwiegen, ich bedaure, dass viele der sehr engagierten Rednerinnen und Redner jetzt nicht dabei sind, die Diskussion auch zu Ende zu verfolgen. Das finde ich schade, aber – ja – das war es erst einmal von mir.

**Vorsitzende:** Herr Oetzel, bitte.

**Abg. Daniel Oetzel:** Vielen Dank. Ich glaube, zu diesem Zeitpunkt ist auch wirklich viel gesagt, viele Fragen sind gestellt und auch beantwortet worden, auch mehrfach. Ich glaube, an manchen Stellen ist vielleicht auch einfach ... sind die Informationen sozusagen auch so weit ausgetauscht, deshalb möchte ich auch nicht mehr sehr tief inhaltlich einsteigen, aber an manchen Stellen oder zu manchen Dingen, die gesagt worden sind, möchte ich dann doch noch einmal was sagen, und zwar einmal zu dem, Frau Duden, was Sie gerade gesagt haben, dass irgendwie der große Aufschrei ausgeblieben ist. Es ist ja ..., das mag sein, aber es ist ja auch nicht immer nur so, dass es nur irgendwie totale Zustimmung und einen totalen Aufschrei gibt, ja. Es ist ja auch nichts, was wir irgendwie propagiert haben, dass es so sein könnte, sondern ich glaube, wir haben hier heute relativ ausgewogen von beiden Seiten noch einmal die Bedenken gehört. Da waren sehr starke Bedenken, da waren auch Leute, die Ihre Reform gut fanden, da waren auch Leute, die haben gesagt, es geht noch nicht weit genug. Insofern glaube ich, dass man hier nicht rausgehen kann heute und sagen kann irgendwie, dass die Öffentlichkeit in Gänze sehr zufrieden ist mit der Reform. Also insofern gibt es nicht nur Aufschrei und alles ist gut, sondern es gibt auch irgendwie einen Mittelweg und ich glaube, den haben wir ja hier heute auch erlebt.

Und an zwei Argumentationssträngen von Senator Rabe möchte ich noch einmal anknüpfen, und zwar Herr Rabe, dass Sie gesagt haben, Sie können nicht verstehen die Vehemenz, mit der der Reform widersprochen wird vor dem Hintergrund, dass es ja nur 3,33 Prozent seien, die hier der Unterschied gewesen wäre zwischen zwei verschiedenen Lehrämtern. Diese Aussage bezieht sich natürlich nur auf den von der Expertenkommission vorgeschlagenen Entwurf und nicht auf mögliche weitere Kombinationen, auf die man in einem weiteren Prozess der Aushandlung, wie denn die Lehrerbildung zukünftig hätte aussehen können, auch weiterkommen können. Deshalb glaube ich, dass möglicherweise Sie etwas ... oder Ihre Argumentation etwas zu kurz greift, denn ich kann mir durchaus vorstellen, dass

diejenigen, die hier in dieser Runde sich gegen die Reform ausgesprochen haben, sich auch durchaus wünschen würden, dass der Unterschied größer als 3,33 Prozent wäre. Insofern finde ich es nicht korrekt zu sagen, es könnten ja höchstens so viel sein, weil der Vorschlag der Expertenkommission offensichtlich ja unabänderlich gewesen wäre, wenn es jetzt nicht so wäre, wie wir es jetzt machen.

Also da möchte ich vielleicht noch einmal darauf hinweisen, dass ich das ... den Argumentationsfaden da nicht unbedingt aufnehmen kann, den Sie da spinnen. Und genauso an einer zweiten Stelle, das hat eben auch Frau von Treuenfels auch schon gesagt, nämlich, Ihr Satz, den Sie eben noch einmal gemacht haben, dass Sie auch nicht nachvollziehen können, warum es bisher keine großen Proteste gegen das LA PriSe, also das alte Lehramt für Primar- und Sekundarstufe I gegeben hat von unserer Seite. Und da muss ich sagen, also ich glaube, dieser Vorwurf, der greift recht kurz, weil wir ja mehrfach auch im Rahmen der Erörterung dieser Reform darüber gesprochen haben, dass Hamburg als eines der letzten Länder sich hier auf den Weg macht, diesen KMK-Beschluss umzusetzen und insofern nicht nur aus den Reihen der Opposition, sondern auch aus den Reihen der Regierung und auch aus den Reihen des Senats mit der Abkehr von diesem alten Modell sich sehr viel Zeit gelassen wurde und wir möglicherweise nicht in einer Lautstärke, die für Sie hörbar war, dagegen protestiert haben, aber wir von Ihnen auch nicht in einer hörbaren Lautstärke in den letzten Jahren hier große Reformbemühungen wahrnehmen konnten. Sonst wären wir ja auch nicht die Letzten, die diesen KMK-Beschluss umsetzen. Und dass wir uns für das neue Grundschullehramt auch durchaus Freunde dessen sind, das haben wir ja auch schon mehrfach angeführt.

Eine letzte Frage habe ich dann doch noch. Herr Rabe, Sie hatten eingeleitet Ihren Vortrag damit, dass Sie froh waren oder dass Sie es gut finden, dass heute diese Anhörung stattgefunden hat, das hat mich auch sehr gefreut, dass Sie das gesagt haben, und haben gesagt, Sie nehmen noch einiges mit und Sie nehmen von den vielen Dingen, die hier gesagt worden sind, einiges in die zukünftigen Überlegungen, in die weitere Ausgestaltung mit. In dem Vortrag, den Sie danach gehalten haben, ist aber nicht so recht deutlich geworden, welche – mir zumindest nicht – Vorschläge, die gemacht worden sind, jetzt konkret noch einmal in Ihre Überlegungen einfließen. Deshalb möchte ich Sie einfach noch einmal fragen, welche von den Dingen und von den Vorschlägen, die hier heute genannt worden sind, Sie konkret für sich mitnehmen in die weitere Fortentwicklung des Lehramtsstudiums. – Danke.

**Vorsitzende:** Herr Senator.

**Senator Rabe:** Vielen Dank, Herr Oetzel. Lassen Sie mich zumindest drei Punkte nennen, die wir für eine wichtige Aufgabe auch für die Zukunft halten und die aus meiner Sicht auch aus einigen ... bei einem Punkt sogar aus mehreren Beiträgen herausgeklungen sind.

Der erste Punkt betrifft die Frage nach der Verankerung der Inklusion im Studium. Hier hat Herr Hartung dargestellt, dass wir nicht nur in ECTS-Punkten und damit in diesen entsprechenden Umfängen denken müssen, sondern dass wir darüber hinaus auch die Dimension der Qualität haben, der Intensität von Studienangeboten. Und das ist ein Punkt, der jetzt in der weiteren Umsetzung natürlich konkretisiert werden muss. Wenn wir sagen, das ist eben nicht dasselbe, wenn man eine Vorlesung mit mehreren hundert Kommilitoninnen und Kommilitonen besucht, sondern wenn man in kleinen Gruppen mit den entsprechenden Dozenten, Professoren intensiv arbeitet, dann ist das jetzt aber eine Herausforderung an alle Beteiligten, insbesondere an die Universität Hamburg, diese Intensität dann auch umzusetzen. Sicherlich eine Baustelle, an der wir jetzt in Zukunft auch arbeiten wollen und arbeiten müssen.

Ein weiterer Punkt betrifft die mehrfach angesprochene Frage, wie geht es jetzt weiter in Bezug auf die weiteren Ausbildungsgänge. Lehrerinnen und Lehrer, das sagte ich eingangs,

lernen – ich glaube, das sagten mehrere Experten – in Wahrheit ihr Leben lang. Es ist kein Beruf in dem Sinne, der irgendwann zu Ende ist. Die Vielfalt der Situationen ist unendlich, die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler, ihrer Sorgen, ihrer Chancen, ihrer Risiken, ihrer Fähigkeiten ist unendlich und sich darauf immer wieder aufs Neue einzustellen, verlangt auch jemanden, der sein ganzes Leben lang auch entsprechend lernt.

Diese Phasen der folgenden Ausbildung – das Referendariat ist mehrfach genannt worden – entsprechend auszurichten auf das neue Angebot, aber auch die dann folgenden Fortbildungen, denn wir wissen ja, es ist ja schon seit langer Zeit so, dass Lehrkräfte in Hamburg in der Regel 30 Stunden im Jahr an Fortbildungsveranstaltungen besuchen, wie man das passgenau aufeinander abstimmt, das ist eine Aufgabe, die noch vor uns liegt, die wir nicht leugnen – das hatte ich auch eingangs gesagt –, die auch die Experten anmahnen, dass sie erledigt werden muss. Aber das ist etwas, was zurzeit noch nicht in diesem Maße durchgeplant ist, sondern wo wir uns auf den Rat der Experten stützen und sagen, das muss jetzt mit Sorgfalt angegangen werden. Auch ein Punkt, der ebenfalls hier angesprochen worden ist.

Ein letzter Punkt sei auch noch genannt worden, er fiel hin und wieder, ist die schwierige Besoldungsfrage, die wir jetzt im Moment doch in wachsender Intensität in Deutschland diskutieren. Wir müssen zwar nicht so tun, als ob an dieser Besoldungsfrage Hamburgs Wohl und Wehe in Bezug auf die Lehrerversorgung hängt, aber es lässt uns nicht unberührt, wenn einzelne Länder, die zum Teil aber auch in der Vergangenheit sich eher versündigt haben – das will ich in der Schärfe auch sagen – in Bezug auf die Lehrerbeseoldung, jetzt in einer Wucht umsteuern, die uns nicht unberührt sein lassen kann. Es ist hier mehrfach angesprochen von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern, dass wir das natürlich sorgfältig beobachten, dass wir auch Kontakt aufgenommen haben zu einer Reihe von Ländern, was die da genau machen, auch eine Aufgabe, mit der wir es in Zukunft zu tun bekommen. Es gibt sicherlich weitere Punkte, aber verzeihen Sie, wenn ich jetzt nicht sofort alle nennen kann, die drei sind mir jedenfalls spontan erinnerlich.

**Vorsitzende:** Frau Boeddinghaus.

**Abg. Sabine Boeddinghaus:** Ja. Auch ich möchte mich bedanken bei allen, die zu dieser Anhörung gekommen sind und ihre Meinung kundgetan haben, obwohl ich noch einmal auch ganz deutlich unterstreiche, dass ich dieser Anhörung nicht zugestimmt habe, weil, ich fand, dass der Anlass, die Überschrift – das ist ja jetzt schon hinreichend diskutiert worden – nicht ..., also dem bin ich nicht gefolgt. Ich finde, das ist völlig daneben, diese Debatte in der Stadt so aufzuladen, dass man wirklich im Vorfeld den Eindruck hatte, hier boomt das Rathaus. Also das muss man wirklich noch einmal sagen, und so ist es ja nicht, im Gegenteil, ich begrüße die Entscheidung des Senates wirklich ausdrücklich und ich finde, wir haben viele fundierte Stellungnahmen gehört, die das auch noch einmal fachlich begründen. Denn ich finde, darum sollte es ja auch wirklich gehen, dass man sich dann darüber austauscht und durchaus auch gern kontrovers diskutiert, wie unsere Kinder die bestmögliche Bildung und Ausbildung bekommen von gut ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und nicht, dass man eine Debatte führt über Konstrukte wie Schulfrieden, über Schulformen retten. Denn man könnte jetzt genauso FDP und CDU und auch AfD sagen, dass sie versuchen, immer so zu tun, als ob die Stadtteilschule sich eigentlich wieder auf den ersten und zweiten Bildungsabschluss konzentrieren sollte, könnte man auch als Angriff auf den Schulfrieden werten, weil nämlich die Stadtteilschule explizit das Abitur anbietet, sie bietet alle Abschlüsse an. Und immer aber zu betonen, das Abitur wäre ja so überbewertet und man sollte sich wieder konzentrieren auf die eigentlichen Kernaufgaben der Stadtteilschule, das diskriminiert wirklich alle, die in den Stadtteilschulen arbeiten, das diskriminiert auch mich ganz persönlich als Mutter, die ihre Kinder ganz bewusst an diese Schulform schickt, weil, alle Kinder, die zu einer Stadtteilschule gehen, haben das Recht auf den bestmöglichen Abschluss, den sie wählen wollen, und der muss von der fünften Klasse an auch gut dann auch angeboten werden. Das möchte ich noch einmal deutlich sagen. Also

wenn jetzt hier schon diese Rhetorik von Schulfrieden, dann kann man Ihnen das genauso zurückgeben, dass Sie es nämlich von der anderen Seite probieren, diesen Schulfrieden immer wieder anzugreifen. Von daher finde ich wirklich, dass diese Maßnahme eine deutliche Stärkung der Stadtteilschule ist. Ich bin mit dem Senat oft nicht einer Meinung von ... was er so meint, wie man die Stadtteilschule stärken könnte, aber das, finde ich, ist wirklich ein richtiger Schritt.

Und ich möchte eigentlich noch einmal, bevor ich mich jetzt noch weiter aufrege, noch einmal einfach noch eine Frage stellen zum Schluss. Herr Brunner hatte darauf hingewiesen, und mich macht das schon nachdenklich, wie man damit umgeht, wenn jetzt die Grundschule abgetrennt ist und ab 5 quasi ein neues Leben anfängt, wie man aber noch quasi Wissen in die weiterführende Schule rüberbringt aus der Grundschulpädagogik, weil eben viele Kinder doch noch den Anschluss brauchen in der fünften Klasse. Und er hatte vorgeschlagen, ich habe es mir jetzt, glaube ich, nicht richtig ganz gut gemerkt, aber dass es so eine Grundausbildung geben könnte ja noch von Grundschulpädagogik auch in dem Sek-I-Lehramt. Ich konnte es nicht genau mitschreiben, aber ich glaube, so in dem Sinne hat er das gemeint, dieses Übergangswissen zu organisieren zwischen den Übergängen 4/5. Und von daher würde ich da gern noch einmal von Ihnen eine Bewertung zu hören, weil, die müssen das ja ernst nehmen, es ist ja Fakt, dass nicht alle Kinder wirklich, wenn sie von 4 nach 5 gehen, schon sofort mit dem Stoff in 5 beginnen können.

**Vorsitzende:** Herr Senator, Sie antworten?

**Senator Rabe:** Also es ist schon richtig, dass wir die Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer so weit auch im Studium schon befähigen wollen und vorbereiten wollen auf ihre Aufgabe, dass dazu auch zählt, die Übergänge mit in den Blick zu nehmen. Wir haben das jetzt in dem Text verankert als Auftrag. Sie finden es in der Drucksache auf Seite 7 unter dem Ordnungspunkt 5.2 Lehramt an Grundschulen, wo wir nicht nur die ECTS-Punkte und all das genauer auflisten, sondern wo wir extra noch einmal in einem Absatz schreiben, ich zitiere: "Die Ausbildung", ich ergänze: zur Grundschullehrkraft, "wird derart ausgestaltet, dass den Übergängen sowohl in die erste Klasse als auch in die fünfte Klasse eine besondere Beachtung zukommt." Hier geht es uns darum, dass wir jetzt die Ausbildung zwar konzentrieren auf die Grundschulform, dass wir aber selbstverständlich die Lehrkräfte so weit im Studium befähigen wollen, dass sie auch eine Vorstellung davon haben, welche Anforderungen in der weiterführenden Schule zumindest im unmittelbaren Anschluss auf die Schülerinnen und Schüler zukommt und sich deshalb auch in ihrem Unterricht ein Stück weit daran orientieren können. Das ist, das gebe ich Ihnen zu, hinreichend knapp und unkonkret, aber es ist zumindest als Merkpunkt hier mit aufgeschrieben worden. Und wenn Sie die Texttiefe insgesamt betrachten, eigentlich auch, wie ich finde, in der richtigen, wie soll ich einmal sagen, sprachlichen Deutlichkeit als Merkpunkt eben, dass das in der Ausbildung durchaus Berücksichtigung findet. Insofern mag es vielleicht aus Ihrer Sicht noch nicht genug sein, aber daran gedacht haben wir, dass dieser Aspekt mit im Studium berücksichtigt wird.

**Vorsitzende/Abg. Dr. Stefanie von Berg:** Gut. Da alle schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher etwas gesagt haben, möchte ich ganz zum Schluss auch noch ganz kurz etwas sagen. Ich möchte nur deutlich machen, dass ich der Auffassung bin, dass diese Drucksache eine realpolitisch kluge Drucksache ist, die tatsächlich, ich finde, ideologiebefreit ist, und ich bin sehr froh, dass wir uns über zwei Jahre damit Zeit genommen haben, viele Aspekte, viele Perspektiven einbezogen haben, die Zivilgesellschaft wirklich breit einbezogen haben, Interessenverbände einbezogen haben und durchaus auch in einigen Punkten daraus gelernt haben und das angepasst haben. Und ich glaube, das ist wirklich eine Drucksache, die diese zentrale Frage für die Zukunft gut klärt und gut regelt. Und einiges wird mit Sicherheit nach dem Motto, Wege entstehen beim Gehen, sich auch noch einmal verändern, noch einmal angepasst werden. Das ist ja alles ... einige Punkte haben noch Spielraum und ich bin mir sicher, dass sowohl die Universität als auch die Behörde für Schul- und Berufsbildung und das Landesinstitut klug mit umgehen werden und wir eine zukunftsfähige



Lehrerbildung bekommen, damit Hamburgs Schulen leistungsgerecht oder leistungsstark und bildungsgerecht werden.

Gut. Dann kommen wir jetzt zu den Beschlüssen. Der Wissenschaftsausschuss muss zuerst beschließen, weil er mitberatend ist. Herr Oetzel.

**Vorsitzender:** Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. Wir kommen dann heute dazu nach der öffentlichen Anhörung, dass wir die Selbstbefassung abschließen, dem federführenden Schulausschuss entsprechend von unseren Beratungen berichten, da sehe ich Einvernehmen auf allen Seiten, und dass wir auch über die Beratung, über die Drucksache 21/11562 abschließend jetzt hier beraten haben und auch hier diese zur Kenntnis nehmen. Die Kenntnisnahme ist erfolgt, die erbetene, und wir dementsprechend dem federführenden Schulausschuss auch hier über unsere Beratungen berichten, was nicht besonders schwierig sein dürfte, da wir ja die meiste Zeit oder immer zusammen getagt haben. Und deshalb glaube ich auch nicht, dass es Widerspruch gibt, und ich sehe, das ist nicht der Fall. – Vielen Dank.

**Vorsitzende:** Gut, dann auch für den Schulausschuss. Zunächst möchte ich auch beantragen, dass wir darüber beschließen, dass die Selbstbefassung zur Reform der Lehrerbildung in Hamburg hiermit abgeschlossen ist. Hiermit möchte ich erst einmal um das Handzeichen bitten. Wer ist dafür, dass wir die Selbstbefassung jetzt abschließen? – Das ist einstimmig erfolgt.

Dann möchte ich auch darüber abstimmen, dass wir der Bürgerschaft dies zur Kenntnis geben, also dass wir Kenntnis genommen haben und der Bericht entsprechend verfasst wird. Wer ist dafür, dass wir das dementsprechend machen? Ich bitte um das Handzeichen. – Vielen Dank, ja. Frau Kuhlmann hat mir das so aufgeschrieben, wir sollen es so machen. Und dass wir auch von der Drucksache 11562 aus 21 Kenntnis genommen haben. Auch das mit dem Bericht, und zwar jetzt auch mit der Fristsetzung. Das hat der Wissenschaftsausschuss ja auch schon beschlossen, dass wir den Bericht zu dieser Kenntnisnahme bis zum 28. März auch zuleiten. Das ist jeweils ein Einzeiler, das ist schnell geschrieben. Interessant ist das Wortprotokoll, das wird dann dementsprechend verfasst. Diese Fristsetzung ist gemäß Paragraf 61 Absatz 6 der Geschäftsordnung zu beschließen. Wer ist dafür, diese Frist so zu beschließen mit dem Beschluss, dass wir der Bürgerschaft zur Kenntnis geben? – Also, zunächst müssen wir beschließen, dass wir Kenntnis genommen haben von der Drucksache.

(Zuruf)

Das haben wir gemacht. – Ja, wir haben erst einmal die Selbstbefassung abgeschlossen. Wir hatten ja eine Selbstbefassung und dann haben wir noch eine Drucksache. Das sind zwei unterschiedliche Punkte.

So, jetzt müssen wir erst einmal diese Kenntnisnahme, also deutlich machen, dass wir die Drucksache zur Kenntnis genommen haben und das verknüpfen damit, dass, wie der Wissenschaftsausschuss das schon beschlossen hat am ..., weiß nicht, vor zwei Wochen irgendwann oder wann das war oder vor der ..., glaube ich, am Freitag vor den Ferien, dass wir den Bericht über die heutige Sitzung zum 28. März der Bürgerschaft zur Kenntnis geben, sodass es dann der Bürgerschaft zugeleitet werden kann und entsprechend dann irgendwann auf die Tages..., also entsprechend am 11. April auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gehen kann. Das ist ein Mehrheitsbeschluss.

Frau Stöver, Sie haben eine Frage dazu?

**Abg. Birgit Stöver:** Ich habe nur eine Frage, wann das Protokoll denn zugestellt wird, weil ich als Schriftführerin sicherlich ja noch über das Protokoll drübergucken möchte. Ich weiß,

dass es nur ein Einzeiler ist, aber trotzdem bin ich formal schon dazu angehalten, das Protokoll auch zu lesen und freizugeben.

**Vorsitzende:** Da haben Sie ... Mögen Sie was dazu sagen, weil, wir haben das hier schon beschlossen, also beziehungsweise ...

(Frau Nielsen: Das ist ja ... das wäre ein Bericht, der Bericht ist im Prinzip nur diese Hülse und da drin steht, wann wurde überwiesen und die ganzen Verweise auf die Wortprotokolle. Die Wortprotokolle sind das, was hinterlegt ist, und die müssen nicht freigegeben werden, da Wortprotokolle. Und insofern ist das, das ist wirklich eine Hülle.)

**Abg. Birgit Stöver:** Das Wortprotokoll muss nicht freigegeben werden, das ist auch meine Kenntnis.

**Vorsitzende:** Nein.

**Abg. Birgit Stöver:** Aber das Protokoll, wie auch immer, auch wenn es eine Hülse ist, möchte ich gern zur Kenntnis haben und möchte ich gern freigeben.

(Zurufe)

**Vorsitzende:** Gut. Dann ... Aber wir schaffen das jetzt zum 28. März?

(Frau Nielsen: Ja!)

(Zuruf: So ist es.)

– Genau.

(Frau Nielsen: Vielleicht sollten wir das noch einmal ganz klar für jeden Ausschuss noch einmal abstimmen (...))

**Vorsitzende:** Mmh. Das machen wir jetzt.

(Zuruf Frau Nielsen.)

– Genau. Da bin ich ja mitten dabei.

**Abg. Birgit Stöver:** Aber Entschuldigung, werde ich jetzt unter Druck gesetzt, das Protokoll freizugeben?

**Vorsitzende:** Also, Paragraph 61, 6 der Geschäftsordnung besagt, dass wir hier eine Frist beschließen können. Ich werde jetzt gleich darum bitten, dass wir im Schulausschuss darüber abstimmen. Wenn der Schulausschuss mehrheitlich beschließt, zum 28. März den Bericht der Bürgerschaft zuzuleiten, dann entsteht damit – das ist richtig – für Sie als Schriftführerin der Zeitdruck, bis zum 28. März das Protokoll gelesen und freigegeben zu haben.

**Vorsitzender:** Also, da muss ich aber ... Also, das ist ja nicht ganz richtig. Vielen Dank. Ich will vielleicht einmal ganz kurz sagen, was wir im Wissenschaftsausschuss auf Antrag der SPD- und GRÜNEN-Fraktionen beschlossen haben. Nach Paragraph 61 Nummer 6 ist es so, dass, wenn eine Drucksache mehreren Ausschüssen zugeleitet worden ist, davon einer federführend und der andere mitberatend, dass der mitberatende Ausschuss im Rahmen seiner Beschlussfassung eine Frist beschließen kann, innerhalb derer seine Ausführungen sozusagen im federführenden Ausschuss spätestens abgearbeitet sozusagen

sein müssen. Da haben die Fraktionen von SPD und GRÜNE sehr großen Wert drauf gelegt, dass ein solcher Beschluss zustande kommt, und der wurde auch mit der Mehrheit der Anwesenden so beschlossen. Insofern werden unsere Ausführungen, die wir ja gerade auch ... wir haben gerade gesagt, wir berichten ... wir berichten dem Schulausschuss über unsere Beratungen. Wie gesagt, es waren ja hier auch alle dabei vom Wissenschaftsausschuss. Insofern dürfte das nicht so schwierig sein, den Abgeordneten des Schulausschusses unsere Beratungen zur Kenntnis zu nehmen, weil sie eine ähnliche Erfahrung gemacht haben wie wir. Deshalb ist es bei uns ein rein formaler Akt und deshalb geht das bei uns auch recht schnell. Was darüber hinaus jetzt der Schulausschuss natürlich macht und wann der Schulausschuss das dann der Bürgerschaft berichtet, das muss der Schulausschuss wissen.

(Zuruf: Ja!)

Und ich bin mir nicht ganz sicher, ob hier ...

(Zuruf)

– Ja, ich bin ... Also da weiß ich nicht, ob dieser Paragraf das hergibt, weil, hier steht nur drin, das mitberatende Ausschüsse eine Frist zur Übermittlung ihrer Stellungnahme an den federführenden Ausschuss beschließen können.

**Vorsitzende:** Doch, das ist so. Ich habe mich mit dem Justizariat natürlich beraten und wir werden ... Ich stelle jetzt noch einmal als Vorsitzende des Schulausschusses den Antrag, dass wir hiermit beschließen, den Bericht über die Fortschreibung der Reform der Lehrerbildung, Drucksache 11562 aus 21, sowie den Bericht über die Reform der Lehrerbildung in Hamburg der Selbstbefassung zum 28. März der Bürgerschaft zuzuleiten.

**Vorsitzender:** Aber nach welchem Satz? Kannst du mir einmal sagen, nach(?) ...

**Vorsitzende:** Nach Paragraf 61 Absatz 6.

**Vorsitzender:** Ja.

**Vorsitzende:** So ist es, Auskunft des Justizariats. Hiermit stelle ich den Antrag. Wer ist dafür?

(Abg. Birgit Stöver: Darf ich dazu trotzdem noch einmal was sagen?)

**Vorsitzender:** Ja, ich möchte jetzt auch etwas dazu sagen als stellvertretendes Mitglied des Schulausschusses.

**Vorsitzende:** Wir ... Ich habe jetzt den Antrag gestellt.

(Zuruf)

Ich habe jetzt den Antrag gestellt und ich möchte jetzt, dass wir darüber abstimmen.

**Vorsitzender:** Also ...

(Zuruf: Aber jetzt nur der Schulausschuss?)

**Vorsitzende:** Nur der Schulausschuss ..., nur die Mitglieder des Schulausschusses.

**Vorsitzender:** Das ist klar.

(Zuruf: Das geht so nicht. Nein. (...))

**Vorsitzende:** Es ist juristisch in Ordnung, auch wenn es vielleicht politisch von der Opposition anders gesehen wird, aber so ist es.

(Zuruf: Stefanie, das stimmt nicht, was du da sagst!)

**Vorsitzender:** Wollen wir das noch einmal vorlesen, was hier steht?

(Zuruf: Ja!)

Also ich sehe das da nicht.

**Vorsitzende:** Also, ich habe mich mit Herrn Dr. Rathje vom Justizariat genau dazu beraten, wie das ist mit den Fristsetzungen und dass man auch natürlich das beschließen kann, auch der federführende Ausschuss nach Paragraph 61 Absatz 6, diese Frist dann einzuhalten, und darüber stimmen wir jetzt ab.

(Zuruf: Haben wir ja schon!)

(Zuruf)

**Abg. Birgit Stöver:** Also, nur noch einmal ... Wenn ich einmal das Wort vielleicht ergreifen darf. Das heißt, wenn wir das jetzt beschließen, vielleicht auch gegen unsere Stimmen, dann wird der Bericht trotz, dass ich keine Freigabe erteilt habe, an die Bürgerschaft geleitet.

**Vorsitzende:** Die Schriftführerin muss dementsprechend ... Sie haben jetzt fünf Tage Zeit, also der Bericht wird ja schnell getippt und dann haben Sie entsprechend Zeit, diesen Bericht freizugeben.

**Abg. Birgit Stöver:** Der Bericht wird sicherlich heute nicht mehr getippt. Das heißt, ich habe keine fünf Tage Zeit. Entschuldigung, es ist wieder eine Unterstellung, dass hier etwas verhindert werden soll. Es ist überhaupt nicht meine Absicht, hier irgendetwas zu verhindern, sondern wenn wir die Bürger...

(Zurufe)

... wenn wir die Bürgerschaft irgendwo erreichen wollen, ich weiß bloß nicht, warum dieses Verfahren jetzt erforderlich wird.

**Vorsitzende:** Ich habe nicht unterstellt, dass Sie das verhindern wollen, Frau Stöver, das habe ich in keiner Silbe getan, sondern ich habe gesagt, der Wissenschaftsausschuss hat diese Frist gesetzt. Wir folgen dieser Frist beziehungsweise haben die jetzt beschlossen, damit es zeitnah – das hatten wir schon vor zweieinhalb Wochen besprochen – auch in die Bürgerschaft gehen kann, weil aus Sachgründen die Universität Zeit braucht für die Vorbereitung, und wir als Schulausschuss sollten auch dafür Sorge tragen, dass die Universität entsprechend Zeit hat, das vorzubereiten.

**Vorsitzender/Abg. Daniel Oetzel:** Danke. Ich melde mich jetzt als stellvertretendes Mitglied des Schulausschusses, weil, der Wissenschaftsausschuss ist da jetzt final raus, ja. Aber ich muss wirklich sagen, dass ich der Mein..., ich würde jetzt diesen Absatz, nachdem wir gerade abgestimmt haben im Schulausschuss, tatsächlich noch einmal verlesen. Auch nicht, weil ich irgendwas blockieren oder ich weiß nicht was will, sondern weil ich wirklich der Meinung bin, dass das nicht das hergibt, was gerade beschlossen wurde. Vielleicht steht es einfach woanders. Aber hier steht: "Ist eine Vorlage mehreren Ausschüssen überwiesen worden, so obliegt die Berichterstattung dem federführenden Ausschuss nach Paragraph 53

Absatz 4. Der Bericht hat die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse wiederzugeben. Die mitberatenden Ausschüsse sollen mit dem federführenden Ausschuss eine angemessene Frist zur Übermittlung ihrer Stellungnahmen vereinbaren." So, das ist diese Frist, die wir im Wissenschaftsausschuss beschlossen haben. "Werden dem federführenden Ausschuss nicht innerhalb der vereinbarten Frist die Stellungnahmen vorgelegt oder kommt eine Vereinbarung nicht zustande, kann der federführende Ausschuss der Bürgerschaft Bericht erstatten."

(Zuruf: Ja!)

**Vorsitzende:** Und genau daraus leitet sich ab, dass ...

(Zurufe)

... wir das auch beschließen müssen. Ich habe es mit Herrn Dr. Rathje geklärt. Sie können mir das wirklich ... Sie können mir vertrauen.

**Abg. Daniel Oetzel:** Na gut, also ...

**Vorsitzende:** Also, noch einmal, damit wir das auch für das Protokoll haben:

(Zurufe)

Wer ist dafür, diese Frist zu beschließen, dass der Bericht bis zum 28. März der Bürgerschaft zugeleitet wird? – Das ist dann mit den Stimmen der LINKEN, der SPD und der GRÜNEN so beschlossen. – Wer ist dagegen? – Das sind die Stimmen der CDU, FDP und der AfD, gegen die Stimmen der AfD, der CDU und der FDP so beschlossen.

## Zu TOP 2

Es lag nichts vor.

Dr. Stefanie von Berg (GRÜNE) Daniel Oetzel (FDP) (Vorsitz)	Birgit Stöver (CDU) Gerhard Lein i.V. (SPD) (Schriftführung)	Für die Richtigkeit: gez. Claudia Kuhlmann (Sachbearbeitung)
--	--	--